

Christi, ohnehin in jeder hl. Messe gegenwärtig, zum unüberhörbaren Orgelpunkt der Liturgie des ganzen Kirchenjahres geworden. Wie sollte anders die Einheit der Christenheit, ja der Menschheit, in der Einen Kirche wiederhergestellt werden, wenn nicht aus dieser Mitte, dem Opfer des Herzens Jesu? Das ist die andere Seite jener Gebetsmeinung für den Monat Januar 1956, an der so mancher evangelische Christ Anstoß nahm: daß im Primat des Papstes das Fundament kirchlicher Einheit erkennen möge, wer die wahre Kirche sucht — jener Päpste, die diese Kirche zum Herzen Jesu führen.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

#### **Protest des Bischöflichen Ordinariats in Berlin gegen die Behinderung des Religionsunterrichtes an Ostberliner Schulen**

Gegen die Verfügung des Ostberliner Magistrates vom 15. Februar 1956, die die geordnete Durchführung des Religionsunterrichtes an den Ostberliner Grundschulen zu erschweren bzw. zu verhindern sucht und den Religions-

unterricht an den Oberschulen praktisch unmöglich macht, hat das Bischöfliche Ordinariat Berlin am 5. März protestiert. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat von Großberlin hat unter dem Datum vom 15. 2. 1956 eine ‚Anweisung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der demokratischen Schule‘ veröffentlicht. Diese Anweisung legalisiert nachträglich eine Reihe von Maßnahmen, die auf Grund von Beschlüssen der Elternausschüsse oder pädagogischer Räte in den letzten Wochen an den Berliner Schulen durchgeführt wurden.

So wird im Abschnitt 1 der Anweisungen festgelegt, daß die Durchführung des Religionsunterrichtes erst ‚nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichtes‘ nach einer ‚Pause von mindestens zwei Stunden‘ erlaubt werden kann.

Wir stellen dazu fest:

a) Diese Anweisung steht im Widerspruch zu den vom Ministerium für Volksbildung am 31. 10. 1953 erlassenen Richtlinien über die Erteilung des Religionsunterrichtes der allgemeinbildenden Schulen. Darin wird unter Absatz 3 ausdrücklich festgelegt, daß der Religionsunterricht ‚unmittelbar vor oder nach dem lehrplanmäßigen Unterricht der einzelnen Klassen erteilt werden kann‘.

b) In der Begründung für die angewiesenen Maßnahmen wird angeführt, daß die ‚Gesundheit der Schüler nicht durch Überlastung‘ gefährdet werden darf. Tatsächlich wird aber erst durch die angeordneten Maßnahmen eine außerordentliche Belastung der am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder geschaffen. Den Schülern wird ein zweiter Schulweg zugemutet, der, insbesondere am Stadtrand mit seiner weitläufigen Besiedlung, vor allem bei ungünstiger Witterung, eine starke Belastung darstellt. Hinzu kommt der zeitliche Ausfall der Nachmittagsstunden für die Hausaufgaben, die nur in den Abendstunden erledigt werden können.

c) Für die berufstätigen Eltern entsteht die ernste Schwierigkeit, wie ihre Kinder zur richtigen Zeit auf den zweiten Schulweg geschickt werden sollen, vor allem dann, wenn es sich um Schüler der ersten Klassenstufen handelt.

d) Die genannten Richtlinien vom 31. 10. 1953 beginnen mit den Worten: ‚Im Einvernehmen mit den Kirchen...

wird folgendes bestimmt...‘ Warum sind die Kirchen vor Abfassung der neuen entscheidenden Maßnahmen nicht konsultiert worden?

In Abschnitt 3 und 6 der Anweisungen wird den Direktoren der Schulen das Recht gegeben, über Eignung und Zulassung der Lehrpersonen, die den außerschulischen Unterricht erteilen, eigenmächtig zu entscheiden. Ferner werden ihnen Aufgabe und Recht erteilt, alle außerschulischen und außerunterrichtlichen Veranstaltungen nach Form und Inhalt zu prüfen sowie die Tätigkeit der damit betrauten Personen zu kontrollieren.

Sollten diese Bestimmungen für den Religionsunterricht und die mit dessen Durchführung beauftragten Religionslehrer gelten, würden sie gegen die Verfassung der DDR verstoßen. In Artikel 40 der Verfassung heißt es nämlich: ‚Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften.‘ Ferner heißt es im Artikel 44: ‚Der Religionsunterricht wird von den durch die Kirche ausgewählten Kräften erteilt.‘

In Abschnitt 5 der Anweisungen wird endlich die Durchführung des Religionsunterrichtes an den Oberschulen praktisch aufgehoben mit der Bestimmung: ‚Soweit religiöse Unterweisungen stattfinden, enden diese spätestens mit dem Ablauf der Grundschulpflicht.‘

Dazu stellen wir fest:

a) Diese Anweisung, wie auch die ihr bereits vorausgegangen entsprechenden Maßnahmen an mehreren Oberschulen stehen im Widerspruch zur Verfassung der DDR. In Artikel 44 der Verfassung wird in Ergänzung des Artikels 40 ausdrücklich erklärt: ‚Das Recht der Kirche auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schule ist gewährleistet.‘

b) Die näheren Bestimmungen, wie sie das Schulgesetz für Großberlin festlegt, wie auch die bereits genannten ‚Richtlinien‘ vom 31. 10. 1953 kennen hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichtes an den Schulen keinen Unterschied zwischen Grund- und Oberschulen.

c) Entsprechend wurde auch der Religionsunterricht an unseren Berliner Schulen viele Jahre hindurch erteilt.

Im Hinblick auf obige Darlegungen erheben wir stärksten Protest gegen die Anweisung des Magistrates vom 15. 2. 1956. Diese Anweisung stellt eine schwere Behinderung des Religionsunterrichtes an den Grundschulen dar und verstößt gegen das Schulgesetz von Großberlin sowie gegen die Richtlinien vom 31. 10. 1953. Die Verfügung, wonach die ‚religiöse Unterweisung... spätestens mit dem Ablauf der Grundschulpflicht‘ endet, hebt praktisch die Erteilung des Religionsunterrichtes an den Oberschulen auf und stellt einen offenen Bruch der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik dar.

Wir bitten den Herrn Stellvertreter des Oberbürgermeisters dringend um Mitteilung eines Termines, an dem wir mit ihm über die sehr ernste Lage, die durch die genannten Anweisungen entstanden ist, Rücksprache nehmen können.“

Auf wiederholte Anfragen teilte das Sekretariat der Abteilung Volksbildung beim Ostberliner Magistrat am 20. März mit, daß eine Rücksprache „im Augenblick noch nicht für notwendig gehalten wird“. Bis zum Abschluß dieses Heftes hatte sich an dieser Situation noch nichts geändert. Im allgemeinen kann man sagen, daß die sich aus der „Entstalinisierung“ ergebenden innerpolitischen Schwierigkeiten der DDR es der Regierung rätlich erscheinen lassen, sich kirchenpolitisch ruhiger zu verhalten.



**Die Boden-  
verteilung  
in Deutschland  
1955 und 1937**

Der „Kurznachrichtendienst“ (KND) der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 17. Oktober 1955 bringt eine Tabelle der Bodenverteilung in Deutschland nach dem neuesten Stand, wobei besonders die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone aufschlußreich sind. Nach dem „Statistischen Handbuch von Deutschland 1928 bis 1944“ ergibt sich ein weiterer Vergleich zu der Bodenverteilung im Deutschen Reich in den Grenzen von 1937:

	Bundesrep.	DDR	Reichsgeb.
Großgrundbesitz (über 100 ha)	27,8%	0,0%	36,1%
Großbauern (20—100 ha)	30,4%	10,0%	27,9%
Mittelbauern (5—20 ha)	30,9%	57,0%	26,1%
Kleinbauern (0,5—5 ha)	10,9%	—	8,4%
Kleinstbauern (unter 0,5 ha)	—	—	1,5%
Landwirtschaftl. Genossenschaften	0,0%	18,0%	—
Volkseigene Güter	0,0%	4,0%	—
Sonstige Flächen	0,0%	11,0%	—

Wie man sieht, ist der Großgrundbesitz in der Sowjetzone völlig, der Flächenbestand des Großbauertums zum größten Teil zerschlagen worden. Im Rahmen der Bodenreform wurden 3,3 Millionen Hektar Land (rund ein Drittel des Gebietsbestandes der DDR) an 560 000 Empfänger verteilt; das sind durchschnittlich nur 5,9 Hektar für einen landwirtschaftlichen Betrieb. Diese Zersplitterung hatte für die landwirtschaftliche Ertragslage verheerende Folgen, die man jetzt dadurch wieder zu beheben versucht, daß man die Bauern zur Bildung von „Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften“ (LPG) zwingt: der erste Schritt zum Kolchoswesen und zur völligen Proletarisierung nach sowjetischem Muster.

**Zehn Jahre  
Katholische  
Arbeiter-Jugend  
in Österreich**

Eine der wesentlichsten Tatsachen im Leben des österreichischen Katholizismus ist die Entwicklung der Katholischen Arbeiter-Jugend (KAJ) in den Jahren nach dem Krieg. Der nunmehr zehnjährige Bestand der KAJ war Anlaß für eine kleine Feier in Wien am 19. Februar, bei welcher der Zentralsekretor der KAJ seit ihren Anfängen (und derzeitige Rektor des Katholischen Jugendwerkes Österreichs), Pater Josef Zeininger, über die Anfänge der Bewegung und ihre Bedeutung für die Kirche sprach. Die Anfänge der KAJ waren sehr bescheiden. Im Herbst 1945 kamen in der Pfarre Krim (Wien XIX.) sechs junge Arbeiter mit ihrem Seelsorger (P. Zeininger) zu ihren ersten Zusammenkünften. Sie richteten alsbald in einem kriegszerstörten Gasthaus ein Heim ein und gestalteten die Eröffnung am 12. Januar 1946 zu einer Jungarbeiterversammlung von fast hundert Teilnehmern. Im persönlichen Bemühen um jeden einzelnen in Werkstätte, Fabrik und Büro wurde allmählich eine Bewegung aufgebaut, die heute rund 10 000 männliche und 6 000 weibliche Mitglieder innerhalb der KAJ zählt. P. Zeininger hob folgende Momente als bedeutsam hervor: 1. Durch das starke Wachstum der KAJ wurde die alte Erfahrung neu bestätigt, daß nicht die Zahl, sondern der unbeirrbar Glaube und die Opferkraft einer Kerntuppe das Entscheidende ist; 2. diese Erfolge wurden in einem Milieu errungen, das seit Jahrzehnten die Domäne achristlicher und antichristlicher Kräfte ist, wo jeder Versuch christlicher Aktion von vornherein als aussichtslos galt; 3. gerade Menschen, die in theologischen Dingen ungebildet waren, wurden von Gott dazu auser-

sehen, einen neuen Glauben und eine neue Liebe zu wecken. Mit der Gründung der KAJ wurde ein neuer Abschnitt in der kirchlichen Entwicklung der österreichischen Arbeiterschaft eingeleitet. Für die Kirche liegen hier große Hoffnungen.

Aus der Erfahrung der zehn Jahre muß für Gegenwart und Zukunft die Lehre gezogen werden, daß der einzelne Arbeiter mehr braucht und auch mehr will als eine materielle Sicherung und gekürzte Arbeitszeit, er will nicht nur als Arbeitskraft beurteilt, sondern als Mensch ernst genommen werden. Erst wenn der Arbeiter spürt, daß mit dieser Forderung ernst gemacht wird, daß man sich in seiner Welt um neue Kontakte und Beziehungen bemüht, wird sich eine Wendung in der Entwicklung des Arbeiterlebens feststellen lassen. Angesichts des bedenklichen Schwundes an Solidarität und der nicht zu leugnenden seelischen Verarmung der Arbeiterschaft, die mit der materiellen Besserstellung einherging, gewinnt die Tätigkeit der KAJ erhöhte Bedeutung. Die Frage der Arbeiterschaft ist mit der materiellen Besserstellung keineswegs gelöst; sie ist in erster Linie eine geistige, sittliche und religiöse Frage.

Als unterscheidendes Merkmal der KAJ gegenüber den früheren Verbänden werktätiger Menschen in Österreich betonte P. Zeininger, daß diese Verbände ihre Mitglieder auf dem Wege der Bewahrung von Jugend auf gewonnen haben, die KAJ aber auf dem Weg eines Vorstoßes in die entchristlichten und Christus fernen Räume. Für diesen Geist ist es bezeichnend, daß sich etwa hundert Jungarbeiter entschlossen haben, von der Werkbank weg den Weg zum Priestertum zu gehen.

Als Ergänzung zu den Ausführungen von P. Zeininger ist noch auf folgende Tatsache hinzuweisen: Die KAJ machte sich frühzeitig die Methode Cardijns zu eigen („Sehen, Urteilen, Handeln“) und wurde damit beispielgebend für die gesamte Katholische Jugend. Von den zehntausend Mitgliedern der KAJ können etwa 2 000 als Aktivisten angesprochen werden (eine sehr hohe Zahl). Die meisten der ca. 450 Gruppen haben einen Kern von Aktivisten, während es noch vor zwei Jahren vielfach nur Aktivistenrunden oder Gruppen gab. Neben den Fragen der persönlichen Lebensgestaltung und religiösen Bildung werden auch viele Schulungen in den sozialen Fragen (Mitbestimmung, Miteigentum u. a.) durchgeführt. Die Zeitung „Der Junge Arbeiter“ hat gegenwärtig an die 20 000 Abnehmer. Die Aktionen der KAJ, vor allem die Karfreitagsaktion, erhalten mehr und mehr Durchschlagskraft. Es gelingt weithin, die Arbeiter in den Betrieben zu veranlassen, die Mütze abzunehmen und eine Minute Stille einzuhalten. Die Sammlungen in den Gruppen für die „Priesterpatenschaften“, d. h. für die Ausbildung der aus der KAJ hervorgegangenen Priesterstudenten (deren genaue Zahl 98 beträgt), erbrachte heuer rund 100 000 Schillinge, die Jungarbeiter von ihren Stundenlöhnen spendeten. Es gibt eine Reihe von Jugendvertrauensleuten aus der KAJ, und da und dort kandidierten KAJ-Angehörige auf eigenen KAJ-Listen. Allgemeine Jungarbeiterversammlungen haben meist viel Erfolg. Einer der Priesterstudenten der KAJ, ein Arbeiter aus den Steyrwerken, wird in diesem Jahre zum Priester geweiht. Aus den Reihen der KAJ sind viele gute Familien hervorgegangen.

Die augenfälligste Aktion, mit der die KAJ vor die Öffentlichkeit trat, war die Mariazeller Wallfahrt von



über 7000 Jungarbeitern am 1. Mai 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 446 ff.).

Die Tätigkeit der KAJ in den Betrieben findet nur Widerstand bei einigen „alten Kämpfern“ der SPÖ, nicht aber bei der Masse der Jungarbeiter. Eine geistige Konkurrenz mit der organisierten „Sozialistischen Jugend“ ist nicht spürbar.

Die eigentliche Schwierigkeit, Menschen zu gewinnen, liegt vielmehr in der materiellen Sättigung, im geistigen Vakuum, in der Vergnügungssucht und der damit verbundenen sittlichen Gefährdung. Doch bei aller Vergnügungssucht scheint in nicht wenigen ein Suchen nach einer Heilslehre vorhanden zu sein. Entscheidend ist, daß die KAJ den Jungarbeitern eine Lebensschule für alle ihre Fragen ist.

Sowenig eine geistige Konkurrenz von seiten der Sozialisten zu bemerken ist, so fühlbar ist die Gegenarbeit der sozialistischen Betriebsräte. Hatte man im Anfang die KAJ kaum bemerkt oder über das Beginnen der jungen Idealisten gelächelt, so glaubt man jetzt, in ihnen eine Gefahr zu erkennen. In manchen Betrieben hindert man KAJ-Mitglieder am Aufstieg oder überfordert sie derartig mit Arbeit, daß sie einfach nicht mitkommen. Die Betriebsräte, die heute das maßgebende Wort bei der Aufnahme neuer Arbeiter zu sprechen haben, sehen sich die Leute sehr genau an und können die Aufnahme von KAJ-Leuten verhindern. Wo aber KAJ-Gruppen bestehen, haben sie große Werbekraft und Wirkungsmöglichkeit. In den Vereinigten Österreichischen Stahlwerken (Linz, z. B.) konnte die Bestellung eines Religionslehrers für die 90 Lehrlinge der Lehrwerkstätten erreicht werden.

**Wie kommt man an die Männer heran? — Erfahrungen der Männerbewegung Österreichs**

Auf einer Tagung, die die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Männerbewegung (KMB) Österreichs unter Vorsitz von Bischof Schoiswohl, dem Referenten der österreichischen Bischofskonferenz für die Katholische Aktion (Männer), am 11. und 12. Februar in Wien abhielt, wurden u. a. die Erfahrungen besprochen, die man mit der formellen Mitgliedschaft und der (in manchen Diözesen bereits durchgeführten) Aufgliederung der Männerbewegung in Stadt, Land und Arbeiterschaft gemacht hat. Eine formelle Mitgliedschaft — mit schriftlicher Beitrittserklärung, Bejahung des Programmes, Zahlen eines Mitgliedsbeitrages — besteht heute in allen Diözesen. Die Frage ist nur, ob bei der Aufnahme der Mitglieder ein strenger oder weiter Maßstab angewendet werden soll, d. h., ob der Kreis der Mitglieder praktisch mit den Aktivisten zusammenfallen oder mehr oder weniger alle bewußten und zur Mitarbeit bereiten katholischen Männer umfassen soll. Ersteres ist die Arbeitsweise in Tirol, das zweite der Weg der anderen Diözesen. (Als vor ca. drei Jahren die Mitgliedschaft eingeführt wurde, schien es, als ob die Mehrzahl der Diözesen eher dem Beispiel von Tirol folgen wollte, während die Diözese Linz, welche den anderen Typus darstellte, noch allein stand; vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 210 ff.) Wenn man vor zwei oder drei Jahren der Meinung sein konnte, eine Mitgliedschaft mit bloßer Beitrittserklärung und (passiver) Teilnahme an Veranstaltungen würde nicht viel bedeuten, jedenfalls keine echte Actio catholica, so hat die Erfahrung gezeigt, daß die formelle Mitgliedschaft immerhin so viel

Zusammengehörigkeitsgefühl weckt, daß die Leute kommen, wenn man sie ruft. Die Tätigkeit der Aktivisten, die auf jeden Fall dasein müssen und den Kern der Mitglieder bilden, findet ein weit stärkeres Echo, wenn daneben formelle Mitglieder vorhanden sind, als wenn den Aktivisten nur Männer des ungegliederten Kirchenvolkes gegenüberstehen. Im Sinn dieser Erfahrungen riet die Tagung an, daß bei der Aufnahme von Mitgliedern keine allzu strenge Forderungen erhoben werden sollen.

Die vordringlichen Aufgaben sind: den Mitgliedern anstelle bloßer Vorträge (die offenbar nicht sehr ziehen) mehr konkrete Aufgaben zu stellen, wodurch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Aktionsbereitschaft gestärkt werden — dieser Umbau ist bereits im Gange —, sowie aus dem Kreis der Mitglieder neue Aktivisten zu gewinnen — eine Umstellung, die man bereits in Angriff genommen hat. Die Aufgliederung der Männerbewegung in die beiden allgemeinen Milieus: Stadt und Land, und das Stadt und Land umfassende Berufsmilieu: Arbeiter (Katholische Arbeiterbewegung), hat sich als richtig erwiesen. Die Arbeiterwelt ist nun einmal eine Welt für sich, mit eigenem Klassenbewußtsein (ob man es nun so nennt oder nicht); sie will eigens angesprochen werden. (Die Landarbeiter z. B. fühlen sich mehr als Arbeiter und nicht als Angehörige der bäuerlichen Welt.) Die österreichische Bischofskonferenz hat daher auch entschieden, daß die Katholische Arbeiterbewegung wohl im Rahmen der KMB steht, aber selbständig ist hinsichtlich Führung, Methode und Programm. Die Bewegung kommt sichtlich, wenn auch langsam, voran. So bestehen in Wien (Diözese) 10 Runden, in St. Pölten (Diözese) 16, in Oberösterreich 17 (und zwar Betriebsgruppen), in Salzburg 10, in Tirol 10, in Vorarlberg 12, in Kärnten 2, in der Steiermark 10 und im Burgenland 30 Runden. Vielfach sind die Arbeiter noch Mitglieder der allgemeinen Männerunden. Ein dringendes Anliegen ist der Ausbau der Arbeiterseelsorge. In den meisten Diözesen finden immerhin regelmäßig Veranstaltungen für die Arbeiterseelsorge statt.

Die Gliederung: Stadt und Land, wobei unter „Land“ nicht die bäuerliche Welt, sondern die Gesamtheit der auf dem Land Wohnenden verstanden wird, hat seine Berechtigung. Zwar ist das Dorf in den seltensten Fällen rein bäuerlich, sondern in sich sozial differenziert und wird wie die Stadt von Presse, Illustrierter, Film usw. überschwemmt. Doch hat das Dorf einen eigenen Lebensstil, eine eigene Atmosphäre, mehr Gemeinschaftsbewußtsein, mehr Tradition und mehr Gegenkräfte gegen die Propaganda der faktischen Glaubenslosigkeit. Das Dorf verlangt daher nach bestimmten, von der Stadt verschiedenen Formen des Apostolates. Auch da, wo noch keine organisatorische Aufgliederung in Stadt und Land vollzogen ist, wird dieser Unterschied berücksichtigt. Auf dem Dorfe ist eine Gliederung nach dem sozialen Milieu kaum irgendwo durchgeführt, zumal die Gruppen meist klein sind und schon aus praktischen Gründen nicht weiter aufgegliedert werden können. Doch wird daneben eine besondere berufsmäßige Erfassung notwendig sein, da Fragen des Berufes — und hier ist besonders an die Bauern und Landarbeiter zu denken — auch vom christlichen Glauben her angegangen werden müssen und die Möglichkeit bestehen muß, die betreffenden Männer zu bestimmten Aktionen in der Öffentlichkeit aufzurufen. Die Teilnahme an den großen neutralen berufsständischen



Organisationen genügt nicht. Man wird keine eigenen Organisationen aufbauen, doch die verschiedenen Berufsgruppen so weit erfassen, daß man sie im gegebenen Fall tatsächlich aufrufen kann. Diese Erfassung wird im allgemeinen überpfarrlich sein müssen.

In der Stadt ist vor allem notwendig, das Pfarrbewußtsein wieder zu wecken, andererseits den Menschen mehr als bisher in seinem Berufsmilieu anzusprechen, etwa Zellen in Ämtern und Büros zu gründen. Wie auf dem Lande wird diese Erfassung nach Berufsständen überpfarrlich sein. Ein sehr dringendes Anliegen ist die Gewinnung von Männern aus den Kreisen der Unternehmer. Diese stehen aber größtenteils im liberalen Lager. Wie wichtig diese Schicht für das Wirken in der Öffentlichkeit und für Aktionen der Sozialreform ist, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Als künftige Entwicklung zeichnet sich somit ab, die ausschließliche Bindung des einzelnen an die Pfarre zu lockern und dem Berufsmilieu stärker Rechnung zu tragen.

Was die altersmäßige Schichtung der Männerrunde betrifft, ist festzustellen, daß im allgemeinen die jüngeren Männer fehlen. Auch ehemalige Mitglieder der katholischen Jugend tauchen in den allgemeinen Männerrunden nicht auf. Daher hat man — z. B. in Wien (Stadt) bisher in zehn Pfarren — eigene Runden für die jüngeren Männer gegründet. Diese Männer übernehmen gerne apostolische Aufgaben (während sie das Anhören von Vorträgen weniger interessiert); sie wünschen freilich auch eine gewisse Berücksichtigung gesellschaftlicher Veranstaltungen.

#### *Aus Rom, Süd- und Westeuropa*

**Der Papst über Kirche und Kultur** Am 9. März empfing der Heilige Vater die Mitglieder der „Internationalen Vereinigung der Institute für Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte in Rom“ in Audienz und hielt an sie eine Ansprache, deren Gegenstand die Beziehungen der Kirche zu den Schöpfungen des menschlichen Geistes waren, die man im Begriff Kultur zusammenfaßt. Er sagte u. a.:

... Als Wir letzten September die Mitglieder des Internationalen Historikerkongresses empfingen [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 74 ff.], sagten Wir ihnen, daß Wir keineswegs das Gefühl hätten, Uns an Unbekannte oder Fremde zu wenden; dieses Gefühl ist heute noch lebhafter: man könnte sogar fast sagen, daß der Vatikan selber ein Institut für Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte, d. h. ein kulturelles Institut sei.

Doch selbst wenn die päpstliche Residenz, der Vatikan, sich rühmen kann, ein Glanzpunkt der Geschichte und der Kunst zu sein, so ist doch der Papst selber das Haupt einer religiösen Gemeinschaft, der universalen Kirche. Wir sehen darin einen Anlaß, Ihre Anwesenheit, meine Herren, zu benutzen, um auf eine Frage zurückzukommen, die Wir schon in Unserer Ansprache an den Historikerkongreß berührt haben, von dem Wir gerade sprachen: Wir meinen die Stellung der katholischen Kirche gegenüber der Kultur.

#### *Die Kirche ist mit keiner Kultur identisch*

Wir betonten damals, daß die katholische Kirche sich mit keiner Kultur identifiziert. Was ist der tiefste Grund dieser Haltung? Sie ist grundsätzlich die Folge der radi-

kalen Unabhängigkeit der Religion gegenüber der Kultur. Diese gestattet nicht, über die religiösen Werte zu urteilen. So nimmt das Goldene Zeitalter der Griechen, das kaum zweihundert Jahre dauerte, einen einzigartigen Platz in der Universalgeschichte ein, und das Volk Israel in Palästina hat keinerlei vergleichbare kulturelle Werte hervorgebracht. Aber daraus kann man nichts in bezug auf die Reinheit und Erhabenheit der religiösen Vorstellungen dieser beiden Völker schließen. Mehrere hundert Jahre vor dem Höhepunkt der griechischen Kultur drückte das Volk Israel bereits in den Psalmen und den Propheten und noch viel früher im Deuteronomion seine Gottesidee und die sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens in einer Reinheit und Vollkommenheit aus, zu denen sich das Griechentum niemals erhoben hat, nicht einmal in seinen geistigen Koryphäen, Sokrates, Platon und Aristoteles. Und beweist die Blütezeit der arabischen Kultur in Spanien zu einer Zeit, als weiter im Norden die christliche Kultur noch in ihren Anfängen stand und sich erst allmählich mühsam emporrang, etwa die Überlegenheit des Islams über das Christentum? Zweifellos haben die arabischen Gelehrten nicht versäumt, den Christen ihre Inferiorität vorzuwerfen; aber man darf niemals eine Religion nach der kulturellen Entwicklung ihrer Anhänger beurteilen.

#### *Die Kirche kennt allein ihr übernatürliches Ziel*

Damit sind Wir wieder bei der Kirche angelangt. Ihr göttlicher Stifter Jesus Christus hat ihr keinerlei Auftrag kultureller Art gegeben noch ihr ein kulturelles Ziel gesetzt. Die Aufgabe, die Christus ihr zuweist, ist streng religiös; sie ist selbst die Synthese all dessen, was die Idee der Religion, der einzigen und absolut wahren Religion in sich schließt: die Kirche soll die Menschen zu Gott führen, damit sie sich ihm ohne Rückhalt ausliefern und in ihm auch ihren vollkommenen inneren Frieden finden. Zu diesem Zweck hat Christus der Kirche seine ganze Wahrheit und seine ganze Gnade anvertraut.

Die Kirche kann dieses streng religiöse, übernatürliche Ziel niemals aus dem Auge verlieren. Der Sinn all ihrer Aktivitäten, bis zum letzten Kanon ihres Kodex herab, kann nichts anderes sein, als direkt oder indirekt dazu beizutragen. Die Päpste des 15. Jahrhunderts von Nikolaus V. an haben mit großem Interesse die kulturelle Bewegung der Renaissance verfolgt. Sie haben es, zum mindesten anfangs, getan, um diese Bewegung in gewisser Weise zu zügeln und zu verhüten, daß sie sich auf Bahnen verirre, die dem christlichen Denken fremd sind. Doch die Geschichte hat sich nachträglich gefragt, ob die Männer der Kirche mit der Zeit nicht dem Zauber des Humanismus in einem Maße erlegen sind, daß sie ihm einen Teil ihrer eigentlichen Aufgabe geopfert haben, wenn es wahr ist, daß zu dieser Zeit, genauer gesagt um 1500, der religiöse Sinn des Lebens und der Sinn des Kreuzes Christi mit Nachdruck wieder in Erinnerung gerufen werden mußte. Die Spannung zwischen Religion und Kultur in diesem wichtigen Augenblick der Geschichte trägt dazu bei, die radikale Unabhängigkeit der Kirche gegenüber allen kulturellen Tätigkeiten und Werten zu unterstreichen.

#### *Die Kirche ist nicht kulturfeindlich*

Andererseits kann man das Bewußtsein, das die Kirche von dieser Unabhängigkeit hat, nicht als eine Art Pessimismus gegenüber der Kultur interpretieren; man tat das gern im



19. Jahrhundert, und als Gegenstoß dagegen mußte man bei den katholischen Gelehrten und Publizisten und auch im gewöhnlichen Leben eine übertriebene Betonung der Sympathie der Kirche für die Kultur feststellen. Heute haben die materiellen und spirituellen Zerstörungen, die zwei Weltkriege und ihre Folgen für die Menschheit, ohne Rücksicht auf die Länder alter Kultur, mit sich gebracht haben, mehr Nüchternheit und Objektivität in die Untersuchung dieser Frage zurückgebracht. Man wagt kaum mehr, der Kirche vorzuwerfen, daß sie kulturfeindlich sei; die Kirche ihrerseits ist überzeugt davon, daß die Menschheit in ihr vor allem die religiösen und sittlichen Hilfsquellen sucht. Es sind tatsächlich diese, die die Haltung der Kirche gegenüber der Kultur bestimmen.

Natur und Offenbarung, Geschichte und Erfahrung sind darin einig, zu zeigen, daß die kulturelle Betätigung Anlagen in Bewegung setzt, die der Schöpfer in die menschliche Natur hineingelegt hat, und daß sie einen Auftrag erfüllt, den er ausdrücklich erteilt hat: „Erfüllet die Erde und macht sie euch untertan“ (Gen. 1, 28). In den großen Kulturen, die die Wissenschaft aufgedeckt hat, war die Kultur immer organisch mit der Religion verbunden. Keine gesunde kulturelle Entwicklung ohne ein ungefähres Gleichgewicht zwischen dem materiellen und dem geistig-sittlichen Fortschritt. Jede Verirrung in der kulturellen Entwicklung hat ihre tiefste Ursache in dem Abstand, der zwischen diesen beiden Faktoren entstand. Es hat nie ein Volk ohne Religion gegeben. Irreligiosität umschließt immer einen Willen, sich von der Religion zu trennen, eine Negation, eine Absage, sie ist nie eine ursprüngliche und auch keine dauerhafte Haltung. Kulturellem Niedergang geht gewöhnlich ein Niedergang des religiösen Lebens voraus. Wenn also die Religion, wie wir sagten, radikal unabhängig von Kulturformen und Kulturhöhe ist, so verlangt doch umgekehrt die Kultur, die authentisch, gesund und dauerhaft sein will, von sich aus eine intime Bindung an die Religion.

Das Christentum und die Kirche offenbaren uns, was für eine Bindung das ist: das Christentum sucht keinen reinen Spiritualismus, denn der wäre unmenschlich. Der vollkommene Christ ist auch ein vollkommener Mensch, denn niemand war in vollere Sinn Mensch als der Gottmensch, Jesus Christus selber. Die vollkommene Hingabe an Gott ist gewiß ein geistiger Akt; aber er muß sich in der Wirklichkeit des menschlichen Lebens beweisen, von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr. Das Christentum kennt auch im ganzen Weltall keinen Bereich, in den Gott nicht eindringen könnte. Die Kirche hat jede Form von manichäischem Dualismus abgewiesen: „Brüder“, sagt der Apostel Paulus, „was immer wahr, ehrwürdig, gerecht, lauter, was angenehm, was wohl-lautend, was irgendeine Tugend und irgendein Lob ist, darauf seid bedacht“ (Phil. 4, 8), und noch klarer in der wohlbekannten klassischen Formel: „Alles ist euer, ihr aber seid Christi, Christus aber ist Gottes“ (1 Kor. 3, 22—23).

#### *Kirche und Kultur bei Thomas von Aquin*

Man hat kürzlich in der *Summa contra Gentiles* (lib. III, cap. 112) des großen Thomas von Aquin eine Sektion wiederhergestellt, die darin fehlte oder die man nur in einer sehr korrumpierten Form darin fand; die Authentizität konnte dank der Handschrift des Heiligen bewiesen werden, die man noch besitzt, und der korrekte Text ist in der Leoninischen Ausgabe seiner Werke erschienen

(t. XIV, a. 1924, pag. 356). Der hl. Thomas behandelt an dieser Stelle die göttliche Vorsehung; in der nüchternen, aber zugleich klaren und tiefen Sprache der Scholastik drückt er darin die gleiche Idee aus wie der Apostel: „... Die Verfassung der Geistnatur, auf Grund deren sie Herrin ihrer Akte ist, verlangt nach der Sorge der Vorsehung, die für sie ihretwegen Vorsorge trifft; die Verfassung dagegen der anderen Dinge, die keine Herrschaft über ihre Akte haben, läßt erkennen, daß diese Sorge ihnen nicht um ihretwillen zugewendet wird, sondern wegen ihres Ordnungszusammenhanges“, und ebenso weiterhin: „Es steht aber fest, daß das letzte Ziel des Universums Gott ist, den die Geistnatur allein in sich selbst erfaßt, indem sie ihn nämlich erkennt und liebt. Daher ist die Geistnatur allein ihrer selbst wegen im Universum gewollt, alles andere aber ihretwegen.“

Aus diesem Tatbestand folgt die entscheidende Ablehnung jeder Kultur, die sich nur auf rein weltliche oder rein materielle Elemente beschränkt. Im Gegensatz zu zeitgenössischen philosophischen Strömungen, möchten wir bemerken, vermeidet er es, hier und in den folgenden Kapiteln, der Geschichte eine übertriebene Bedeutung und jenen Charakter des Absoluten beizulegen, der zufolge der Mensch in dem vorbestimmten schicksalhaften Ablauf der Ereignisse seine Rolle zu spielen hätte, aber vor dem Spiel, das sich auf der Bühne des Universums abrollt, ohnmächtig und gelähmt wäre; natürliche Folge eines Kulturbegriffs, der den Primat des Menschen gegenüber allen anderen Wesen nicht auf Gott gründet. Andererseits findet man in der Haltung des Aquinaten keinerlei Verurteilung der Welt, sondern deren freudige, auf Gott gerichtete Annahme. An mehreren Stellen seines Werkes wendet Thomas sein Prinzip auf die verschiedenen Bereiche der Schöpfung an, sogar auf den Tanz, für den er Normen aufstellt (vgl. Thomae Aquin. in Isaiam Proph. Expos., cap. 3 in fin.). Im ganzen ist die Kulturphilosophie, die sich aus seinen Werken ablesen läßt, von so vollkommener Ausgeglichenheit, daß sie sich fast völlig über die Verhältnisse des 13. Jahrhunderts und des Mittelalters überhaupt emporhebt und endgültigen Wert erlangt.

In seiner Kulturphilosophie, wie im größten Teil seiner Lehre überhaupt, interpretiert Thomas von Aquin das Selbstgefühl der Kirche von ihren Anfängen an und für alle Zeiten. Daß die Kirche durch ihr bloßes Dasein und ihre religiöse Wirksamkeit die Kultur beeinflussen mußte, war also unvermeidlich. Und selbst wenn man bedenkt, daß die Übertragung der Prinzipien und Ideale auf die Wirklichkeit immer und überall unter der menschlichen Schwäche leidet, hat sich die kulturelle Einwirkung der Kirche als umfassend und fruchtbar erwiesen, und das in doppelter Hinsicht.

Zunächst einmal ist die Kirche selber ein lebendiger und sichtbarer Organismus, und die Werke, die sie vollbracht hat, um ihre eigenste Mission zu erfüllen — so z. B. die Lobpreisung Gottes, vor allem durch die Darbringung des Heiligen Opfers; die Erziehung der Völker zur christlichen Zivilisation; die caritativen und sozialen Werke —, haben sich gleichzeitig und sozusagen von selber auch als hohe kulturelle Werte, bisweilen von erstem Rang, erwiesen. Man hat im vergangenen Jahr eine Ausstellung der Gemälde Fra Angelicos veranstaltet: hatten deren Besucher nicht den ganz natürlichen Eindruck, einer wahrhaft überlegenen kulturellen Schöpfung gegenüberzustehen? Und doch hat Fra Angelico seine Werke zur Ehre



Gottes und um den Menschen zu helfen, zu ihm emporzusteigen, geschaffen. An ähnlichen Werken hat die Kirche keinen Mangel, aber sie hält sie nicht einmal für wesentlich.

#### *Die Wirksamkeit christlicher Prinzipien in der Geschichte*

Wir müssen hier eine Bemerkung über die kirchliche Wissenschaft einfügen, d. h. über diejenige Wissenschaft, die die Kirche selber gepflegt hat und noch pflegt, um den christlichen Glauben und seine Grundlagen besser zu durchdringen. Diese Wissenschaft hat zur Zeit der theologischen Kämpfe des 4. bis 8., des 12. und 13., des 16. und 17. Jahrhunderts überragende Werke hervorgebracht, die hinsichtlich ihrer scharfen und durchdringenden Begriffsanalysen, ihrer Exaktheit, der Tiefe und Weite ihrer Gedanken und ihrer Logik der bedeutendsten Schöpfungen des Menschengesistes würdig sind. Sie hat damit Kulturarbeit geleistet, und die Geschichte der Wissenschaften wird Unser Urteil bestätigen; dessen sind Wir sicher.

Weiter hat die Kirche von Anfang an bestimmte Grundsätze in die Menschengeschichte eingeführt, die allmählich, im stillen und ohne die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, das kulturelle Leben beeinflusst und von innen heraus tiefgehend verwandelt haben: die Ausrichtung der gesamten menschlichen Existenz auf einen persönlichen Gott hin, vor dem der Mensch wie ein Kind vor seinem Vater steht; die Achtung vor der persönlichen Würde des Einzelnen; alle Menschen sind durch ihre Natur, ihren Ursprung, ihre Bestimmung ohne Unterscheidung von Kaste oder Nationalität gleich; sie sind alle Brüder und Schwestern in Christus; ebenso die Verbundenheit der Menschen untereinander und die Errichtung des sozialen Lebens, nicht unter der Einwirkung des instinktiven Drucks der Masse oder des Willens eines Diktators, sondern unter dem Einfluß Christi. Man kann noch die Achtung vor der Handarbeit als mit der Würde des freien Menschen vereinbar hinzufügen.

Auf diese Weise — das möchten Wir im Vorübergehn erwähnen — ist die antike Sklaverei an der Wurzel getroffen worden, lange ehe es möglich war, sie als wirtschaftliche und soziale Einrichtung abzuschaffen. Lesen Sie den Brief des Apostels Paulus an Philemon. Unter diesem Gesichtspunkt ist er ein kulturelles Dokument erster Ordnung.

Wir müssen noch die christliche Lehre vom Staat und von der öffentlichen Gewalt erwähnen. Sie kommen von Gott, verpflichten daher im Gewissen, aber ihre Träger haben auch die Verantwortung vor dem Herrn; eine unabhängige geistige Jurisdiktion der öffentlichen Gewalten, dazu bestimmt, zu überprüfen, ob die menschlichen Gesetze in Übereinstimmung mit dem göttlichen Gesetz stehen; das Recht auf Eigentum, das mit der persönlichen Würde zugleich erteilt worden ist wie ein moralischer Titel, der vor Gott und dem Nächsten gilt und jede Art unrechtmäßiger Ausbeutung verurteilt; die Forderung der unauflösbaren Einike und einer Reinheit, die bis ins Innerste des Denkens und Wollens reicht.

Die Kirche, die diesen Grundsätzen zum Sieg verhalf, hat dadurch zur Entfaltung der abendländischen Kultur beigetragen. Man wird der Geschichte recht geben, wenn sie behauptet, diese setze die römische Kultur des späten Kaiserreichs fort, zu dem germanische Kulturelemente hinzutreten seien. Sie ist also Erbin der gesamten Antike und der germanischen Welt. Aber ihre Seele bilden die christ-

lichen Prinzipien, die die Kirche ihr übergeben und die sie lebendig erhalten hat. Darum wird auch die abendländische Kultur fortbestehen und fruchtbar bleiben in dem Maße, wie sie ihnen treu bleibt, solange sie nicht ihre Seele verliert.

In Unserer Enzyklika *Evangelii praecones* vom 2. Juni 1951 haben Wir selber erklärt: „Die Kirche hat seit ihrem Ursprung bis heute stets die sehr weise Regel befolgt, daß das Evangelium bei den Völkern, die es annehmen, nichts zerstören und auslöschen soll, was in ihrem Charakter und in ihren Anlagen gut, schön und edel ist“ [vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 490 ff. und 544 ff.], und Wir haben dann diese Stelle erklärt. Aber die Kirche wird die Seele jeder christlichen Kultur sozusagen von selbst in das Denken und Fühlen der Völker übertragen, bei denen sie existiert und arbeitet, soweit sie daran noch nicht auf die Weise der *anima naturaliter christiana* teilhatten . . .

#### **Der Papst an den Weltverband der katholischen Frauenjugend**

Am 4. April empfing der Hl. Vater die Teilnehmerinnen am XIII. Internationalen Kongreß des Weltverbandes der katholischen Frauenjugend, der am gleichen Tage nachmittags seine Sitzungen im Angelicum beginnen sollte, in Sonderaudienz. Das Thema der Tagung war das spirituelle Leben. In seiner Ansprache ging der Hl. Vater ausführlich auf die große Bedeutung des inneren Lebens aus dem wahrhaft erkannten Glauben ein. Er betonte: „Die moderne Zivilisation übt durch ihren Aktualitätscharakter einen Zauber aus; sie ist auf die Zukunft, auf die Eroberung, auf die Organisation einer die politischen und ethnischen Grenzen überschreitenden universalen Gesellschaft ausgerichtet. Wie könnt ihr da von der nicht minder begeisternden Aktualität und von der Stoßkraft des geistigen Lebens überzeugt bleiben, wenn ihr es nicht irgendwie erfahren habt, wenn ihr euch nicht bemüht, jeden Tag tiefer in diese Welt einzudringen, die verborgener, aber wirklicher und wunderbarer ist als die andere, und sie unter der Führung Gottes selber zu entdecken? Doch die Schwierigkeiten entstehen in dem Augenblick, wo sich die Vorbedingungen dieser Entdeckung als unabweislich erweisen. Lärm, Unruhe, Schnelligkeit verlieren hier jedes Recht. Es handelt sich darum, in das innere Heiligtum einzutreten, in die Stille und das Schweigen, und vor allem darum, geduldig und demütig auf die Gnade von oben zu warten, von der der Täufer sagt: ‚Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen‘ (Joh. 3, 30). Wie viele junge Menschen haben den Mut, sich täglich lange dem Gebet hinzugeben, dem einzigen Weg, der in die Gegenwart Gottes führt? . . .

Die materialistische Zivilisation will den Menschen in der gegenwärtigen Welt verwurzeln, vor seinen Augen alle irdischen Hoffnungen aufleuchten lassen und sein Vertrauen in den Wert der menschlichen Arbeit und in seine Fähigkeit, die Leiden der Menschheit zu heilen, steigern. Selbst die Christen entinnen dieser Faszination nicht. Einige, die zu selbstsicher sind, haben Mühe, das Unzulängliche der Ergebnisse einzusehen, die mit den bloß technischen und wirtschaftlichen Hilfsmitteln erreicht worden sind. Andere, die zu der aufrichtigen Bemühung, die das christliche Leben verlangt, unfähig sind, versuchen, dessen Forderungen zurückzuschrauben: sie verlangen ständig Konzessionen, Anpassungen. Das Dogma mißfällt ihnen wegen seines absoluten Charakters; sie



werfen der christlichen Moral Intransigenz vor und hätten lieber, daß sie sich den Verhältnissen des modernen Zeitalters, den anscheinend unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich ihrer Beobachtung entgegenstellen, anpaßt; so beugen sie die Starre der Vorschriften zugunsten der subjektiven Billigung durch die Einzelnen. Und ihr wißt auch, wie schwer vielen von euren Zeitgenossen der Gehorsam gegenüber der Kirche, ihren Richtlinien, ihren Mahnungen zur Vorsicht fällt.“

All diesen Schwierigkeiten gegenüber, so fuhr der Hl. Vater fort, bedarf es eines starken geistigen und Gnadenlebens. Denn dieses führt zur echten Gottesliebe, die allein die Kraft zum wahren christlichen Leben und zum Verständnis des Gehorsams gegenüber der Kirche mit sich bringt. Aus dieser fließt dann der Beistand des Heiligen Geistes, der wiederum einzig imstande ist, die Aktion fruchtbar zu machen. Die Mitglieder des Weltverbandes der katholischen Frauenjugend werden darum zum Schluß eindringlich gemahnt, nicht bei den Glaubensformeln ihrer Kindheit stehenzubleiben, sich auch nicht an glänzenden Formulierungen genügen zu lassen, sondern in den wahren Sinn der Lehre einzudringen. Auch könne ihr Wirken nicht fruchtbar sein ohne Opfer; denn sie seien Glieder des Leibes Christi des Gekreuzigten und müßten an seinem Opfer teilnehmen. Diese Forderung werde von der modernen Welt ganz besonders wenig verstanden, und der moderne Christ trage diesen Zwiespalt in sich selber. Es sei aber das edelste Ziel, sich im Opfer mit Christus zu verbinden, da es „zugleich dazu führt, sich in der persönlichen Innerlichkeit mit Gott zu verbinden, die Welt für sein Reich zu erobern und die Liebe der allumfassenden Brüderlichkeit zu schenken“.

**Der Papst über die Ausbildung der Jesuiten**

Am 25. März empfing der Hl. Vater die Generalkurie des Jesuitenordens, die sich aus dem Ordensgeneral P. Janssens und den Instruktores des Tertiats zusammensetzt, in Sonderaudienz. In einer lateinischen Ansprache wies er dabei auf die besondere Bedeutung und Wichtigkeit des Tertiats hin, in welchem die jungen Jesuiten nach Abschluß ihrer Studien noch einmal ein ganz der Einkehr, Abtötung und Betrachtung gewidmetes Leben führen. Der Papst erinnerte daran, daß diese Regel nun bereits seit 400 Jahren Gültigkeit hat, da sie vom hl. Ignatius selber eingeführt worden ist; manche könnten daher vielleicht denken, sie sei heute veraltet, da der moderne Mensch eher dazu dränge, sich sofort ins tätige Leben zu stürzen, und weil auch die Kräfte im Apostolat so dringend benötigt werden. Es sei aber seiner Meinung nach umgekehrt: nie habe ein größeres Bedürfnis nach Sammlung bestanden. Das dritte Probationsjahr müsse daher geradezu als etwas Heiliges betrachtet werden, eine göttliche Eingebung. „Wir ermahnen euch daher, daß nach Abschluß der Studien sofort jeder einzelne ohne Ausnahme dieses volle Jahr, das einzig der intensiven Sammlung gewidmet ist, in den dafür bestimmten Häusern absolviere, daß dabei möglichst die Übungen und Prüfungen des Noviziats wiederholt und daß die aufgestellten Vorschriften und Normen getreu eingehalten werden.“

In bezug auf die asketischen Übungen ermahnt der Hl. Vater die Instruktores jedoch, auf das Wesentliche zu

achten und sich insbesondere an den „Geistlichen Übungen“ des hl. Ignatius zu inspirieren.

Der Papst betonte mehrmals im Laufe seiner Ansprache, wie wichtig Sammlung, Konzentration und das gesamte innere geistliche Leben für das Wirken in der Welt sind, womit er zugleich ein Wort an die Christen in der heutigen Welt überhaupt, über den Rahmen seiner gegenwärtigen Zuhörer hinaus, gerichtet hat.

**Vatikan-Interview zur Christusvision des Papstes**

„Die Welt“ veröffentlichte in ihrer Osternummer (31. 3. 1956) ein Interview, das eine Persönlichkeit aus der Umgebung Papst Pius' XII. einem Sonderkorrespondenten gewährt hat. Gegenstand des Interviews war die Christusvision des Heiligen Vaters. Den Anlaß dazu bot die Tatsache, daß der Chefredakteur des Hamburger Blattes, Hans Zehrer, seinerzeit die Nachricht von der Vision als Tatsache von großer Bedeutung auf der ersten Seite des Blattes gemeldet und als ein „Ereignis im Bereich des Geistes“ kommentiert hatte. Später brachte das Blatt zu diesem Ereignis einen Kommentar des Marburger Kirchenhistorikers Ernst Benz. Dieser deutete die Vision oder vielmehr ihre Bekanntgabe als ein kirchenpolitisches Ränkespiel mit dem Zweck, die Autorität des Papstes im Sinne des Unfehlbarkeitsdogmas weiter zu erhöhen, indem man ihn auch als Träger des Charisma in der Kirche darstelle. So werde er und das päpstliche Amt ins Übermenschliche erhoben. „Die Welt“ erhielt zu beiden Veröffentlichungen so viele und entgegengesetzte Zuschriften, daß sie daraufhin im Vatikan selbst nach der Bedeutung der Vision fragte.

Der vatikanische Theologe bestätigte, daß die Veröffentlichung der Vision auf einer Indiskretion beruhte. Nachdem diese aber nun einmal geschehen war, konnte der Heilige Vater die Tatsache nicht dementieren, ohne gegen die Wahrheit und Dankbarkeit zu verstoßen. Man würde dem Vatikan jedoch eine sehr große Unklugheit zutrauen, wenn man unterstellt, er bediene sich eines solchen Ereignisses zur Propaganda. Ebenso abwegig sei es, für die Aussage des Papstes über sein Erlebnis die Unfehlbarkeit seines Amtes heranzuziehen. Diese Aussage besitze vielmehr wie jede nachapostolische Offenbarung nur eine rein menschliche Glaubwürdigkeit. Daher sei sie auch für die Gläubigen weder als Motiv zum Glauben noch als Gegenstand des Glaubens verbindlich.

Daraus folge aber nicht, daß diese Vision für die Glaubensfreudigkeit der katholischen Christen bedeutungslos sei. Offenbarungen, die Gott im Lauf der Kirchengeschichte einzelnen Menschen zuteil werden läßt, können „eine von Gott gegebene Hilfe sein, um die Offenbarung zu verarbeiten und in ihrer Wirklichkeit tiefer zu erfassen“. Der Glaube der Christen ist immer in Gefahr, etwas Gewohntes und Gewöhnliches zu werden. „Gott bedient sich als Mittel einer Hebung und Belebung des Glaubens gern außergewöhnlicher oder mystischer Tatsachen.“ Wenn es sich um einen so qualifizierten Zeugen für eine solche Tatsache handelt wie den gegenwärtigen Papst, dann kann die Wirkung auf den Glaubensmut und die Glaubensstreue der katholischen Christenheit kaum ausbleiben. Die Vision hat also keine dogmatische, wohl aber eine religiöse Bedeutung.

Die katholische Welt, so sagte der vatikanische Sprecher, wird aus der Tatsache, daß der Heilige Vater durch die Begegnung mit Christus geheilt wurde, schließen, daß der



Herr ihm noch weitere Aufgaben vorbehalten hat. Dazu gehört die weitere Erneuerung der Liturgie, die Gewissenserziehung der Völker und Staatsmänner zur Verhütung eines Krieges, die Erinnerung an die Wahrheit, daß die Menschheit eine und ihre politische Einigung ein Stück Heilsgeschichte ist.

Die letzte Frage des Korrespondenten ist von besonderer Aktualität. Er fragte anlässlich der Verurteilung der Atomwaffen durch Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache, ob der Papst eine Fühlungnahme zwischen katholischen und evangelischen Experten zur Lösung dieser Menschheitsfrage befürworten würde. Die Antwort lautete: das sei, grundsätzlich betrachtet, nicht schwierig. Die Instructio des Heiligen Offiziums vom 20. Dezember 1949, die in der Una-Sancta-Frage die dogmatischen Unterschiede herausstellte, habe deutlich gesagt, daß die Kirche die Zusammenarbeit der Christen zur Wahrung der Prinzipien des Naturrechts, der Menschenwürde und der Grenzen des Staates sowie zur Verteidigung des christlichen Glaubens gutheißt. In der Frage der Atomwaffen habe der Papst das Anliegen der Weltkirchenkonferenz von Evanston ganz und gar erfüllt, auch wenn er die Forderungen miteinander als untrennbar verkoppelt: Verzicht auf die Experimente mit Atomwaffen, Verzicht auf ihren Einsatz überhaupt, allgemeine Rüstungskontrolle und die Präventivbefriedung, übrigens das Anliegen der „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“. Der Papst rufe unermüdlich die Gewissen wach, hier liege aber auch die Grenze seines priesterlichen Amtes. Der Vatikan könne keine Initiative zur Herbeiführung von interkonfessionellen Expertenkonferenzen ergreifen, weil das kirchenpolitisch mißdeutet würde. Papst Pius XII. werde aber solchen Gesprächen keine Hindernisse bereiten, sondern für ihren Erfolg viel beten und opfern lassen.

#### Eine Bilanz der kirchlichen Organisation

Das amerikanische „Institute of Management“, das sich mit der wissenschaftlichen Erforschung des betrieblichen Organisationswesens befaßt, hat mit Erlaubnis des Heiligen Stuhls unter großem Aufwand eine „Betriebsprüfung“ der kirchlichen Organisation vorgenommen. 200 Angestellte untersuchten in Rom und in dreißig Ländern, wie die Kirche, rein organisatorisch betrachtet, ihren Aufgaben gerecht wird. Der Bericht „The Roman Catholic Church“ liegt jetzt vor und wird, durch Dokumente erweitert, im kommenden Sommer im Verlag Harper & Brs. veröffentlicht werden (Special Audit Nr. 137, Februar 1956, Bd. 5, Nr. 15).

Ein solches Unternehmen erregt auf den ersten Blick bei jedem Gläubigen Anstoß. Wie kann man die Kirche unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten testen? Der Papst ließ sich aber darauf ein. Er gewährte dem Präsidenten des Instituts, Martindell, eine Audienz und genehmigte das Vorhaben. Wie es in dem Bericht des Instituts heißt, ist zwar die Geschichte der Kirche das Ergebnis göttlicher Führung. Aber das schließt nicht aus, daß „gute und rationelle Amtsführung eine Ursache für den Erfolg des Wirkens der Kirche ist“. Die Tätigkeit der Kirche vollzieht sich nicht nur in Charismen, sondern, menschlich betrachtet, zum größeren Teil durch die amtlichen Dienste ihrer Diener. Diese sind wie jede menschliche Tätigkeit in bezug auf ihren Einsatz und Erfolg der wissenschaftlichen Forschung zugänglich.

Das Institute of Management hat bestimmte Maßstäbe

zur Bewertung betrieblicher Organisation aufgestellt, die aus der Erfahrung mit wirtschaftlichen Unternehmungen gewonnen sind. Auf Grund dieser Maßstäbe hat es ein Punktsystem ausgearbeitet, um die verschiedenen Zweige der Betriebsorganisation zu bewerten, und zwar sowohl in sich selbst wie auch in ihrer Bedeutung für das Ganze. Wie die Kirche beurteilt wurde, geht aus der folgenden Tabelle hervor:

Faktoren der Untersuchung	Höchstpunkte	Mindestnötige Punkte für das Prädikat „ausgezeichnet“	Punkt für die kath. Kirche
1. Sozialer Einfluß	1000	750	1000
2. Organisatorische Struktur	800	600	700
3. Beschaffung und Verwendung der Mittel (Anpassungsfähigkeit)	500	375	375
4. Aktivität der Mitglieder	1300	975	1100
5. Werbung	800	600	650
6. Finanzgebarung	800	600	700
7. Geschäftsleitung	800	600	525
8. Führung der Geschäfte	700	525	650
9. Verwaltung	1200	900	1100
10. Qualität der Leitung	2100	1575	2000
	10000	7500	8800

Natürgemäß kann eine solche tabellarische Bewertung nur mit Hilfe unzulänglicher Verallgemeinerungen zustande kommen. Im Geschäftsleben, wo es sich um finanziellen Erfolg handelt, mag es angemessen sein, die verschiedenen Betriebsvorgänge auf den Nenner von Zahlen zu bringen. Im religiösen Bereich muß das zu willkürlichen Urteilen führen, die an der Oberfläche bleiben und ein verzerrtes oder wenigstens einseitiges Bild ergeben. Das hat der amerikanische Soziologe und Betriebswissenschaftler Peter F. Drucker in einer sehr scharfen Kritik dieses Management Audit in der Zeitschrift „America“ (25. Februar 1956) zum Ausdruck gebracht. Als Beispiel für die verallgemeinernde Willkür, mit der man bei dieser Untersuchung vorgegangen ist, führt er das Urteil an: „Der durchschnittliche Glaubenseifer der heutigen Gläubigen ist nach unserer Ansicht etwa halb so groß wie am Anfang.“ Er macht ihr außerdem zum Vorwurf, daß sie die Art, wie die Kirche ihrer Aufgabe dient, in unzulänglicher Weise danach beurteilt, wie die Verwaltungsgeschäfte der römischen Kurie geführt werden, als ob man von da aus ein Urteil über die religiösen Auswirkungen des kirchlichen Dienstes gewinnen könnte! Davon abgesehen, sagt Drucker, habe es einfach am genügenden Verständnis für die spezielle katholische Auffassung vom Wesen der Kirche gefehlt. Die amerikanischen Betriebswissenschaftler hätten die Organisation der Kirche als einen Selbstzweck aufgefaßt. Ihnen sei es nur darauf angekommen, ob die Organisation in sich selbst funktioniert. Sie hätten übersehen, daß sie in der Kirche nur eine dienende Rolle spielt und daß deshalb oftmals organisatorische Gesichtspunkte hinter höheren zurückzutreten haben. Ebenso unsinnig sei der Versuch, die Wirksamkeit der Kirche und ihrer Verwaltungszweige danach zu beurteilen, welchen Einfluß sie auf die Zivilisation gehabt haben.

Andere Rezensenten dieser Untersuchung haben sie wesentlich günstiger beurteilt, so z. B. der amerikanische



Erzbischof John F. O'Hara. Er stellt zwar ebenfalls fest, daß der Bericht zahlreiche Vereinfachungen, Einseitigkeiten und unzulängliche Gesamturteile enthält, meint aber doch, daß man für die Führung der kirchlichen Geschäfte manchen Hinweis aus ihm entnehmen könne und daß man befriedigt sein dürfe, viele Einrichtungen der Kirche durch das Urteil der Organisationswissenschaft unserer Zeit bestätigt zu erhalten. Mit allen diesen Vorbehalten geben wir die wichtigsten Feststellungen des Berichts wieder.

### 1. Sozialer Einfluß

Der Bericht betrachtet, wie gesagt, das Wirken der Kirche ausschließlich unter humanitärem Gesichtspunkt. So kommt er zu dem Urteil: „Keine andere Organisation hat durch eine so lange Zeit hindurch soviel für die Gesellschaft getan, trotz aller Versager, und wenige können sich in ihrer gegenwärtigen Leistung für die Gesellschaft an ihre Seite stellen. Ganz sicher sucht keine andere religiöse Gemeinschaft ihren Mitgliedern und der menschlichen Gesellschaft in solchem Ausmaß ihre Dienste zur Verfügung zu stellen; die römische Kirche ist wirklich katholisch.“ Ihre gesellschaftliche Leistung „übersteigt alle Begriffe“.

### 2. Organisatorische Struktur

Die gegenwärtige organisatorische Struktur der Kirche stellt sich in folgenden Zahlen dar:

Kirchen	416 466
Pfarrgemeinden	177 027
Weltpriester	257 763
Seminaristen	65 328
Ordenspriester	119 445
Neupriester (1954)	8 011
Männliche Ordenskommunitäten	19 183
In ihnen Ordensleute	210 248
Weibliche Ordenskommunitäten	72 135
In ihnen Schwestern	950 865
Erziehungseinrichtungen für Knaben	85 296
Darin Knaben	10 317 797
Erziehungseinrichtungen für Mädchen	75 275
Darin Mädchen	9 511 317
Wohltätigkeitsanstalten	31 110
Darin betreute Personen	13 854 533
Gesamtzahl der Katholiken	451 593 832
Gesamtbevölkerung der Erde	2 170 442 562
Jurisdiktionsbezirke der Kirche (1955)	1 946
davon in Europa	706
Asien	407
Mittel- und Südamerika	332
Nordamerika	234
Afrika	231
Australien u. Ozeanien	54

Rußland und ein Teil der Satellitenstaaten (Rumänien, Karpatho-Ukraine, Bulgarien) waren statistisch nicht erfassbar.

Die Organisation der Kirche hat nach der Enquete steigend zentralistische und autoritäre Tendenz. Von der Hierarchie heißt es: „Die kirchlichen Oberhirten ihrer Diözesen sind die Bischöfe. Hier liegt beides: die Macht und die Stärke der Kirche. Die Bischöfe besitzen eine wirkliche Selbständigkeit, sind aber dem Heiligen Stuhl für ihre Amtsführung direkt verantwortlich. Sie sind keine Beauftragten des Heiligen Stuhles, sondern üben ihre Gewalt kraft eigenen Amtes aus.“

Pius X. hat begonnen, der Kirche ihre moderne Organisation zu geben. Doch habe diese Organisation zwei Schwächen: Die Kirche gibt sich zuwenig genaue — statistische — Rechenschaft über die Wirksamkeit ihrer Methoden. Und: sie überläßt den Mitarbeitern der Führung zuwenig Initiative und Verantwortung. Namentlich hat der Papst selbst zuviel zu tun und deswegen zuwenig Muße. Pius XII. empfängt 2000 Personen pro Tag. Er arbeitet sieben Tage in der Woche. „Kein anderer irdischer oder geistlicher Führer hat ein so erstaunliches Arbeitspensum.“

### 3. Beschaffung und Verwendung der Mittel

„Betriebsmittel“ der Kirche im Sinne dieser Untersuchung sind die von ihr zur Erreichung ihrer Ziele in Dienst gestellten sachlichen und personellen Kräfte. Über die Zahl ihrer Einrichtungen gibt die obige Statistik Auskunft. Die Kirche erleidet in den seit alters katholischen Gebieten überwiegend Verluste, hat dagegen in den Missionsländern überwiegend Zunahmen. In diesen Zusammenhang gehört folgende Missionsstatistik (von 1955):

Kirchen	74 065
Pfarrgemeinden	11 643
Weltpriester	11 279
Seminaristen	5 475
Ordenspriester	18 058
Neupriester (1954)	543
Männliche Ordenskommunitäten	2 831
In ihnen Ordensleute	19 512
Weibliche Ordenskommunitäten	6 265
In ihnen Schwestern	72 110
Erziehungseinrichtungen für Knaben	43 519
Darin Knaben	3 522 494
Erziehungseinrichtungen für Mädchen	22 848
Darin Mädchen	2 196 646
Wohltätigkeitsanstalten	5 867
Darin betreute Personen	6 982 179
Gesamtzahl der Katholiken	31 554 849
Gesamtbevölkerung der Missionsländer	1 187 798 820

Die Leistung der kirchlichen Organisation ist nach Ländern außerordentlich verschieden. Deutschland mit 37% Katholiken verfügt z. B. über 6629 Wohltätigkeitseinrichtungen, Frankreich mit 85% Katholiken über 2533, Spanien mit fast 100% Katholiken über 1565 (wobei freilich die absolute Bevölkerungszahl zugunsten Spaniens korrigierend ins Gewicht fällt).

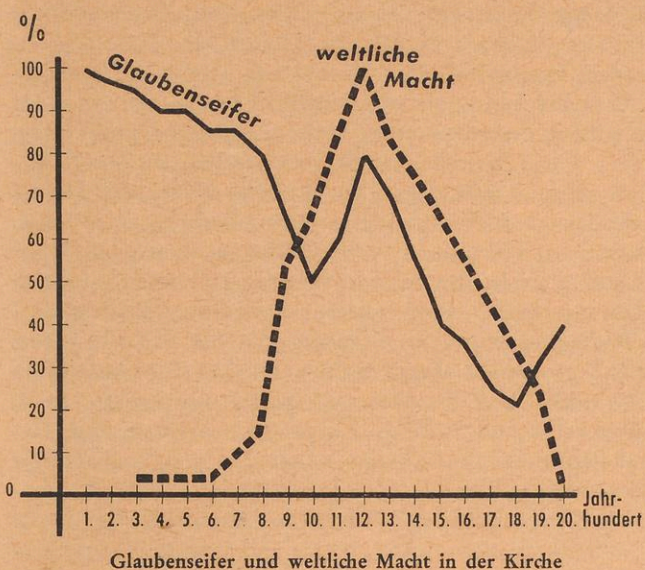
### 4. Aktivität der Mitglieder

Vom sechsten Jahrhundert an hat die Aktivität der Mitglieder nie mehr den Stand der ersten Zeiten erreicht. Was die Neuzeit angeht, ist festzustellen, daß die Kirche in den ökonomischen Mittelschichten ihre Mitglieder am wenigsten zu aktivieren vermochte. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder im Lauf der Zeiten dürfte etwa 5 Milliarden betragen, von denen 50 Millionen den geistlichen Stand erwählt haben.

Das Problem für die katholische Kirche liegt nach Ansicht des Institutes in der Aktivierung der Mittelschichten. Die Kirche muß „entweder eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse abwarten oder der breiten Mittelschicht die Mitgliedschaft anziehender machen“. „Die negative Form des Appells ist ungenügend.“ „Die durchschnittliche Aktivität der Mitglieder ist heute größer als vor hundert Jahren, aber nach unserer Untersuchung



höchstens halb so groß wie im Anfang.“ Ein Maßstab für diese Aktivität ist der Priesternachwuchs, ein anderer die Katholische Aktion. Die Katholische Aktion umfaßt weniger als 20% der Gläubigen. Sie ist auch im allgemeinen zuwenig straff organisiert.



### 5. Werbung

Die missionarischen Anstrengungen der Kirche sind erst seit dem siebzehnten Jahrhundert organisiert worden. Auch diese Organisation ist aber bis heute nicht straff genug. Sie erstreckt sich vor allem nicht auf das Gebiet der publizistischen Werbung. Das Organ des Heiligen Stuhles, der „Osservatore Romano“, hält keinen Vergleich aus mit einem so mächtigen Blatt, wie es der „Christian Science Monitor“ ist. Es gibt zu viele katholische Publikationen und zuwenig Anstrengung, etwas Hervorragendes zu schaffen. „Wir sind erstaunt, warum die große Leserschaft katholischer Publikationen nicht einen hohen Standard von Tages- und Wochenpresse zu schaffen vermochte.“ Um so mehr, als die katholische Kirche in ihrem weltweiten Personalstand doch über ein einzigartiges Informationsnetz verfügt.

Das Endurteil lautet: Es ist unmöglich, eine Organisation zu finden, die in einer so langen Zeit ein so erfolgreiches Werbeprogramm durchgeführt hat. Aber die Unzulänglichkeit der Organisation hat den Erfolg merklich beeinträchtigt.

### 6. Finanzgebarung

In diesem Abschnitt wird zunächst eine Übersicht über die Vermögensentwicklung der Kirche und besonders des Heiligen Stuhles gegeben, dann eine weitere über die gegenwärtige Finanzverwaltung. Im Urteil über sie heißt es: „Insgesamt verwaltet die Kirche vom Bischof abwärts ihre finanziellen Angelegenheiten überraschend gut. Keine andere Organisation im Umkreis unseres Wissens oder unserer Erfahrung leistet so viel mit so wenigem. Die Gelder werden fast von allen Bischöfen mit einem beträchtlichen Maß von Wirksamkeit eingesetzt. Diese Tatsache veranlaßt viele Andersgläubige und Nichtgläubige, an die verschiedensten katholischen Organisationen Beiträge zu leisten.“

Auf höchster Ebene arbeitet die Vatikanische Bank rein organisatorisch hervorragend. Mit nur 60 Angestellten bewältigt sie fünf Millionen Transaktionen jährlich und

von so verschiedener Art, daß sie darin mit der Bank von England vergleichbar ist. Finanzpolitisch dagegen sind die Organisationsfachleute aus der Wirtschaft mit dem Heiligen Stuhl nicht einer Meinung. Seine im Verhältnis zu den Aufgaben nicht großen, absolut betrachtet aber doch erheblichen Investitionen seien wirtschaftlich einseitig und schlecht placiert. Dieses Urteil gibt die rein ökonomische Einstellung der Verfasser wieder, die die Kirche sich natürlich nicht zu eigen machen kann.

Der Bericht bemängelt ferner die ungenügende Offenlegung der kirchlichen Finanzen, namentlich auf höchster Ebene. Viele privatwirtschaftliche Unternehmungen seien darin offener, während die Offenlegung die Position der Kirche stärken werde. „Die Kirche ist wirklich zu bedeutend, um geheim zu arbeiten.“ Im übrigen aber solle man bei dem Gerede vom Reichtum der Kirche eines überlegen: Wer möchte denn Eigentümer eines Hospitals, einer Schule oder eines Kirchengebäudes sein? Kann man dieses Eigentum im Ernst als Kapitalanlage bezeichnen? Man solle die Tatsache, daß die katholische Kirche insgesamt jährlich über fünf Milliarden Dollar verfügt, loyal in Beziehung setzen zu den Zahlen der Statistik ihrer Tätigkeit.

### 7. Geschäftsleitung

Unter allen Körperschaften ist die Kirche darin einzigartig, daß an ihrer Spitze kein Verwaltungsrat oder korporativer Vorstand steht. Das Kardinalskollegium hat nur eine beratende Funktion und ist zudem in seiner persönlichen Zusammensetzung ganz vom Papst abhängig. Deshalb müsse man die Geschäftsleitung der Kirche als „autoritär“ bezeichnen. Das sei aber eine Angelegenheit ihrer Mitglieder, die Außenstehende nichts angeht.

Unter organisatorischem Gesichtspunkt wirke sich das durchschnittliche Alter der Kardinäle hemmend aus, in Rücksicht auf die Internationalität auch der starke Anteil von Italienern in diesem Senat. Unter diesen Umständen müsse vermutet werden, daß eine Neigung zu starkem Konservatismus und zu einer Betrachtungsweise von einseitig römischer Sicht zuweilen die Fortschrittlichkeit des Handelns verlangsamt.

Die im Vergleich zu anderen religiösen Gemeinschaften streng hierarchische Leitung der Kirche gehört aber dennoch zu den Ursachen ihres einzigartigen Erfolges. Nach den Erfahrungen des Institute of Management ist es für kirchliche, erzieherische und wohltätige Körperschaften am besten, wenn sie nicht demokratisch geleitet werden. Die Demokratie hat dort ihren eigentlichen Ort, wo die Geschäftsleitung mit der Macht zu Zwangsmaßnahmen ausgestattet ist, sei es in modernen Staaten, sei es in großen Unternehmungen, die eine finanzielle Zwangsgewalt besitzen. Bei freien Gesellschaften dagegen könne man sich von häufigen Wahlen und häufiger Ablösung der Verwaltungen und Leitungen nicht viel Gutes versprechen.

Obwohl in der Enquete die Hierarchie positiv bewertet wird, spürt man doch deutlich, wie wenig eine volle Würdigung dieser Institution gelungen ist, weil man die hierarchische und die demokratische Praxis als Gegensätze betrachtet. Hier haben die Erfahrungen mit totalitären und diktatorischen Staaten der Gegenwart die Vorstellungen allzusehr beeinflusst. Es ist den Sachverständigen entgangen, in welchem Ausmaß die Hierarchie heute der Stimme auch der einfachen Geistlichen und erst



recht der kirchlich gesinnten und sachverständigen Laien Gehör schenkt. Der Papst und die heutigen Bischöfe werden schematisch mit denen des Mittelalters in eine Reihe gestellt.

### 8. Führung der Geschäfte

„Es ist ein Gemeinplatz, zu behaupten, daß die Kirche Zeit habe.“ Dieses Vorurteil ist durch die Enquete gründlich widerlegt worden. „Die Hierarchie ist schnell in Verwaltungssachen, langsam in der Veränderung von Gewohnheiten, unbeweglich in dogmatischen Dingen.“ Im Vatikan geht die Führung der Geschäfte nach der Uhr. Eine Unmenge von Details wird schnell und gut erledigt. Wenn Eile not tut, werden Entscheidungen augenblicklich getroffen. „Keine privatwirtschaftliche Körperschaft hat uns unter dem Gesichtspunkt der Wertung der Zeit so sehr beeindruckt wie die katholische Kirche.“ Wertung bedeutet aber auch, daß die Kirche ein Gefühl dafür entwickelt, welche Angelegenheiten nicht übers Knie gebrochen werden dürfen. In solchen Dingen läßt sie sich überaus lange Zeit. Von daher stammt der falsche Eindruck, daß die Kirche in allem die Zeit vergesse. Nicht nur die Zeiteinteilung, sondern auch die Ordnung der obersten kirchlichen Behörden erregte bei den Sachverständigen eine Bewunderung, die durch den Bericht deutlich hindurchschimmert. Und ferner: „Die Atmosphäre von Sparsamkeit inmitten von Pracht wird nur noch durch die Atmosphäre der Zweckmäßigkeit und der Diskretion übertroffen.“

Die Geschäftsführung der Bischöfe ist außerordentlich individuell. Nichts wäre verkehrter, als sich die Kirche vorzustellen wie eine Firma mit 1900 Filialen. Im einzelnen stellt der Bericht fest: „Wir haben beobachtet, daß in den deutschen Diözesen die Geschäftsführung weit wirksamer ist als irgend sonstwo.“

### 9. Verwaltung

Unter Verwaltung im Gegensatz zu Geschäftsführung versteht die Enquete die Bewältigung der „Routine-sachen“. Auf höchster Ebene werde die Verwaltung durch die römischen Kongregationen und sonstigen päpstlichen Behörden „nicht kostspielig und sehr hochwertig“ besorgt.

### 10. Wirkungsintensität der Führung

Der zehnte Punkt der Untersuchung berührt sich mit dem ersten. Es handelt sich darum, inwieweit die Führung der Kirche imstande ist, im Rahmen der kirchlichen Ziele ihr Potential zum Einsatz und zur Wirksamkeit zu bringen. Hierbei stellt sich die Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Politik. Warum enthält sich die Kirche, angesichts der Lehren der Geschichte, nicht sogar jedes Anscheins politischer Betätigung. Warum verhält sie sich nicht „rein geistlich“. Die Antwort lautet: 1. Die Kirche ist international. Sie muß deshalb Beziehungen zu den Regierungen unterhalten. 2. Politische Führer werden in kritischen Zeiten immer die Hilfe einer so starken Organisation suchen. 3. Zu gewissen Zeiten ist es in allen Staaten Schicksal der stärksten — außerstaatlichen — Organisation, zu sterben oder Widerstand zu leisten. Widerstand ist meist am erfolgreichsten auf politischer Ebene. 4. Die katholische Kirche braucht politischen Einfluß nicht zu suchen. Dank ihrer Stärke und Größe treibt er ihr entgegen. Konkordate ergeben sich zuzeiten von selbst. Gerade Italien biete ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie

wichtig es sein kann, geistige Kräfte im politischen Geschehen einzusetzen.

Dem Industrialismus gegenüber habe die gesellschaftliche Führungskraft der Kirche weithin versagt. Es sei ihr nicht gelungen, die industrielle Führerschaft in wesentlichem Umfang unter ihren Einfluß zu bringen. Deshalb werde sie auch in ihren Bemühungen seitens der Industrie nur wenig unterstützt. Der Bericht legt aber den Unternehmern ans Herz, die gesellschaftlichen Bestrebungen der Kirche in ihrer Bedeutung mehr zu erkennen und zu fördern. Diese Bestrebungen liegen vor allem auf den Gebieten geistiger und menschlich-sittlicher Erziehung. Darum verdiene auch das kirchlich-religiöse Bildungs- und Schulwesen ein Höchstmaß von Förderung durch die Wirtschaft. Der Bericht setzt in diesem Zusammenhang den Unternehmern auseinander, daß ein Schulmonopol, gleichgültig in wessen Händen, fast mit Sicherheit zum Untergang einer pluralistischen Gesellschaftsordnung führen muß, da es die Menschen geistig uniformiert. Es ist erstaunlich, um wieviel klarer die amerikanischen Geschäftsleute diese Tatsache sehen als etwa europäische Sentimental-Liberale.

Der Bericht macht der Kirche den Vorwurf, daß sie der Gesellschaft noch nicht genug Führungsnachwuchs auf allen Kulturgebieten liefere, obwohl sie doch die größte Eignung dazu besitze. Im Interesse der Gesellschaft also und nicht der Kirche wird ein Ausbau des kirchlichen Bildungswesens dringend gewünscht.

Als eine weitere wichtige Aufgabe der Kirche bezeichnet der Bericht am Schluß die Stärkung eines christlichen Lebens innerhalb der Familien. Denn die Familie müsse gemäß den Untersuchungen des Institutes als die starke und unersetzliche Grundlage der Kultur und Gesellschaft betrachtet werden, und gerade sie sei durch die moderne Wirtschaftsentwicklung äußerst bedroht. Deshalb liege im „Familienkreuzzug“ sowohl die größte Chance als auch die dringendste Aufgabe katholischer Aktion.

Die katholische Kirche sei heutzutage nicht nur die größte religiöse Gesellschaft, sondern die größte Körperschaft überhaupt. Sie sei seit 1870 wieder in eine geschichtliche Periode des Aufstiegs eingetreten, und zwar im streng geistigen Sinne. Sie gewinne den Anschluß an ihre glorreiche Frühzeit wieder zurück. Und man sollte sich bei ihrer Beurteilung nicht allzusehr dadurch beeindrucken lassen, daß dazwischen eine lange Zeit der Ermattung lag oder daß die Kirche mit vielen Fehlern und Makeln behaftet war. Es gibt keine einzige gesellschaftliche Organisation, die im Lauf einer längeren Geschichte davon frei bleibt, und vor dem ethischen Urteil unserer Zeit könnte wohl keine staatliche, religiöse oder gar wirtschaftliche Organisation mit ihrer Vergangenheit in den letzten Jahrhunderten makellos bestehen.

**Schwere Niederlage der Kommunisten in den Betriebsratswahlen bei Fiat** Am 29. März haben die diesjährigen Betriebsratswahlen in 29 Sektionen des größten italienischen Industrie-konzerns, der Fiat-Werke bei Turin, stattgefunden und wiederum, wie schon im vergangenen Jahr, einen weiteren starken Rückgang der kommunistischen und einen entsprechenden Fortschritt der Freien Gewerkschaften offenbart. Als im vorigen Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 344) um die gleiche Zeit bei den Betriebsratswahlen in den Fiat-Werken ein ganz gewaltiger Umschwung zugunsten der Freien Gewerk-



schaften an den Tag trat, war man noch geneigt, den Vorgang sehr vorsichtig zu beurteilen, und die Kommunisten ihrerseits versuchten, seine Bedeutung damit zu bagatellisieren, daß sie behaupteten, andere Infiltrationswege bei den italienischen Massen eingeschlagen zu haben, so daß der offenkundige Rückgang in den Gewerkschaften wieder aufgewogen würde. Zu diesen neuen Methoden rechneten vor allem die „Gespräche mit den katholischen Massen“, die der italienische Kommunistenführer Togliatti auf einer Sitzung Ende Juli 1955 in Rom empfahl (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 536).

Ob die Kommunisten mit dieser neuen Wählerarbeit — wie viele Beobachter befürchten — im Süden des Landes Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten; die ertümlische Mentalität der in großem Elend lebenden Bevölkerung weiter Teile Süditaliens und der Inseln läßt ihr wirkliches Denken und Empfinden nicht so leicht durchschauen. Es ist selbstverständlich, daß sie Hilfe aufgreifen, wo immer sie sie finden; es ist aber nicht so sicher, daß sie damit auch ihre Seele verkaufen. Wie dem auch sei: in Norditalien hat der Kommunismus, wie die letzten wichtigen Betriebsratswahlen wohl unzweifelbar beweisen, weiter abgenommen, sowohl an Anhängerzahl wie an Ansehen.

In diesem Fall reden die Zahlen eine deutliche Sprache. Wir stellen daher die drei Wahlergebnisse der Betriebsratswahlen in den Fiat-Werken von 1954, 1955 und 1956 nebeneinander (CISL = der Christlich-Demokratischen Partei nahestehende Freie Gewerkschaften; UIL = sozialistische Gewerkschaften; CGIL = kommunistische Gewerkschaften).

	1954			1955			1956		
	Stimmen	Sitze	%	Stimmen	Sitze	%	Stimmen	Sitze	%
CISL	13 175	45	25,4	20 190	93	40,5	25 999	111	47,2
UIL	5 889	13	11,3	11 628	40	22,5	13 076	46	23,7
CGIL	32 885	100	63,2	18 937	55	36,7	15 864	45	28,8
Verschiedene	76	4	0,1	157	4	0,3	34	2	0,3

Die Kommunisten und Sozialkommunisten erklären ihre erneute Niederlage in dieser größten und modernsten Industrieanlage Italiens, einer der modernsten der Welt überhaupt, auch weiterhin mit den dort angewandten Lohnstaffelungen und mit dem „Paternalismus“, der gönnerhaften Zuwendung gewisser sozialer Verbesserungen durch die Arbeitgeber, ohne daß doch die eigentlichen Forderungen der Arbeiterklasse, „z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit“, erreicht worden wären.

Die wirklichen Gründe des Abwanderns von der CGIL zu CISL und UIL werden dagegen offenbar in den Erklärungen getroffen, die einige Leiter der Freien Gewerkschaften vor Pressevertretern abgegeben haben. Sie sagen (nach „Stampa“, 30. 3. 1956), die italienischen Arbeiter seien die leere Rhetorik, die ewigen Zukunftsversprechungen der Kommunisten leid, sie haben dagegen die langsamen, aber stetigen kleinen Fortschritte schätzen gelernt, die ihnen die unermüdliche Arbeit der Vertreter der Freien Gewerkschaften, insbesondere der CISL, verschafft haben: diese haben auf alle großen Worte ohne Hintergrund verzichtet, sich dafür aber tagtäglich und ununterbrochen allen konkreten Problemen der von ihnen vertretenen Arbeiter gewidmet und für sie mit der Direktion nicht im Geiste eines vorgefaßten Gegensatzes, sondern in dem vernünftiger Zusammenarbeit verhandelt. Im Laufe des letzten Jahres sei den Arbeitern und Angestellten der Fiat dadurch eine Anzahl kleinerer Vor-

teile in der Gesamthöhe von 3 1/2 Milliarden Lire (ca. 22 Millionen DM) zugeflossen. „Es scheint daher nicht übertrieben, daraus zu schließen“, so sagt der Artikel der „Stampa“, „daß die italienischen Arbeiter in ihrer Mehrheit endgültig die politisch-futuristische Haltung der Sozialkommunisten abgelehnt und dagegen die rein gewerkschaftliche Methode angenommen haben, die aus ständigen konkreten Fortschritten besteht und in einem Geist nicht des Gegensatzes, sondern der Zusammenarbeit mit dem Betrieb vorgeht.“ Wenn man von dieser sehr zuversichtlichen Formulierung auch vielleicht einiges abziehen muß, da in diesem Bereich sehr viele Imponderabilien im Spiel sind, so weisen sie doch gewiß die wahren Gründe für die gegenwärtige Entwicklung auf.

**Der Protestantismus in Spanien und die Schließung seines Madrider Seminars** Am 23. Januar 1956 schlossen mehrere spanische Polizeibeamte auf Anordnung der Generaldirektion der Polizei das in der Calle Murillo 85 (dem Gebäude des ehemaligen evangelischen Gymnasiums „Porvenir“) untergebrachte „Unierte Theologische Seminar“ und ein im gleichen Haus befindliches Schülerwohnheim. Die Privatwohnungen und die evangelische Hauskapelle wurden von der Schließung nicht betroffen. Nachdem inzwischen durch den Weltrat der Kirchen und nationale evangelische Kirchen eine ganze Reihe heftiger Proteste veröffentlicht wurden und der Vorfall sogar zu Interpellationen im deutschen Bundestag, im englischen Parlament, bei der Regierung der USA und (allerdings einen Tag nach der Genehmigung der Wiedereröffnung) beim französischen Außenministerium Anlaß gab, erhielt das Seminar am 3. April die Genehmigung zur Wiedereröffnung und zur Entfernung der polizeilichen Siegel. Bis zum Erscheinen dieses Heftes werden vermutlich auch die Bedingungen erfüllt sein, die einer Wiederaufnahme des Lehrbetriebes noch im Wege stehen.

Man könnte den Fall damit als Episode betrachten und auf sich beruhen lassen, wäre nicht durch die evangelische Publizistik in Deutschland und in allen anderen Ländern eine Grundsatzdebatte entstanden. Nun haben auch katholische Stimmen, sowohl in Deutschland wie anderswo — in den USA, in Frankreich, England —, die Ausübung der Toleranz in Spanien schon seit längerem diskutiert und kritisiert (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 228 u. 442; 6. Jhg., S. 375 ff.). Wenn aber das Hamburger „Informationsblatt“ der norddeutschen lutherischen Kirchen in seinem ersten Märzheft am Ende einer sehr prononcierten Darstellung schreibt, „man sollte sich in katholischen Kreisen Deutschlands genau überlegen, wie man auf die Ereignisse in Spanien reagiert“, so hat es einen sehr zweifelhaften Anlaß gewählt, diese Debatte wieder aufzunehmen. In dem, was bisher von protestantischer Seite darüber geschrieben worden ist, werden jedenfalls die Tatsachen wie vor allem die Dimensionen in einer kaum mehr zu verantwortenden Weise verzerrt. Eine Stellungnahme kann sich selbstverständlich nicht lediglich auf die kürzlichen Ereignisse allein stützen, sondern setzt die eingehende Kenntnis der spanischen konfessionellen Verhältnisse voraus.

#### *Eine verschwindende Minderheit*

Über die Zahl der Protestanten in Spanien war die letzte zuverlässige Zahl in dem Buch der Pastoren C. Araújo



García und Kenneth G. Grubb, „Religion in the Republic of Spain“ (London 1933), enthalten: 21 900, davon 6 259 praktizierend. Das „World Christian Handbook“ (London 1952) gibt 23 500 an, die übrigen Zahlenangaben schwanken zwischen 7 000 und 30 000. Tatsächlich darf man etwa 25 000 annehmen, von denen rund die Hälfte Ausländer sind (in Spanien leben insgesamt 58 112 Ausländer): letztere vor allem Diplomaten und Handelsvertreter. Wenn man weiterhin einen Praktikantenanteil von einem Viertel annimmt, gibt es rund 3000 praktizierende Protestanten spanischer Nationalität, das sind 0,012 % der Bevölkerung. In Madrid hat man an einem evangelischen Feiertag alle Personen gezählt, die in den 20 evangelischen Kapellen und Kultstätten am Gottesdienst teilnahmen. Es wurden 531 Personen ermittelt, von denen mindestens 200 als Ausländer identifiziert werden konnten. H. S. Leiper („Christianity today“, New York 1947) spricht von einem „schwachen und hinwelkenden geistlichen Leben“.

Es gibt in Spanien mindestens 260 evangelische Kirchen und Kapellen, von denen die größte, in Madrid, 1700 Personen faßt. Wenn man die nicht praktizierenden Kirchenmitglieder mit hinzurechnet, trifft ein Kultstätte auf je 96 Protestanten, dagegen nur auf je 680 Katholiken! Daraus wird verständlich, warum einige Provinzgouverneure die Zulassung weiterer evangelischer Gottesdienststätten verweigert haben. Es gibt 117 evangelische Geistliche der verschiedenen Konfessionen (davon mindestens 41 Ausländer), es kommt also einer auf je 215 evangelische Spanier und Ausländer ohne Rücksicht auf ihre religiöse Praxis (bei den Katholiken auf je 970!).

Die bedeutendste protestantische Glaubensgemeinschaft (mit etwa einem Drittel der Gesamtzahl an Mitgliedern) ist die „Iglesia Evangélica Española“ mit presbyterianischem Charakter; sie wurde 1928 mit der „Iglesia Española Reformada“ zusammengeschlossen, die anglikanischen Charakter hat und von der Kirche von Irland abhing. Die „Iglesia Evangélica Española“ ist Mitglied des Weltkirchenrats und steht unter der Leitung von Prof. Dr. Manuel Gutiérrez Marin, Barcelona; ihr diente auch das fragliche Madrider Seminar, das acht Studenten zur Ausbildung beherbergte und bisher niemals im Ausland irgendwelche Beachtung fand. Als weitere Glaubensgemeinschaften (nicht mehr dem Weltrat der Kirchen angeschlossen) folgen: Baptisten (50 Kapellen), Adventisten (18), Methodisten (17), Lutheraner (6), Zeugen Jehovas (2), „Brüder in Christus“ (1). In einigen Glaubensgemeinden wird Führung und Kult von Laien getragen, die man „ancianos“ (Alte) nennt.

Die Meldungen der letzten Jahre von Übergriffen auf evangelische Gottesdienststätten sind bekannt und auch von katholischer Seite kritisiert worden. Diese Vorfälle waren aber unter sich sehr unterschiedlich gelagert und bedürften einer eingehenden Detailuntersuchung. Hier sei nur so viel festgehalten: Diese Vorfälle wurden von offizieller kirchlicher Seite niemals gutgeheißen, geschweige denn inszeniert. Es muß doch auffallen, daß sich die ausländischen evangelischen Gemeinden (etwa die drei deutschen evangelischen Gemeinden mit jeweils eigenem Pastor und eigener Kapelle) niemals über eine angebliche „Protestantenverfolgung“ beschwert haben. Wir lassen den Brief eines in Spanien ansässigen Ausländers folgen, der in der „Documentation Catholique“ (29. August 1948) veröffentlicht wurde:

„Ich lebe seit 27 Jahren in Spanien und habe nie wirtschaftliche Schwierigkeiten wegen meiner Religion gehabt. Ich habe den Eindruck, daß man hier sicher nichts unternimmt, um den Protestantismus zu stützen, daß man ihn aber auch nicht verfolgt. Von Bedrückung kann heute überhaupt nicht gesprochen werden. Ich habe nie von einem wirtschaftlichen Boykott der Protestanten wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit gehört. Was die Protestanten spanischer Nationalität anbetrifft — ich weiß nicht, ob es solche überhaupt gibt, da ich jedenfalls nie einen getroffen habe, und daher kann ich darüber auch nichts berichten. Die in Spanien lebenden deutschen Protestanten erhalten noch immer regelmäßig das ‚Deutsche Evangelische Kirchenblatt für Spanien und Portugal‘, das in Lissabon herausgegeben wird. Protestantische Gottesdienste werden überall regelmäßig abgehalten.“

#### *Toleranz und Loyalität*

Die These F. Cavallis (1948), daß die katholische Kirche in der Minderheit Toleranz fordern, diese aber verweigern müsse, wo sie selbst in der Mehrheit sei, ist vom Heiligen Stuhl energisch abgelehnt worden. Die Toleranzansprache Papst Pius' XII. vom 6. Dezember 1953 gilt für Spanien ebenso wie für irgendein anderes Land: „... Die Pflicht, sittliche und religiöse Verirrungen zu unterdrücken, kann also keine letzte Norm des Handelns sein. Sie muß höheren und allgemeineren Normen untergeordnet werden, die unter gewissen Verhältnissen erlauben, ja es vielleicht als den besseren Teil erscheinen lassen, den Irrtum nicht zu verhindern, um ein höheres Gut zu verwirklichen.“

Doch auch die Toleranz ist keine absolute Norm, und man kann sie von der Mehrheit nicht fordern, wenn man selbst in der Minderheit nicht jene Loyalität wahrt, die die Toleranz zu einer Forderung des Bonum commune (als der übergeordneten Norm) macht. Die evangelischen Kirchen in Spanien haben diese Loyalität niemals gewahrt, sondern sowohl die katholische Kirche wie neuerdings den Staat immer in einer Weise brüskiert, die noch der Reformationszeit anzugehören scheint.

Pastor Brutsch schreibt in seiner Schrift „L'Évangile du Christ: L'Espagne meurtrie et nous“ (Genf 1937) unumwunden: „Eines der Grundmerkmale des spanischen Protestantismus ist sein Anti-Katholizismus.“ Im Bulletin der spanischen Protestanten von 1946 heißt es: „Wir sind die ersten, die es als unerschütterliche Tatsache und als eine Ehre der protestantischen Kirchen anerkennen, daß der Protestantismus eine Bedrohung des ‚Römischen Friedens‘ darstellt.“ Die protestantischen Publikationen in Spanien sind bis in die jüngste Zeit hinein voll von Ausfällen gegen die katholische Kirche. Im „Escudriñador Bíblico“ vom Oktober 1947 wird sie „die Apostatische Kirche“ genannt, die Ablässe ein „Trick des Teufels“, der priesterliche Zölibat eine „satanische Einrichtung und Perversion“; Gott bestehe darauf, daß Menschen, die gerettet werden wollen, die katholische Kirche verlassen.

#### *Die verfassungsrechtliche Lage*

Im spanischen Grundgesetz (Fuero de los Españoles), das am 13. Juli 1945 genehmigt und verkündet wurde, heißt es im Artikel 6:

„Das Bekenntnis und die Ausübung der katholischen Religion, die die Religion des spanischen Staates ist, werden öffentlich geschützt. Niemand wird wegen seiner religiö-



sen Überzeugung belästigt noch in der privaten Ausübung seines Kultes gehindert. Andere Zeremonien und andere öffentliche Kundgebungen als diejenigen der katholischen Religion werden nicht gestattet.“

Diese Textstelle stimmte, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch dem Sinne nach völlig mit den spanischen Verfassungen von 1808, 1812, 1837, 1845, 1856, 1869 und 1876 überein; lediglich die republikanische Verfassung von 1931 trennte Kirche und Staat und betrachtete alle Konfessionen als gleichberechtigt. Im Bulletin der Spanischen Evangelischen Kirche (Nr. 8/9, 1945) wurde das Gesetz von 1945 denn auch unter der Schlagzeile „Eine große Gelegenheit“ begrüßt. „Tatsächlich wird der Umstand, daß wir jetzt für unsere Tätigkeit eine legale und verfassungsmäßige Grundlage besitzen, uns erlauben, das Leben unserer protestantischen Gemeinden noch in zahlreichen anderen bedeutenden spanischen Städten zu reorganisieren.“

Am 12. November 1945 erließ das spanische Innenministerium ein Ausführungsdekret, das die Wiedereröffnung von evangelischen Gottesdienststätten gestattete. Die Bewilligung zur Eröffnung sollte in jedem einzelnen Fall durch den zuständigen Provinzgouverneur erfolgen und wurde sehr großzügig gehandhabt. Das erwähnte protestantische Bulletin stellte in seiner Nr. 11 von 1945 stolz fest, daß es bald üblich wurde, gar nicht mehr um die Bewilligung nachzusuchen. Das war auch der Fall mit dem 1947 wiedereröffneten Theologischen Seminar: es wurde ohne Genehmigungsgesuch eröffnet und bestand seither unter stillschweigender Duldung der spanischen Behörden. Im vergangenen Jahr wurde der Leitung des Seminars ernstlich nahegelegt, nun doch um die juristische Genehmigung nachzusuchen. Die Evangelische Kirche in Spanien hat das jedoch auch weiterhin versäumt.

#### Proselytenmacherei

In der evangelischen Zeitschrift „Life of Faith“ vom 20. August 1947 wurde aus einer spanischen Provinzstadt berichtet: „In dieser Stadt gab es keinen einzigen Protestanten, als die erste Kultstätte im November 1946 eröffnet wurde. Gegenwärtig, im August 1947, sind etwa 50 Teilnehmer vorhanden, von denen sich etwa 20 als *bekehrte* erklärt haben. Das gleiche geschieht im übrigen Spanien.“

Damit sind wir bei dem eigentlichen Problem des Protestantismus in Spanien: die verschwindend kleine Minderheit gebärdet sich aggressiv missionarisch. In zahlreichen Fällen wurden Gottesdienste so veranstaltet, daß sie von der Straße aus mitangehört werden konnten. Betont protestantische Literatur mit Angriffen gegen den katholischen Glauben wurden unter katholischer Etikette und sogar mit dem Vermerk kirchlicher Druckerlaubnis herausgegeben und verteilt. Die protestantischen Bibelausgaben erschienen in der gleichen Ausstattung wie die katholischen des Landes. Vor allem der jährlich in allen Diözesen veranstaltete „Biblische Sonntag“ wurde für derartige Verkaufs- und Verteilungsaktionen benützt. In den Jahren 1944 bis 1947 wurde folgende Anzahl von Bibelausgaben verteilt: 6025 (1944), 7581 (1945), 7151 (1946), zusätzlich privat 4993 (1946) und 3467 (1947). Das sind in diesen vier Jahren immerhin 29 000 Exemplare (nach „De Linie“, Amsterdam, 31. Oktober 1947). Jedenfalls ist es unwahr, was die eingangs angeführte Nummer des „Informationsblatts“ schrieb: daß die spa-

nischen Protestanten Bibeln und Gesangbücher weder selbst drucken noch einführen können. In der Calle Flor Alta 2 in Madrid befindet sich der evangelische Verlag „Sociedad Bíblica“; daneben gibt es drei evangelische Buchhandlungen und insgesamt eine Zahl von Veröffentlichungen, die in keinem Verhältnis zur Zahl der Gläubigen steht. Eine Reihe der kleinen evangelischen Gemeinden hat sogar eigene Gemeindeblätter.

Noch in allerjüngster Zeit hieß es in der Rundfunktung eines schweizerischen Senders in spanischer Sprache, die Hörer möchten doch ihre Anschrift der Sendeleitung mitteilen, damit man ihnen ein Geschenk übermitteln könne. Ein prominenter spanischer Geistlicher machte daraufhin unter einer Deckadresse die Probe und erhielt nicht etwa ein Geschenk aus der Schweiz, sondern ein evangelisches Neues Testament aus Madrid und die Anschrift einer nahegelegenen evangelischen Kapelle.

#### Personelle Hindernisse

Die personellen Besetzungen im spanischen Protestantismus waren und sind von einer Art, die einen Modus vivendi mit dem Staat und mit der katholischen Kirche ungeheuer erschweren mußte. Der erste Bischof der „Iglesia Española Reformada“ war ein abgefallener Priester namens Cabrera aus der Kongregation der Scolpi. Der zweite Bischof war dessen Sohn, der 1953 verstorbene Freimaurer Francisco Cabrera Latorre. Ihm folgte Santos M. Molina Zurita, seit 1928 Mitglied der Loge Isis-Osiris von Sevilla, nach dem Bürgerkrieg wegen seiner freimaurerischen Tätigkeit zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, neuerdings aber wieder als protestantischer Prediger in ganz Spanien tätig. (Die Freimaurerei in Spanien war seit eh und je ganz besonders aggressiv und kirchenfeindlich.) — Die enge Allianz des Protestantismus mit der Linken zu Zeiten der Republik ist bekannt. Noch im Jahr 1936, am Vorabend der entscheidenden Wahlen vom Februar, forderte der Präsident der Allianz Evangelischer Kirchen in Spanien im offiziellen Organ „España Evangélica“ dazu auf, für die Linke zu stimmen. Im Kampf gegen den Katholizismus gingen Freimaurerei und Kommunismus Hand in Hand.

Was nun speziell das Unierte Theologische Seminar in Madrid anbelangt, so schrieb die freisinnige schweizerische Zeitung „Der Bund“ (Bern, Nr. 59, 1956), der man gewiß nicht Protestantenfeindlichkeit nachsagen kann: „Heute besteht freilich Grund zu der Annahme, daß damit nicht ein Schlag gegen die evangelische Kirche als solche geführt, sondern der Leiter des Seminars, der deutsche Pastor Fliedner, *persönlich* getroffen werden sollte. . . Die plötzliche Schließung des Seminars scheint als weitere energische Maßnahme an den Pfarrer aufgefaßt werden zu müssen. Jedenfalls hofft man in den Kreisen, die von dem Vorfall Kenntnis haben, daß es sich doch nur um eine *vorübergehende* Maßnahme handle und daß das Seminar in absehbarer Zeit wieder geöffnet werden könne.“ Diese Interpretation trifft genau den Sachverhalt und muß die internationalen Proteste des Protestantismus bei sicher vielfach vorhandener subjektiver — wenn auch uninformativer — Gutgläubigkeit objektiv doch als Agitation erscheinen lassen.

Seminardirektor Pastor Theodor *Fliedner-Funke* ist ein Enkel von Friedrich Fliedner, einem Deutschen, der im 19. Jahrhundert nach Spanien kam. In den Jahren 1923 bis 1927 saß er wegen Einführung umstürzlerischer Lite-



ratur aus Frankreich im Gefängnis. Zur Zeit der Republik war er Freund bekannter Freimaurer und Marxisten: Azaña, Barcía, de los Rios, Albornoz. Über seine damalige ausgedehnte Hetzpublizistik mag ein Ausschnitt aus den „Blättern aus Spanien“ (Juni 1936) informieren: „In diesem Lande ist die römische Kirche von jeher in den Augen des Volkes der Inbegriff aller Tyrannei gewesen, und das stimmt leider nur zu sehr. In Madrid gingen zwei Kirchen, St. Ignatius und St. Luis, in Flammen auf. Bei der ersteren macht ihr Name, der derjenige des Gründers des verhaßten Jesuitenordens ist, jeden Kommentar überflüssig. Die zweite galt auch als Zufluchtsort der Jesuiten, zudem war aber stadtbekannt, daß vor ihrer Tür die sogenannten Briefe der Jungfrau Maria verkauft wurden. Junge Männer und Mädchen aus den besten Gesellschaftskreisen rissen sich um sie. Ein besonders wirksamer Ablaß? Amulette neuester Mode? Nein, unter dem frommen Namen verbarg sich ein widerwärtiges Kuppler- und Zuhältergeschäft, dessen Einzelheiten unmöglich beschrieben werden können. Erst der Brand der Kirche hat diesem Skandal ein jähes Ende gesetzt.“ Im gleichen Heft erschien noch eine sehr wertvolle, auch für heute aktuelle Feststellung, die es erklärt, warum der spanische Staat gar nicht daran denkt, alle Ansuchen um evangelische Privatschulen zu genehmigen: „Die Sozialisten und Kommunisten schicken in Stadt und Land ihre Kinder auf die evangelische Schule.“ (Auch in dem im Januar mit geschlossenen Schülerwohnheim in der Calle Bravo Murillo waren unter den 20 Jugendlichen einige Kinder von katholischen Eltern, die erst im Begriffe sind, zu konvertieren. Dazu bestand dort Koedukation von Jungen und Mädchen, die in ganz Spanien verboten ist.)

Im vergangenen Sommer sprach Pfarrer Fliedner in Deutschland aus der gleichen Geisteshaltung heraus über die gegenwärtige Lage in Spanien. Ein Journalist veröffentlichte darüber einen Bericht in einer Wuppertaler Zeitung, der natürlich auch der spanischen Regierung zur Kenntnis kam. Nach der Rückkehr nach Spanien wurde ihm daraufhin die Verlängerung seiner Arbeitserlaubnis verweigert. Unter der Bedingung, daß er den beleidigenden Artikel richtigstellen würde, kam dann doch ein *modus vivendi* mit der spanischen Regierung zustande. Pastor Fliedner hielt aber die gegebene Zusage nicht ein und ignorierte auch die Vorschläge, nun endlich ein Gesuch um die Genehmigung des Seminars *de jure* einzureichen. Die Folge war die Schließung des Seminars am 23. Januar. Die Bedingungen, die die spanische Regierung Anfang April noch für die Wiedereröffnung stellte und die bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt waren, betreffen vermutlich vor allem die Person Fliedners.

Unter den übrigen Professoren des Seminars ragen hauptsächlich die drei Brüder Carlos, Elías und Adolfo *Araújo* durch ihre marxistischen Tendenzen heraus. Carlos war als Präsident des „Zentrums der republikanischen Linken“ bekannt und wurde deshalb als staatlicher Sekundarlehrer entlassen. Der Sohn von Adolfo, Germán, war im Bürgerkrieg Kolonnenführer im Ansturm gegen die Stadt Teruel, wo der Bischof von den Roten getötet wurde; er war bei seinen eigenen Leuten so verhaßt, daß sie ihn dann an die Nationalisten auslieferten. Seminarverwalter Manuel Velázquez José wurde ebenfalls nach Ende des Bürgerkriegs wegen freimaurerischer Umtriebe zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Sicher gilt also für die von der Schließung des Theologischen Seminars Betroffenen nicht, was Peter Vogel-sanger in der Schweizer Zeitschrift „Reformatio“ (Februar 1956, S. 99) von den spanischen Protestanten schrieb: es handle sich „um die friedlichsten und zurückgezogensten Christen, die ich in meinem Leben kennengelernt habe“. Sie haben nicht nur gegen die bestehenden staatlichen Vorschriften verstoßen, was auch anderswo zu Konflikten geführt hätte, sondern ihre ganze Haltung samt Vorgeschichte legt nahe, daß sie das aus einer prinzipiellen Feindschaft gegen die in Spanien herrschende Regierungsform und deren Träger getan haben — jedenfalls dürfte die spanische Polizei durchaus das Recht haben, das zu vermuten. Man mag ihre Gegnerschaft gegen das Regime teilen und sich deshalb für sie einsetzen. Man mag auch den Wunsch haben, in politische Bedrängnis geratenen Glaubensbrüdern beizustehen. Aber eine so stark politisch gefärbte Angelegenheit kann sicher nicht zum Anlaß einer weltweiten kirchlichen Aktion gemacht werden. Auch wenn dabei konfessionelle Belange auf dem Spiele stehen, so muß man doch sagen, daß sie aus Unklugheit und Fahrlässigkeit der Verantwortlichen in das Spiel geraten sind.

#### *Falschgezielter Appell an den Papst*

Wenn das „Informationsblatt“ behauptet: „Aus gut unterrichteten katholischen Kreisen Madrids erfährt man, daß der eigentliche Impuls für die Aktion gegen das Seminar vom Madrider Ordenshaus der Jesuiten ausgeht“, so ist das aus der Luft gegriffen. Pastor Fliedner erklärte dem Berichtersteller der katholischen „Orientierung“ (Zürich, 15. April 1956) persönlich: „Ich habe nie etwas davon gehört. Aber es ist nun einmal so: Wenn eine Maßnahme gegen die spanischen Protestanten vorkommt, so fällt der Verdacht *automatisch* auf die Jesuiten.“ Der Madrider Provinzialobere, Manuel Olleros SJ, hat auf die Beschuldigungen ein offizielles Dementi veröffentlicht, in dem es heißt: „... Als Oberer der Jesuiten Madrids erkläre ich in aller Form: Kein Jesuit hat mit dem Ziel, die Schließung des besagten protestantischen Seminars zu erreichen, durch Machenschaften bei den zivilen oder kirchlichen Autoritäten irgendeinen Druck ausgeübt.“ Tatsächlich und nachweisbar wurden weder der Heilige Stuhl noch die Apostolische Nuntiatur noch der Bischof-Patriarch von Madrid weder vorher noch nachher von der Schließung des Seminars überhaupt offiziell auch nur informiert. Wie uns ein hoher Vertreter der spanischen Kirche schriftlich versichert, macht weder die katholische Kirche noch der spanische Staat dem Protestantismus grundsätzlich das Recht streitig, seine Geistlichen an Ort und Stelle auszubilden. Es geht bei dem Unierten Theologischen Seminar in Madrid konkret nur darum, daß sich die Evangelische Kirche Spaniens in die bürgerliche Ordnung einfügt und nicht durch ein stolzes Beharren auf ihrer Illegalität, dazu noch mit provozierenden Persönlichkeiten, mutwillig Konflikte heraufbeschwört. Verschärfend kommt noch hinzu und erklärt vielleicht den Zeitpunkt der Aktion, daß es Franco gegenwärtig ohnehin sehr schwer hat, zwischen den auseinanderstrebenden Tendenzen der Falangisten und Monarchisten zu vermitteln und mit der Gärung unter der Studentenschaft zurechtzukommen. Die „Orientierung“ berichtet, daß der Mittelsmann „zwischen einer Gruppe rebellierender Studenten und den kommunistischen Zentralen in Paris und Amsterdam ausgerech-



net einer der ganz wenigen evangelischen Studenten an der Madrider Universität war, ein gewisser Antonio López Campillo — ein ehemaliger Absolvent der Schule Pastor Fliedners. Selbst wenn, wie glaubhaft versichert wird, dieser Student heute nicht mehr in Verbindung mit dem Seminar steht, so ist doch leicht zu verstehen, daß die Polizei seine Herkunft mit dem politischen Vorleben mindestens einiger der dort tätigen Professoren zusammensah und so reagierte, wie Polizei in ähnlichen Fällen zu reagieren pflegt.

Es zielt nach allem völlig daneben, wenn das „Informationsblatt“ weiter schreibt: „Rechtlich gesehen, könnte jetzt nur der Papst selbst eingreifen und dem spanischen Staat zusätzlich zu den Abmachungen im Konkordat hinsichtlich des Seminars und des Schülerwohnheims eine Sonderregelung zugestehen.“ Sowohl das Konkordat wie die diesbezüglichen Bestimmungen des spanischen Grundgesetzes wurden immer weit großzügiger gehandhabt, als es der Wortlaut nahelegt. Dem Protestantismus wurde die Chance auf ein eigenes Seminar, wie schon betont, auch niemals grundsätzlich streitig gemacht. Es geht um eine rein innerpolitische und äußerst primitiv gelagerte Streitfrage, derentwegen man weder den Heiligen Stuhl noch überhaupt die katholische Kirche zu bemühen braucht. Der zuständige Subsecretario im spanischen Innenministerium hat in einer Antwort an Felix A. Plattner, den Berichterstatter der schon genannten „Orientierung“, den Vorfall als eine rein „administrative Maßnahme“ bezeichnet. Die zuständige staatliche Instanz hat damit die Verantwortung auf sich genommen.

#### *Toleranz auf beiden Seiten*

Spanien überhaupt, nicht nur die Angelegenheit des Madrider Seminars, ist das absolut schlechteste Beispiel, um daran die Einstellung der katholischen Kirche zum Problem „Kirche und Staat“, zum Problem der Toleranz und zur evangelischen Kirche testen zu wollen. Es ist vielmehr in seiner politischen, religiösen und kulturellen Geschichte und in seiner soziologischen und konfessionellen Struktur ein in jeder Hinsicht unvergleichbarer Ausnahmefall, den man als solchen behandeln und nicht seinetwegen den konfessionellen Frieden in anderen Ländern stören sollte.

Wir geben der evangelischen Christenheit gerne darin recht, daß man ihr auch in Spanien, insoweit sie eine *loyale* Minderheit darstellt, mit größerer Toleranz entgegenkommen sollte. Man muß aber dann in erster Linie von ihr selber fordern, daß sie die Eigenart Spaniens achtet und nicht selbst mit Methoden arbeitet, die jede Toleranz vermissen lassen und die den spanischen Staat schon aus Gründen der Selbsterhaltung dazu zwingen, die Toleranz nur auf ein Minimum von privater Bekenntnis- und Kultfreiheit zu beschränken.

Im übrigen sei auf das Beispiel Skandinaviens und der Schweiz verwiesen, um daran zu erinnern, wie schwer es ist, fest eingefahrene intolerante Praktiken und diskriminierende konfessionelle Gesetze aus der Welt zu schaffen. Der Unterschied liegt darin, daß die 0,15 % bzw. 0,25 % Katholiken in Norwegen und Schweden sich loyal verhalten und daß dort eine öffentliche Meinung zugunsten der zu tolerierenden Minderheit besteht. In Spanien dagegen wird der Protestantismus immer ein verhaßter Fremdkörper bleiben, wenn sich seine Arbeitsmethoden und seine Personalpolitik nicht wesentlich ändern.

#### **Ein französischer Bischof über das nordafrikanische Drama**

Seit wir im Januar dieses Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 181—187) über die schweren Gewissenskonflikte berichtet haben, vor die sich zahlreiche französische Katholiken angesichts der Verhältnisse in den drei in verschiedener Weise mit Frankreich verbundenen nordafrikanischen Gebieten gestellt sahen, ist die Lage dort immer tragischer geworden. Zwar hat Marokko, nach Tunesien, nun ebenfalls die Unabhängigkeit erlangt. Um so schlimmer steht es aber in Algerien, das bekanntlich „zum Mutterland gehört“: dort haben die Revolten, Repressalien, Attentate und Vergeltungsangriffe immer mehr zugenommen, und Frankreich hat bereits einen beträchtlichen Teil seines stehenden Heers in die algerischen Departements hinübergeschifft, um notfalls den Aufstand in Blut zu erstickern. Wir bringen auf der folgenden Seite eine der verschiedenen kurzen Mahnungen des Erzbischofs von Algier zur Leidenschaftslosigkeit, Gerechtigkeit und brüderlichen Liebe. Doch auch in Frankreich selber schweigt die Hierarchie nicht; eine Anzahl von Bischöfen hat auch in der letzten Zeit wieder an das Gewissen der Christen in diesem schrecklichen Kampf appelliert, so der Erzbischof von Paris, Kardinal Feltin, Kardinal Gerlier von Lyon, Kardinal Liénart von Lille, Kardinal Saliège von Toulouse, die Bischöfe von Besançon und von Saint-Brieuc u. a. Die Vereinigungen *Ad lucem* und *Pax Christi* haben ihre Mitglieder zum Gebet für Nordafrika aufgerufen. Wir möchten hier ausführlich eine Ansprache des Bischofs von Angers, Msgr. Chappoulie, wiedergeben, die er in seiner Kathedrale in der Vesper des Ostersonntags gehalten hat, da sie besonders ergreifend ist. Sie ist das Wort eines Hirten an seine Herde, die sich vor schwere Gewissensfragen gestellt sieht, so wie sie heute fast jeder Krieg auslösen wird, und die der Bischof spürbar mit durchlebt: Ist auch der Vordergrund der Auseinandersetzung in Nordafrika von Aufständen und deren Niederung, von Bluttaten und Guerilla-Aktionen ausgefüllt, so steht doch dahinter ein „ideologischer“ Gegensatz, wie er heute fast immer hinter kriegerischen Auseinandersetzungen stehen wird. In diesem Falle handelt es sich sowohl um das Freiheitsstreben eines Koloniallandes — Antikolonialismus gegen europäischen Führungsanspruch — wie auch um den religiösen und ethnischen Gegensatz zwischen Franzosen und Mohammedanern; ohne die Verkenning der Würde der mohammedanischen Eingeborenen von seiten der französischen Siedler wäre es wohl nie zu der gegenwärtigen Krise gekommen. In anderen Kämpfen an anderen Enden der Welt mag es um andere Ideologien (z. B. den Gegensatz zwischen westlicher und kommunistischer Welt) gehen — immer wird das christliche Gewissen sich in solchen Spannungen schwer belastet fühlen, wo Machtfragen mit ideologischen Positionen verquickt werden.

Msgr. Chappoulie hat sich zunächst in tiefem Mitgefühl an die Mütter, Frauen und Bräute gewandt, die ihre Söhne, Männer und Verlobten in den nordafrikanischen Krieg geschickt sehen; er fuhr dann fort:

#### *Das christliche Gewissen und die Rassengegensätze*

„Die tragische Krise, die Nordafrika durchmacht, stellt kein unvorhergesehenes Ereignis dar, das die plötzliche Folge rein lokaler Irrtümer und Schwierigkeiten wäre. Sie bildet vielmehr einen Teil der gewaltigen Bewegung, die



die ganze Welt erschüttert: des Niedergangs Europas und des Abendlandes zum Vorteil der farbigen Rassen und Völker.

Eines der Schreckgespenster unserer Zeit bildet, neben der furchtbaren Bedrohung, die der Gebrauch der Atomwaffen in einem Krieg für die ganze Menschheit darstellt, die plötzliche Explosion der Rassenkämpfe. Sie treten überall auf, in Asien, Amerika, Afrika. Der ferne Osten hat die Europäer abgeschüttelt. Der nahe Osten ist vom Lärm der arabischen Völker erfüllt. Die Schwarzen in den Vereinigten Staaten kämpfen um das Ende der Rassenscheidung. Die Weißen in Südafrika versuchen, die Schwarzen aus dem politischen und sozialen Leben der Nation herauszudrängen. Die Gärung in Nordafrika, in Tunesien und Marokko, ist mit dieser Unruhe verbunden, die die Menschheit wie eine Grundwoge aufwühlt.

Angesichts einer Erscheinung von solchem Umfang kann die Kirche Christi nicht stumm bleiben. Eine erste Feststellung: sie erkennt keine Ungleichheit und Ungerechtigkeit aus Rassengründen an, sondern verurteilt sie. Sie lehrt, daß ihr göttlicher Stifter für alle Menschen gestorben ist und daß sie ihm allein auf Grund ihres guten Willens, ohne Ansehen ihrer Rasse oder Farbe, in die Herrlichkeit der Auferstehung folgen werden. Wo immer daher Kämpfe auf rassischer Grundlage entstehen, fordert die Hierarchie der Kirche die Christen auf, sich nicht von den Leidenschaften anstecken zu lassen, die sich bei derartigen Konflikten um sie herum entfalten. Die Kirche weiß in ihrer Kenntnis der Menschheit wohl, daß die Völker leicht hierzu neigen und dabei die unsinnigsten Gewalttaten begehen, Angriffe auf Güter und Menschen und selbst Mord an Unschuldigen. Darum will sie, daß die Christen diesem Rausch von Wut und Blut widerstehen, während sie es ihnen zugleich allerdings zur Pflicht macht, die Gesellschaft gegen das Rasen der Fanatiker einer gewissen Rassenehre zu schützen.

#### *Die Pflichten gegenüber der staatlichen Autorität*

Mitten in dem Gewissenskonflikt, den die Lage in Algerien mit sich bringt, haben die Christen Frankreichs, die von der öffentlichen Autorität, wie alle anderen, einberufen werden, die Pflicht, sich dem nicht zu entziehen. Als Bürger täten sie nicht recht, wenn sie in bezug auf die öffentliche Meinung Elemente der Zersetzung wären, die einen, indem sie dazu rieten, man müsse alles aufgeben und gehenlassen, die anderen, indem sie zur Rache aufforderten. Eine Nation hat die Pflicht, zu schützen, was geschützt werden muß; doch darf man um keinen Preis die Herrschaft über sich selbst verlieren und Äußerungen tun, die den Brand noch mehr entfachen, und vor allem darf man der Ansteckung durch die Rassenverachtung nicht verfallen.

Es gibt Katholiken unter den jungen Franzosen, die zur Teilnahme an den militärischen Operationen einberufen worden sind. Der ausdrückliche Wille der französischen Regierung, die sie nach Algerien schickt, ist, daß sie dort unten die Ordnung aufrechterhalten, die jede menschliche Gemeinschaft braucht. Man verlangt von ihnen, daß sie für den Schutz sowohl der Franzosen wie der Mohammedaner sorgen, die Ausübung von Verbrechen verhüten, zu denen sich in einem Augenblick allgemeiner Unruhe so leicht Gelegenheit bietet.

Im Kampf hat der Soldat die Pflicht, sich als Soldat zu benehmen, d. h. seinen Mut und seine Kraft dafür ein-

zusetzen, den Gegner zu besiegen und zu entwaffnen mit den im Krieg erlaubten Mitteln, doch auch nur mit diesen. Wir müssen allerdings zugeben, daß der Kampf in Nordafrika, eben weil er sich auf dem Untergrund von Rassenhaß abspielt, von christlichen Soldaten eine besondere Entschlossenheit zur Ruhe und Selbstbeherrschung, eine seelische Größe verlangt, ohne die er sich nicht von Leidenschaftstaten wird freihalten können, die vor seinem Gewissen und vor Gott verdammenswert sind . . .

#### *Krieg ist keine Lösung*

Kein Franzose, so will ich glauben, findet sich mit dem Gedanken ab, daß ein Krieg zur Lösung der dramatischen Probleme führen könnte, die dem nationalen Gewissen gestellt sind. Wir alle weisen mit Entsetzen die Idee eines Vernichtungskrieges zurück. Wollte man sich vorstellen, daß der Friede aus einem Blutbad hervorgehen könne, so dürfte kein einziger Mohammedaner in der ganzen Welt übrig bleiben, der uns das Massaker an seinen Brüdern vorwerfen könnte. Denken wir an das berühmte Wort eines lateinischen Geschichtschreibers: ‚Sie schaffen Wüste und nennen es Frieden‘.

Schon jetzt, so unvermeidlich auch gegenwärtig — aus politischen und allgemeinen Gründen, die jeder Bürger das Recht hat frei zu beurteilen und für die die Kirche nicht verantwortlich ist — die Repressalien sein mögen, die durch Raub und Mord provoziert worden sind, schon jetzt vertieft der Tod der Terroristen selber den Graben, der die beiden Lager trennt. Darum ersehnen wir, ohne der Gerechtigkeit etwas zu vergeben, deren höchstes Ziel der Friede sein muß — *opus iustitiae pax* — inbrünstig die Stunde, in der die Waffen niedergelegt werden und man darangehen kann, ein friedliches Zusammenleben der beiden Bevölkerungsteile auszuarbeiten, die beide das Recht haben, Algerien ihr Vaterland zu nennen.

Wenn dieser Augenblick endlich gekommen sein wird, müssen die Christen spüren, daß ihr Glaube sie zu bevorzugten Arbeitern der Wiederversöhnung macht, sie in die erste Reihe der Baumeister des gemeinsamen Hauses stellt . . .“

Der Hirtenbrief schließt mit einem Programm für den Neuaufbau eines neuen Algerien, einem Ausblick in eine Zukunft, die noch keineswegs begonnen hat.

#### **Eine Erklärung des Erzbischofs von Algier**

Msgr. Duval, Erzbischof von Algier, hat in den letzten Monaten öfter kurze Aufrufe an seine Gläubigen erlassen, die dem christlichen Gewissen angesichts der blutigen und unheilswangeren Vorgänge in Algerien Richtlinien geben sollten. (Vgl. hierzu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 181—187.) Einer von diesen ist der Aufruf, den er am 11. März bei einem Besuch in Blida erlassen und der folgenden Wortlaut hat:

„Die gegenwärtige Stunde ist von außerordentlichem Ernst. Jeden Tag wächst die Zahl der unschuldigen Opfer. Das furchtbare Leid so vieler in Trauer gestürzter Familien ist auch das unsre; unser Herz ist zerrissen. Algerien steht am Rand des Abgrunds, eines Abgrunds von Elend, Jammer und Tod.

Im Namen Gottes, der alle Menschen liebt und der den Frieden will, beschwören wir alle Gläubigen, sich im Gebet an ihn zu wenden und sich unverzüglich daran zu



begeben, eine gewaltige Anstrengung der Versöhnung, Gerechtigkeit und brüderlichen Liebe zu machen.

Inmitten unserer grausamen Ängste bleibt uns noch eine große Hoffnung: die Freundschaft, die trotz dem Aufruhr zwischen den wahren Christen und den aufrichtigen Mohammedanern fortbesteht.

Diese Freundschaft muß ihre Früchte tragen; sie muß dem Feuer und dem Blut Einhalt gebieten. Gott verdammt die ungerechte Gewalttat. Gott ist der Rächer der Unschuldigen.

Diese Freundschaft muß sich zu einem gegenseitigen Verständnis fortentwickeln, das allen das legitime Recht zubilligt, sich zu entfalten, das die notwendigen Entwicklungen zum Fortschritt der Gerechtigkeit auf allen Gebieten und die Achtung vor der Menschenwürde eines jeden fördert.

Ich wende mich ganz besonders an die Jugend. Die Jugend ist das Lebensalter der Begeisterung und nicht der Leidenschaft. In der Werkstatt, in den Fabriken, in der Schule, in der Freizeit, beim Sport mögen die jungen Menschen suchen, was sie einigt, und meiden, was sie trennt. Sie sollen sich ihrer Verantwortung bewußt werden. Sie können alle vertrauensvoll in die Zukunft blicken, wenn es ihnen gelingt, über die Gegensätze der Anschauungen hinweg Achtung und Eintracht untereinander im täglichen Kontakt, in der gemeinsamen Arbeit aufrechtzuerhalten.

Jeder Mensch guten Willens muß zu Haß, Rachsucht und Ungerechtigkeit nein sagen. Verzweigungslösungen müssen abgewiesen werden. Wir müssen alles vermeiden, was nicht wieder gutzumachen wäre. Wir müssen aufbauen. Nur die Liebe ist aufbauend. Die Liebe kann alles retten.

Gott ist mit denen, die in Gerechtigkeit ein brüderliches Algerien aufbauen wollen.“

#### Der 68. Kongreß der „Union des Oeuvres“

In Versailles fand vom 3. bis 6. April der 68. Kongreß der „Union des Oeuvres catholiques de France“ statt. Der

Name dieser Organisation ist, wie ein Bericht in „Le Monde“ vom 5. 4. 1956 sagt, heute eigentlich unverständlich geworden und wird nur aus Gründen der geschichtlichen Kontinuität noch beibehalten. Die Organisation besitzt jedoch auch noch einen anderen, moderneren Namen: „Nationales Zentrum für pastorale und pädagogische Studien“. Dieses Studienzentrum arbeitet unter der Oberaufsicht der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs und ist insbesondere Msgr. Courbe, dem Generalsekretär der französischen Katholischen Aktion, unterstellt. An der Tagung in Versailles nahmen gegen 30 Bischöfe und rund 2000 Priester teil.

Die „Union des Oeuvres“ hat es also mit all jenen Problemen zu tun, die sich heute und zumal in Frankreich einem wirksamen Apostolat stellen. Auf dem 67. Kongreß der „Union des Oeuvres“, der im April 1954 in Montpellier tagte (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 402), war das Thema: Der Priester als Diener am Worte Gottes. In diesem Jahr lautete es: Seelsorge als Gemeinschaftsarbeit. Es handelte sich also um die Koordinierung der Arbeit der Priester, um den Kontakt in der konkreten Arbeit.

Der Heilige Vater hat anlässlich dieses Kongresses ein Schreiben an den Bischof von Versailles gerichtet, unter dessen Protektorat die Tagung stattfand. In diesem Schrei-

ben zählt er zunächst die besonderen Züge des französischen Katholizismus lobend auf: die Sorge um Anpassung der Seelsorge an die neuen Verhältnisse in Stadt und Land auf Grund soziologischer Untersuchungen; die Anzahl und Mannigfaltigkeit der Apostolatsformen und der Katholischen Aktion; die zahlreichen Kongresse und Studententagungen, die diesen Problemen gewidmet sind; Religionsunterricht und religiöse Bildung; intellektuelle Forschung und soziale Aktion; sakramentales Leben und liturgische Erneuerung. Ausdrücklich wird die Bestätigung des reorganisierten Instituts der „Mission de France“ erwähnt. „All diese schwierigen und mutigen Versuche sind Uns bekannt: mögen die Priester Frankreichs sie mit Eifer und Vertrauen und in kindlichem Gehorsam gegenüber denen, die der Heilige Geist zur Leitung der Kirche eingesetzt hat, fortführen.“ Der Heilige Vater fährt dann fort: „Um volle Frucht zu tragen, verlangen solche Versuche zuallererst eine sichere doktrinale Grundlage und jene brüderliche Liebe zwischen den Priestern, die Wir vor wenigen Wochen den römischen Priestern ans Herz gelegt haben“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 253). „Doch auf dem Gebiet des Apostolats, das euer Kongreß behandelt, verlangen sie ebenso sehr eine wohlüberlegte Zusammenarbeit der Ämter im Rahmen einer genügend weitgespannten Tätigkeit. Diese Forderung besteht zweifellos zu jeder Zeit; sie ist aber besonders wichtig in unserer Zeit, nicht nur um die zu geringe Zahl an Arbeitern im Apostolat auszugleichen, sondern auch um der gesteigerten Verflochtenheit der menschlichen Beziehungen und den neuen Dimensionen der sozialen Strukturen in Arbeit und Leben besser gerecht werden zu können. Darum werden alle Priester ihre verschiedenen und sich ergänzenden priesterlichen Tätigkeiten gern als Dienst an ein und derselben kirchlichen Aufgabe unter der Autorität des Bischofs auffassen . . . Ohne Zweifel werden die Pfarreien, die unersetzlichen Kernzellen der christlichen Gemeinschaft, als erste von dieser besseren Koordinierung profitieren. Es ist nicht mehr die Zeit für isolierte und zerstreute Versuche.“ Kanonikus Boulard, Professor am Institut Catholique in Paris, faßte die gegenwärtige Lage der seelsorglichen Arbeit in Frankreich in einem Vortrag am 4. April folgendermaßen zusammen:

„Das Christentum ist in den Kirchen im Vormarsch und im täglichen Leben auf dem Rückzug. Die Kirche hat auf das gewöhnliche soziale Leben kaum mehr wirklichen Einfluß, trotz dem steigenden Potential echter Christen: das Problem ist soziologischer Art. In diesem Bereich marschieren die Diözesen nicht vereint. Viel Hingabe erweist sich als wirkungslos, weil ihr eine einheitliche Zielsetzung fehlt. Das Leben der Diözese spielt sich auf Diözesanebene ab, soweit es Doktrin und Disziplin angeht, oder dann auf lokaler Ebene. Dazwischen aber gibt es nichts.“

„Die Soziallehre der Kirche ist so lange wirkungslos, als sie sich nicht in konkreten, für alle sichtbaren Formen verkörpert. Um die konkreten Phänomene des sozialen Lebens zu fassen, muß man heute vom menschlichen Bereich — dem bäuerlichen oder dem städtischen — ausgehen. Die Kirche kann auf dieser Ebene aber erst dann wirksam werden, wenn die Pfarreien — Klerus und aktive Laien — sich ernstlich an diese Arbeit (der Erfassung des konkreten Lebens im menschlichen Bereich) machen.“

Unter den Vortragenden seien noch Kardinal Feltrin von Paris, P. Daniélou SJ und P. Roguet, Leiter des „Centre de Pastorale Liturgique“, genannt.



**Programm der Sozialen Woche Frankreichs**

Die diesjährige Soziale Woche Frankreichs findet vom 17. bis 22. Juli in Marseille statt. Es wird die 43. Soziale Woche Frankreichs sein, und ihr Thema lautet: „Die menschlichen Bedürfnisse und die Expansion der Wirtschaft“ (Les exigences humaines et l'expansion économique).

Das Programm umfaßt 18 Vorträge:

1. Charles Flory: Die Expansion der Wirtschaft und die Neustellung der sozialen Probleme
2. Henri Guitton: Vorbedingungen, Belastungen und Risiken der wirtschaftlichen Expansion
3. Gilbert Blardone: Soziale Vorteile und Nachteile der Expansion der Wirtschaft
4. Jean Baboulène: Widerstände und Ungleichheiten in der Expansion der Wirtschaft
5. P. Laurent SJ: Technischer, wirtschaftlicher, menschlicher Fortschritt
6. André Piettre: Ziele und Wege einer Expansionspolitik
7. Joseph Folliet: Die Revolution als Mythos und Wirklichkeit
8. P. Bigo SJ: Gerechtigkeit und Macht: die Verteilung der Verantwortlichkeiten und der Ergebnisse der Expansion
9. François Vloch-Laine: Die Investitionspolitik
10. Alain Barrère: Die Lohnpolitik
11. Maurice Bouladoux: Die Mitbeteiligung der Arbeiter bei der wirtschaftlichen Expansion: konstruktives Gewerkschaftswesen
12. René Perrin: Die Rolle der Betriebsdirektoren und der Kader
13. Louis Estrangin: Die Mitbeteiligung der bäuerlichen Welt
14. Émile Arrighi de Casanova: Die Anpassung des Handels
15. Gabriel Dessus: Regionaler Wirtschaftsaufbau: Ausstattung, Anpassung und Eingliederung
16. André Conquet: Neue Perspektiven des Berufsunterrichts
17. Robert Delavignette: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der überseeischen Gebiete
18. Léon Daum: Der internationale Gleichschritt der wirtschaftlichen Expansion.

**Die britischen Katholiken und der sowjetische Staatsbesuch**

Der Besuch der beiden russischen Staatsmänner Bulganin und Chruschtschew in London in der zweiten Hälfte des April hat schon Monate zuvor in der britischen Öffentlichkeit manche Opposition hervorgerufen. Wenn er nach allgemeinem Urteil auch nicht zu vermeiden war, weil auch die geringste Möglichkeit zu politischer Verständigung genutzt werden muß, wehrt sich doch der nationale Instinkt vieler Engländer dagegen, daß den russischen Staatsmännern alle Ehren erwiesen werden müssen und daß ihre Königin sie zu empfangen gezwungen ist. Man hat das Gefühl, sich dabei etwas zu vergeben. England betrachtet sich ja als Hort der Freiheit, und die Gäste sind die Repräsentation der Gewaltherrschaft.

Tiefere Gründe hat der Widerspruch gegen diesen Staatsbesuch bei den Emigranten und bei den Katholiken, aus deren Kreisen er sich am lebhaftesten regte. Man befürcht-

et von diesem Besuch besonders zwei nachteilige Wirkungen. Eine hob P. Harold Rigney SVD, der frühere Rektor der katholischen Universität Peking, hervor. Er schrieb: „Es scheint sicher, daß die von Moskau kontrollierte kommunistische Presse von Ost-Berlin bis Nord-Korea ihre Blätter mit Leitartikeln, Nachrichten und Berichten füllen wird, die alle die Idee einhämmern, daß der Besuch von Bulganin und Chruschtschew in England, besonders aber ihr Empfang durch die Königin, evident beweise, daß Großbritannien mit der Sowjetunion und den Satelliten sympathisiere und dafür reif sei, sich dem kommunistischen Block anzuschließen. Diese Propaganda wird die jetzt schon schwindende Hoffnung von Hunderten von Millionen hinter dem Eisernen Vorhang auf ihre Befreiung aus dem unmenschlichen System des Kommunismus noch mehr schwächen und dem Zusammenbruch entgegenführen. Die Königin, die mit Recht in der ganzen Welt beliebt ist, wird in den Verdacht kommen, unter dem Zwang der Regierung bei einem grausamen Spiel mitwirken zu müssen.“ Man befürchtet also, die Unterdrückten im Osten würden sich verraten fühlen. Besonders die Emigranten haben unermüdlich darauf hingewiesen.

Die zweite Gefahr besteht nach Ansicht dieser Opposition darin, daß viele Menschen im Westen die sowjetischen Staatsbesuche mißdeuten. Man gewöhne sich daran, in den Beherrschern der kommunistischen Länder Staatsmänner zu sehen, die so sind wie alle anderen Staatsmänner auch, mögen sie auch ihre eigene Auffassung vom Staat und Staatsleben haben. Man erliege wieder einmal der normativen Macht des Faktischen und vergesse, daß der Kommunismus ein System der Gewaltherrschaft und der Menschenverachtung ist und zudem die ganze Welt umstürzen und unterjochen will. Die Katholiken, die mit dieser Auffassung in England nicht allein stehen, denken ganz besonders an die religiöse Verfolgung in den kommunistischen Ländern. Es erscheint ihnen wie ein Verrat an den Glaubensbrüdern im Osten und am Glauben selbst, wenn man sich mit den Verfolgern sozusagen verbündet.

Die englischen Bischöfe haben den Staatsbesuch deshalb zum Anlaß genommen, die Gläubigen durch einen Hirtenbrief für den Weißen Sonntag zu einem Gebetstag mit dem Anliegen der religiösen Not im Osten aufzurufen. Außerdem fordern sie dazu auf, sich bei dem Staatsbesuch mit Würde und Zurückhaltung zu benehmen. Zum Besuch selbst erklären die Bischöfe: „Es ist nicht unsere Absicht, die Zweckmäßigkeit der Einladung zu erörtern. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Motive der Staatsmänner zu untersuchen, die ehrlich glauben mögen, der Sache des Friedens zu dienen. Die katholischen Bürger billigen und unterstützen gemeinsam mit allen Menschen guten Willens jeden aufrichtigen Versuch, einen gerechten Frieden herbeizuführen und den Krieg zu vermeiden. Wir schulden es aber den Millionen verfolgter Christen in Osteuropa und im Fernen Osten, öffentlich zu erklären, daß die Gastfreundschaft, die unser Land den Feinden der Kirche gewährt, nicht besagt, daß wir die gottlosen politischen Praktiken billigen. Wir dürfen nicht schweigen. Die Völker Osteuropas werden von dem Empfang hören, den unser christliches Land den Feinden Gottes geboten hat. Es wird sie stärken, wenn sie hören, daß die Stimmen der katholischen Bürger sich zu ihrer Verteidigung erhoben haben. Eine echte Koexistenz zwischen kämpferischen Atheisten und Gläubigen ist unmöglich. Wir vertrauen



darauf, daß Abgeordnete auf die Regierung einwirken werden, ihren Gästen mitzuteilen, wie unser Land die religiöse Verfolgung verabscheut. Möge die Regierung nicht aus diplomatischer Höflichkeit davor zurückschrecken, die Ansichten der britischen Bürger frank und frei bekanntzugeben. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Liebe.“

Im Sinne dieses Hirtenbriefes haben der Labour-Abgeordnete Richard Stokes im Unterhaus und der erste Peer der Krone, der Herzog von Norfolk, als geborener Sprecher des katholischen Laientums im Oberhaus, den Premierminister aufgefordert, den Sowjets wegen der Unterdrückung der Freiheit, der Konzentrationslager und der religiösen Verfolgung dringende Vorstellungen zu machen. Der Herzog von Norfolk hat sich zudem in einem Brief an Eden gewandt. Der Premierminister schrieb zurück: „Die Einladung an die Sowjetführer zeigt keine Änderung der Politik der Regierung an. Wir beabsichtigen keineswegs, die Grundsätze, die unser Land in menschlichen und internationalen Beziehungen stets aufrecht erhalten hat, zu opfern. Gleichzeitig sind wir überzeugt, daß es unsere Pflicht ist, zu versuchen, die Spannung und Kriegsgefahr in der Welt zu vermindern. Wir sind entschlossen, diese Pflicht zu erfüllen, und die Einladung an die Sowjetführer erfolgte in diesem Sinne.“

**Die Regelung des Pensionsalters in der Welt** Nach einer kürzlichen Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) in Genf ist das Pensionsalter der Beschäftigten in den einzelnen Ländern folgendermaßen geregelt (bei zwei Zahlen bezieht sich die erste auf die Frauen, die zweite auf die Männer):

Irland, Kanada, Norwegen . . . . .	70
Island, Schweden . . . . .	67
Bundesrepublik, England, USA und die meisten übrigen Länder . . . . .	65
Sowjetunion (?) . . . . .	55/60
Argentinien, Jugoslawien . . . . .	50/55
Uruguay . . . . .	50

#### Aus Amerika

**Der Rassenkonflikt in den USA** Die Herder-Korrespondenz berichtete im Dezemberheft (ds. Jhg., S. 115) über zwei Fälle von Rassenhaß, die sich in Mississippi und Louisiana, zwei um die Wahrung der „Segregation“ besonders bemühten Staaten im Süden der USA, zugetragen hatten. Zum Fall Emmett Tills, eines 14jährigen Negerjungen, der von Weißen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurde, ist nur nachzutragen, daß eine Untersuchung möglicherweise noch eingeleitet wird, die zur Bestrafung der Täter führen könnte. Über den zweiten von uns berichteten Fall „Bend“, bei dem weiße Katholiken einen Negerpriester in sakrilegischer Form an der Darbringung des Meßopfers hinderten — die Gemeinde wurde daraufhin vom Erzbischof von New Orleans mit dem Interdikt bestraft —, ist noch Folgendes zu berichten. Die Gemeinde hat sich der Aufforderung Erzbischof Joseph Rummels, in Zukunft jeden Priester, den er ihr schickt, aufzunehmen, nicht gebeugt. Wie Stephen P. Ryan in „America“ (4. 2. 56) berichtet, hat im Gegenteil „eine große Zahl von Katholiken eine Re-

solution verfaßt, die, nach Inhalt und Ton mehr als beleidigend, den Unwillen der Gemeindemitglieder darüber zum Ausdruck brachte, daß ein Negerpriester bei ihnen das Opfer feierte“. Ein Versuch des Erzbischofs, seine Ansichten darüber den betreffenden Katholiken mitzuteilen, mußte aufgegeben werden, weil nur fünf Personen zur angesetzten Versammlung erschienen waren.

Ein weiterer Fall ähnlicher Art ereignete sich Ende November in Erath (Louisiana). In dieser Gemeinde, die zur Diözese Lafayette gehört, hatten drei Frauen eine Lehrerin geschlagen, die schwarzen und weißen Kindern zugleich Katechismusunterricht erteilte. Bischof Jules B. Jeanmard hatte die drei Frauen exkommuniziert. Das Dekret ließ er an die Tür der Kirche anbringen, in der erst kurze Zeit zuvor ein Priester bei der sonntäglichen Katechese vom Kirchenvolk aus gleichen Vorurteilen gestört worden war. Der Bischof ordnete an, daß im Wiederholungsfall die Kirche geschlossen würde. Am 1. 12. hob Bischof Jeanmard dann die Exkommunikation auf, nachdem die Übeltäter bereut hatten.

Im Falle Erath wie auch bei anderen Gelegenheiten zeigt sich immer wieder — worauf besonders in dem oben genannten Artikel Stephen P. Ryans hingewiesen wird —, wie groß die Unwissenheit der Katholiken in den Südstaaten bezüglich der Stellung der Kirche zur Rassenfrage ist. Nach Ryan sollte man die angeführten Fälle nicht überbewerten. Sie seien gering, gemessen an dem, was sich in den letzten sechs Monaten in den 17 Südstaaten, die Rassentrennung kennen und praktizieren, ereignet hat. Es bestehe Hoffnung, daß die Aufklärungsarbeit unter den Katholiken, vor allem durch die Arbeit der katholischen Kommission für Menschenrechte, die in allen 17 Südstaaten verbreitet ist, Erfolg habe. In der gesamten Erzdiözese gebe es heute keine katholische Kirchenzeitung mehr, die nicht scharf gegen die Rassentrennung eingestellt wäre. Inwieweit es den Katholiken gelingen wird, die Lehren der Kirche in der Öffentlichkeit durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Beides, Aufklärung und Änderung der faktischen Verhältnisse, sind Aufgaben, deren Verwirklichung noch Jahre und Jahrzehnte benötigen wird.

#### Der Kampf der Neger um ihre Rechte

Im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen Fälle von Rassenhaß nicht weniger selten waren, unterscheidet sich die gegenwärtige Situation des Rassenkonfliktes in den USA in mehr als einer Hinsicht. Das machen zwei Fälle deutlich, die vor kurzem ganz Amerika in Spannung hielten: der Fall der Negerstudentin Autherine Lucy und der Autobusstreik der Neger von Montgomery (Alabama). Im Fall der 26jährigen Negerstudentin Lucy, die auf Grund des Entscheids des Obersten Bundesgerichts vom 17. Mai 1954 über die Unzulässigkeit von Rassentrennung an den öffentlichen Schulen ihre Studien an der Universität Tuscaloosa (Alabama) aufnehmen wollte, handelte es sich um die Wahrnehmung eines Rechtes, das ihr schließlich nach langem Hin und Her am 1. 3. 56 von den Universitätsbehörden auf dem Wege des Disziplinarrechts verweigert, ihr dann nochmals durch das Gericht von Birmingham zuerkannt, aber nicht mehr realisiert wurde, weil sich Autherine Lucy mittlerweile zum Heiraten entschlossen hatte.

Beim Autobusboykott von Montgomery liegt der Fall ein wenig anders. Unter dem Eindruck der Abschaffung der Segregation in öffentlichen Verkehrsmitteln im zwischen-



staatlichen Bereich durch den Supreme Court vom 28. 11. 55. versuchten in Montgomery führende Negerkreise aus den Reihen der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), die Aufhebung der Rassentrennung auch auf das Bussystem von Montgomery auszudehnen, das durch die Entscheidung des Obersten Gerichts nicht betroffen ist. Dieser Versuch schlug fehl. Die Negerfrau, die am 1. Dezember 1955 einem Weißen im Autobus keinen Platz machte, wurde verhaftet. Daraufhin organisierten die Schwarzen einen Boykott aller öffentlichen Busse in Montgomery, indem sie ein ausschließlich Schwarzen vorbehaltenes Verkehrssystem mit Hilfe von Privatwagen schufen. Dieses Verhalten war positiv-rechtlich zulässig. Die Behörden von Montgomery fanden jedoch bald einen Paragraphen in einer alten Polizeiverordnung, der ihnen die Handhabe gab, gegen die Anstifter des Streiks vorzugehen.

Der Aktion der Schwarzen liegt — wie Henri Pierre in „Le Monde“ (28. 2. 56) berichtet — der Gedanke des „passiven Widerstandes“ nach dem Beispiel Gandhis zugrunde. Der schwarze Reverend Luther King, der Pfarrer der Negergemeinde von Montgomery, hat ein Programm entwickelt, das über das des verstorbenen Inders noch hinauszugehen scheint. Nach Roland Darcy (in „La Croix“, 22. 3.) will King die weiße Bevölkerung allein durch „Liebe“ überzeugen, daß ihre Position gegenüber den Schwarzen unhaltbar ist. „Wenn auch der Weiße mich haßt und mich zu einem Bürger zweiter Klasse degradiert, so erkenne ich doch, daß er nichts anderes als ein Opfer seines Systems ist. Ich werde für meine Befreiung kämpfen, aber während ich kämpfe, will ich immer versuchen, ihn zu verstehen, ihn sich selbst erklären, ihm das Gefühl einer Niederlage ersparen. Das Gefühl, eine Niederlage erlitten zu haben, würde nur seinen Haß entflammen. Nur durch Liebe werden wir siegen — mit den Weißen gemeinsam, nicht gegen sie.“ Das Überraschende ist nun, daß es King offenbar gelungen ist, diesen Geist der Liebe und der Achtung vor dem Gesetz den 40 000 Negern von Montgomery einzuflößen. Darcy stellt fest: Die Welt der Negro-Spirituals, der Gesänge der Neger aus den Zeiten der Sklaverei vor der Befreiung in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, ist wieder aufgelebt, Sehnsucht, Erwartung, Ergebenheit in den Willen Gottes. Alle Aktionen, die die Neger zu ihrer Befreiung einleiten, sind von tiefem religiösem Pathos getragen. So muß auch die Bemerkung des amerikanischen Romanciers William Faulkner verstanden werden, der in einem „Offenen Brief an den Norden“ (veröffentlicht in „Life“) erklärte, das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen in den Südstaaten heute entspreche genau dem Stande von 1860. Sosehr er ein Befürworter der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes sei, so sehr warne er vor übereiltem Vorgehen in dieser Frage.

Das Verhalten der Neger ist also dadurch gekennzeichnet, daß sie sich in ihrem Kampfe um die Befreiung streng an die Gesetze halten und jetzt in der Form des passiven Widerstandes versuchen, in den Besitz der ihnen durch die Bundesverfassung garantierten, auf dem Verordnungswege aber praktisch vorenthaltenen Menschenrechte zu gelangen. Auch wenn die Methode des passiven Widerstandes keine unmittelbaren Erfolge haben sollte, so würde — wie sie hoffen — auf diese Weise doch die gesamte Öffentlichkeit des Landes alarmiert.

Tatsächlich hat der Fall Lucy und der Autobusboykott

ationale Auswirkungen gezeitigt. Nach der Anklageerhebung gegen die Führer des Boykotts kam es zu großen Protestkundgebungen im ganzen Land. Als am 20. 3. der Prozeß gegen die Anstifter des Autobusboykotts, unter denen sich 25 protestantische Geistliche befanden, eröffnet wurde, standen zu deren Ersatz 200 weiße und schwarze Geistliche zur Verfügung, die sich auf einen Appell der Gesellschaft „Fellowship of reconciliation“ hin freiwillig gemeldet hatten. Die Führer der NAACP sagten für den 28. März einen „nationalen Gebets- und Erlösungstag“ aller Neger in den Vereinigten Staaten an, an dem für eine Stunde die Arbeit niedergelegt wurde. Sowohl die katholische Kirche wie das protestantische „National Council of Churches“ haben sich gegen die Rassentrennung ausgesprochen. Der Leitartikel des offiziellen Organs der Erzdiözese von New Orleans vom 24. Februar drohte allen Politikern, die sich für die Rassentrennung einsetzen, die Exkommunikation an. In seinem Fastenhirtenbrief hat Msgr. Rummel die Gründe genannt, die die Kirche die Rassentrennung ablehnen lassen. Verschiedene „weiße“ Organisationen haben Präsident Eisenhower um Intervention gebeten, und das Justizdepartement befaßt sich zur Zeit (nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“, 27. 2.) mit dieser Frage.

#### *Konflikt zwischen Bund und Ländern*

Die Aktionen der Neger um ihre Rechte setzten zu einem Zeitpunkt ein, als deutlich wurde, daß Washington auf rechtlchem Wege die Rassentrennung schrittweise aufheben will. Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist der Entscheid des Obersten Bundesgerichts vom 17. Mai 1954 über die Aufhebung der Rassentrennung an den Schulen. (Im Herbst 1955 erfolgten dazu die Durchführungsbestimmungen.) Am 7. November 1955 entschied das Oberste Gericht, daß Rassentrennung in öffentlichen Parks, Schwimmbädern und öffentlichen Golfplätzen verfassungswidrig sei. Am 28. 11. 55 wurde entschieden, daß Rassentrennung in Eisenbahnen und Autobussen des zwischenstaatlichen Verkehrs, ebenso wie Segregation in Wartesälen, ungesetzlich sei. Alle Entscheide erfolgten auf Antrag der NAACP. Nach „New York Times“ (Sonderbeilage vom 13. 3.) haben von den Südstaaten die Beschlüsse durchgeführt: Maryland, West-Virginia, Kentucky, Missouri, Oklahoma und der District of Columbia. Sieben Staaten verzögern die Integration oder führen sie nur teilweise durch: Delaware, Nord-Carolina, Tennessee, Florida, Arkansas, Louisiana und Texas. Fünf Südstaaten: Alabama, Georgia, Mississippi, Süd-Carolina und Virginia, in deren einzelnen Bezirken die Bevölkerung bis zu 80% Schwarze zählt, haben den Entscheid des Bundesgerichtes für die Schulen, von dem insgesamt 10 Millionen weiße und 2,5 Millionen Negerkinder in den Staaten betroffen werden, für null und nichtig erklärt. Sie sind entschlossen, die Entscheidungen des Bundesgerichts zu umgehen. In Virginia z. B. wurde Anfang Januar die Staatsregierung ermächtigt, ein System staatlich unterstützter Privatschulen aufzubauen, in denen schwarze und weiße Kinder getrennt unterrichtet werden sollen. Desgleichen wurden öffentliche Parks und Golfplätze in Privatbesitz übergeführt.

Ob sich der Plan eines staatlich subventionierten Privatschulwesens durchführen läßt, bleibt abzuwarten. Claude Julien hat in „Témoignage Chrétien“ (17. 2.) darauf hingewiesen, daß auf Grund der in den letzten Jahren stark



angewachsenen Schülerzahlen alle Länder der USA auf Bundeszuschüsse angewiesen sind, besonders die Südstaaten, da sie bei weitem nicht so finanzkräftig sind wie der industrialisierte Norden.

Der Widerstand der Südstaaten richtet sich — wie immer klarer zu erkennen ist — gegen die von Washington geforderte Aufhebung der Rassentrennung an den Schulen. Dabei spielen die Universitäten nicht die Rolle wie die Elementarschulen, wenn auch von einer umfassenden Integration auch im Bereich der Universitäten noch nicht gesprochen werden kann, wie in einem Artikel in „The Catholic World“, New York (zitiert nach „Informations catholiques internationales“, 15. 3.), dargelegt wird. Schwarze Mädchen haben große Schwierigkeiten, an katholischen Schulen, die in ihren Bildungsplänen hauptsächlich auf Jungenerziehung ausgerichtet sind, zugelassen zu werden. Gewisse katholische Colleges gestatten den Schwarzen nur den Zutritt zu einzelnen Disziplinen, und zwar nach einem strengen Numerus clausus. Dennoch stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung die Primar- und Sekundarschulen. Die Südstaaten erblicken in einer überstürzten Integration eine Gefährdung ihrer Gesellschaftsstruktur, die auf der Doktrin der Überlegenheit der weißen Rasse aufgebaut ist. In den Elementarschulen stellt sich das Problem zahlenmäßig in einem ganz anderen Umfang als an den Höheren Schulen. Man fürchtet Mischehen. Man wünscht keine „nichtsutzigen Mischlinge“. Martín Brugarola SJ hat in einem anderen Zusammenhang die Hintergründe dieser Doktrin von der Suprematie des weißen Mannes untersucht (vgl. ds. Heft, S. 378).

Die Auseinandersetzung zwischen Schwarz und Weiß wurde bis jetzt in rechtlichen und scheinrechtlichen Formen durchgeführt. Der zunehmende Kampf zwischen den Gesetzgebenden Versammlungen der Südstaaten und dem Bund in Washington zeigt, daß sich an der Rassenfrage der alte Konflikt zwischen Bund und Ländern und, in den USA geschichtlich begründet, zwischen Nord- und Südstaaten erneut entzündet hat. Der Bund, so lautet die Ansicht der Südstaaten, hat in keiner Weise das Recht, sich Kompetenzen anzueignen, die ihm von den Einzelstaaten, die den Bund gründeten, niemals zugesprochen worden sind. Das Manifest, das am 11. 3. mit der Unterschrift von 19 Senatoren und 81 Mitgliedern des Repräsentantenhauses — alles Anhänger der Demokratischen Partei aus 11 Südstaaten außer zwei Republikanern aus Virginia — feierlich verkündet wurde, wirft dem Obersten Gerichtshof Mißbrauch der Rechtsprechung vor. Die Unterzeichner des Manifestes erklären, mit allen rechtlichen Mitteln eine Aufhebung des Entscheides zur Schulfrage anstreben zu wollen. Sie werden sich einer zwangsweisen Durchführung dieses Entscheids widersetzen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts von 1954 und seine Durchführungsverordnungen vom letzten Herbst, so sagt ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ (26. 2. 56), „hat zwischen Nord und Süd einen Graben geschaffen, der verhältnismäßig leicht überbrückt werden könnte, wenn der Norden sich etwas weniger pharisäisch und demagogisch gebärden und das Negerproblem als ein nationales und nicht nur regionales anerkennen würde“. Die Rassentrennung sei wohl im Norden nicht gesetzlich verankert, dafür aber praktisch weit verbreitet, „weil die Neger im allgemeinen schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht in ‚weißen‘ Quartieren wohnen, so daß sich auch in

den Quartierschulen kein ‚Integrationsproblem‘ stellt. In einem Wahljahr (Präsidentenwahlen im November) wäre aber offenbar ein Verzicht auf die demagogische Ausbeutung der Rassenfrage für die Politiker des Nordens mit zu großen Opfern verbunden.“

### *Paradoxien*

Was sich im gegenwärtigen Zeitpunkt in den USA abspielt, hat John LaFarge (in: „Etudes“, März 1956, S. 354—368) zusammengefaßt, wobei er besonders auf den paradoxen Charakter der Auseinandersetzung hinweist. LaFarge stellt drei paradoxe Erscheinungen fest.

1. Um Gewalt zu vermeiden, beugt man das Gesetz, indem die Gegner der Integration die absolute Eigenständigkeit der einzelnen föderierten Staaten in allen kulturellen Fragen propagieren und zur Erhaltung dieser bis heute tatsächlich praktisch zugelassenen Kulturautonomie — auch wenn sie gegen das Grundgesetz des Bundes verstößt — ein neues Recht zu schaffen suchen.

2. Es ist die kleinere Gruppe, die dafür kämpft, daß das Recht in einer Nation triumphiert, die sich bis heute immer ihres Respekts vor dem Recht gerühmt hat. Dieser Kampf für das Recht vollzieht sich im Rahmen des Rechts. Dabei vergißt diese kleinere Gruppe nicht, daß in den Staaten ein echtes Rassenproblem besteht.

3. Obgleich die Verfechter der Segregation an Zahl heute noch überlegen sind und ihr Aufwand zur Erhaltung des alten Zustandes gewaltig ist, kämpfen sie von vornherein um eine verlorene Sache, schon deshalb, weil sich die Südstaaten gegenüber den Entscheidungen des Bundesgerichtshofes nicht einheitlich verhalten.

Nach LaFarge kommt dem Kampf der Schwarzen um ihre Grundrechte eine Bedeutung zu, die weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinausgeht. „Wenn die Schwarzen“, sagt LaFarge, „den Kampf aufgenommen haben, um in den Besitz der Rechte zu gelangen, die ihnen das Grundgesetz des Landes garantiert, so kämpfen sie nicht für sich allein. Sie kämpfen weder nur für sich noch für ihre Rasse oder eine Klasse. Ihr Einsatz reicht weiter und geht tiefer. Er interessiert alle Menschen, alle Rassen, alle Nationen. Auf dem Spiel steht, daß Gottes Recht auf Erden herrsche.“

### *Die Stellungnahme der Kirche in den USA*

Sieht man von den besonderen wahlpolitischen Aspekten der derzeitigen Auseinandersetzung zwischen Weiß und Schwarz in den Südstaaten ab, so ist doch festzustellen, daß — wie Radio Vatikan am 26. 2. betonte — die Rassentrennung abzuschaffen sei „nicht nur in Befolgung des Bundesgesetzes, sondern weil die Abschaffung einen menschlichen und religiösen Fortschritt darstellt“. Aus diesem Grunde sei auch in allen katholischen Schulen in den USA die Segregation abgeschafft worden. Die Bischöfe der USA seien entschlossen, mit ihrer ganzen Autorität die Entscheidungen des Bundesgerichts zu verteidigen. Die Kirche in den USA lege in dieser Frage Mäßigung und Energie zugleich an den Tag; Mäßigung, weil es eine althergebrachte und tief verankerte Stimmung zu überwinden gelte, Energie, weil sie mit der konsequenten Abschaffung der Rassentrennung in den Schulen einen ersten entscheidenden Schritt von großer psychologischer Tragweite tun will und sich mit ihrer ganzen Autorität dafür einsetzt, daß es nirgends zu einem Kompromiß kommt. Sie erhofft von diesem ersten Schritt den Anstoß zu zahlreichen anderen.



**Zunehmende  
Vermachtung im  
kapitalistischen  
System**

Das Wort Vermachtung ist nicht schön, aber es gibt kein besseres, um den Vorgang zu bezeichnen, der die freie Gesellschaft von innen, und zwar von der Wirtschaft her bedroht. Scheinbar unaufhaltsam ziehen die großen Unternehmungen den Markt an sich und bringen die kleineren Betriebe in Fabrikation und Handel nach und nach zum Erliegen. So wird die wirtschaftliche Freiheit auf zweierlei Weise bedroht. Am Markt tritt statt eines vielfältigen Angebots vieler konkurrierender Unternehmer nur mehr eine geringe Zahl mächtiger Rivalen auf, und notwendigerweise wird aus der Konkurrenz ein erbitterter Machtkampf. Zweitens nimmt die Zahl der selbständigen, wirtschaftlich freien Existenzen ab und die Abhängigkeit der großen Masse der Menschen zu, wenn sie auch nicht vom Staat, sondern von großen Privatunternehmungen abhängen. Wahrscheinlich kann die Entwicklung dabei nicht stehenbleiben. Die Sozialisierung kündigt sich von ferne an.

Diese Sorgen bewegen das amerikanische Senatskomitee, das soeben die wirtschaftliche Lage der kleineren Unternehmungen in den Vereinigten Staaten studiert hat. Über die wesentlichsten Ergebnisse berichtet Benjamin L. Masse SJ in der Zeitschrift „America“ (10. März 1956) das Folgende:

Nach allgemeiner Meinung war das Jahr 1955 das wirtschaftlich erfolgreichste. Das trifft aber nicht nur für die Farmer, sondern auch für die kleineren Unternehmungen in Handel und Gewerbe *nicht* zu. Ihre Umsätze und Gewinne gehen zurück. Noch 1952 zahlten die Gesellschaften mit einem Kapital unter 1 Million DM durchschnittlich 10,6% Dividenden gegenüber 11,2% bei den größeren Unternehmungen. 1955 konnten die letzteren ihre Gewinne auf eine Dividende von 14,4% erhöhen, die kleineren dagegen mußten sie auf 4,4% senken. Bei den Großunternehmungen wurde, gemessen am Umsatz, ein Reingewinn von 7,2% gegen 0,95% bei den kleinen Unternehmungen erzielt. 1952 waren es noch 5,7% gegen 2,3%.

Wenn diese Entwicklung schon bei einer Hochkonjunktur so verläuft, wie wird es ihnen dann in schlechteren Zeiten gehen, so fragt der Bericht voll Besorgnis. Die Zahl der Konkurse ist in den letzten zwei Jahren um 63% gestiegen. In den ersten sieben Monaten von 1955 waren es 6487 mit einem durchschnittlichen Ausfall von 40000 Dollar, also ganz überwiegend Kleinunternehmungen.

Das Komitee hat die Gründe dieser Entwicklung zu finden gesucht. Sie liegen vor allem in einem unglaublich harten Konkurrenzkampf, den durchzuhalten den kleineren Unternehmungen die Mittel fehlen. Zum Beispiel haben auf dem Automarkt General Motors 51%, Ford 27% und Chrysler 17% aller Umsätze getätigt. Die kleineren Firmen wie Studebaker-Packard, American Motors und Kaiser-Willys werden einfach verdrängt. Die Macht der Großen richtet sich nicht nur gegen die Konkurrenz, sondern auch gegen den Handel. 38% der Automobilhändler schnitten deswegen 1954 mit Verlust ab, obwohl dieses Jahr den dritthöchsten Jahresumsatz in der Geschichte der Autoindustrie brachte. Für 1955 wird bei den Autohändlern im Durchschnitt ein Gewinn von nur 2,6% ausgewiesen, von dem noch die Steuern abgehen.

Dieser Zug zur Konzentration zeigt sich auch in anderen Industriezweigen. 1934 gab es 725 Brauereien, 1947 nur

noch 440; 1955 war ihre Zahl auf 254 gesunken, und der Präsident einer großen Braugesellschaft erklärte selbstbewußt: 1955 war das Jahr, in dem wir darangingen, „in der Brauindustrie die Männer von den Knaben zu scheiden“. Ähnlich liegen die Dinge, wie der Senatsbericht beispielhaft erwähnt, in der Waschmaschinen- und in der Schuhindustrie.

Im Handel verdrängen die Warenhäuser zusehends die Einzelgeschäfte. Sie erzielten 1955 22,7% der gesamten Umsätze. Die Prozentzahl steigt von Jahr zu Jahr. Außerdem sind die Einzelhändler steigend der Konkurrenz des Direktverkaufs durch die Fabrikanten ausgesetzt. Die General Shoe Corporation hat seit 1951 nicht nur 18 Fabrikationsunternehmen aufgekauft, sondern auch 500 Läden eröffnet.

Der Senatsbericht hebt als ein Phänomen, das die Machtentwicklung noch verstärkt, die zunehmende Fusionierung bisher selbstständiger Unternehmungen hervor, die den Anteil des kleinen Geschäfts weiter zurückdrängt. Das Jahr 1955 brachte die größte Zahl geschäftlicher Zusammenschlüsse in der ganzen amerikanischen Wirtschaftsgeschichte. Man zählte allein 240 Zusammenschlüsse von Banken.

Es ist eine Tragik, so schrieb neulich ein Beobachter der sozialen Entwicklung des Westens, daß der Westen, der gegen den Osten für die Freiheit eintritt, gezwungen wird, immer mehr von der Freiheit aufzugeben: der Gegner zwingt ihm die Waffen auf. Wie man an den obigen Beispielen sieht, liegt die Tragik noch tiefer. Der Expansionismus, der der modernen Wirtschaftsweise immanent ist, die Technik und die Rationalisierung drängen nicht weniger unausweichlich ebenfalls in die Richtung sozialer, wirtschaftlicher und schließlich auch politischer Mammutgebilde, in denen der einzelne Mensch wenig mehr zu bedeuten hat. Auch Benjamin Masse, der gewiß ein Kenner der Wirtschaft ist, weiß am Schluß seines Berichts nicht mehr zu raten als: „Die Kleinunternehmung muß so stark wie möglich gemacht werden.“ Der Staat könne manches dazu tun, aber nicht alles. Sie werde nur überleben, wenn sie sich überlebenswert erweist. Wie das möglich sein wird, darüber schweigt auch er.

### *Aus den Missionen*

**Die Mehrung  
der einheimischen  
Priesterberufe in  
Indien, Pakistan,  
Birma, Ceylon  
und Indonesien.  
Missionsgebets-  
meinung für Juni 1956**

Die als willkürlich anmutende Zusammenstellung gerade dieser Länder im Hinblick auf die Mehrung der einheimischen Priesterberufe hat einen tiefen Sinn. Handelt es sich doch um Gebiete, wo das gesteigerte nationale Selbstbewußtsein nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit die Einreise westlicher Missionare nicht mehr gerne sieht. Indien hat zwar die Verschärfung der Einreisebestimmungen für die Commonwealth-Missionare wieder aufgehoben, weil es ja selbst zum Commonwealth gehört und weiterhin gehören will. Aber die Erlaubnis zur Einreise christlicher Glaubensboten aus anderen Ländern wird grundsätzlich nur noch gegeben, wenn diese Missionare für den Aufbau des kulturellen, sozialen und sanitären Dienstes des jungen Staates erforderlich sind. Die Entscheidung darüber behält sich die indische Regierung vor, und es fehlt hier nicht an Willkürlichkeiten. So wurde die Einreise dreier Schwestern der Gesellschaft „Königin der Apostel“, die



Unsere Darstellung „Die ökumenische Christenheit“ bedarf ausführlicher Erläuterung. Der Titelbegriff mußte an die Stelle des populären Schlagwortes „Protestantismus“ treten, das dem 19. Jahrhundert angehört und dem geschichtlichen Stand der aus der Reformation des 16. Jahrhunderts hervorgegangenen Glaubensgemeinschaften nicht mehr entspricht. Die **Ökumenische Bewegung** will die Einheit der Kirche und nach Möglichkeit die Einheit des Dogmas wieder herstellen. In Verbindung mit dem **Internationalen Missionsrat** hat sie sich 1948 — ohne Beteiligung der Römisch-Katholischen Kirche — im **Weltrat der Kirchen** (**World Council of Churches**, deutsch auch „Ökumenischer Rat der Kirchen“) verfassungsmäßig konstituiert und seitdem in vielfältiger praktischer und theologischer Arbeit (vgl. Tafel V) ihr Zusammenleben erprobt. Die „evangelischen“ Gruppen mit ihrer Grundlehre von der Rechtfertigung aus dem Glauben suchen eine neue organische Verbindung mit den sog. „katholischen“ Gruppen (**Anglikaner**, **Orthodoxe**), die vor allem den geschichtlichen Episkopat als Fundament der Kirche betonen. Die **Orthodoxen** (mit Ausnahme des Moskauer Patriarchats, das auch aus politischen Gründen bisher fernsteht) beteiligen sich mehr aus praktischen Motiven und sehen im Weltrat ein Forum für ihre Mission. Die amerikanischen Denominationen der „freikirchlichen Tradition“ erstreben eine Union (Einheitskirche) und regen dadurch insbesondere die Lutheraner (seit 1947 im **Lutherischen Weltbund** zusammengeschlossen) zu einem verstärkten Konfessionalismus an, der auf der Einheit in der Lehre vor einer Einigung in der Verfassung besteht. Weite Kreise im **Reformierten Weltbund** (seit 1921) sind einer Union geneigter. Die **Anglikaner** versuchen mit geschichtlichem Recht, alle z. T. aus ihrer Gemeinschaft im Laufe der Jahrhunderte ausgeschiedenen Denominationen: Presbyterianer, Kongregationalisten, Baptisten und Methodisten, wieder unter ihren Episkopat zu sammeln. (In der ökumenischen „Musterkirche“ von Südafrika ist ihnen das gelungen.) Auf nationaler Ebene wurden in mehreren Ländern Arbeitsgemeinschaften aller im Weltrat zusammengeschlossenen Konfessionen gebildet: so in England der Britische Kirchenrat, in den USA der Nationalrat der Kirchen Christi, in Deutschland die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen. Innerhalb der **EKD** richtet die **VELKD** eine rein lutherische Kirche auf.

Das Band, das die ökumenische Christenheit vereint, ist das Bewußtsein von der „Einheit in Christus“; in der dogmatischen Basis des Weltrates der Kirchen ist es formuliert als die Anerkennung „unseres Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland“. Die organisatorische Idee ist der *Bund* („Covenant“) oder — wie die Verfassung des Weltrates sagt — die *Fellowship*, eine „Bruderschaft von Kirchen“. Darum hat die Leitung des W. C. C. keine kirchliche Autorität über die Mitgliedskirchen. Der Weltrat ist keine „Überkirche“. Außer dem Moskauer Patriarchat sind es vor allem zwei größere *amerikanische* nichtkatholische Glaubensgemeinschaften, die dem Weltrat *nicht* angehören: die Südbaptisten (Southern Baptist Convention mit 8,2 Millionen Mitgliedern) und die Missouri-Lutheraner (Missouri Synod Lutherans mit 1,9 Millionen). Aus der Tatsache, daß von den rund 73 Millionen Lutheranern in der Welt sogar dem Lutherischen Weltbund nur 48 Millionen angeschlossen sind, wird aber ersichtlich, wie viele kleinere Gruppen der Ökumenischen Bewegung noch fernstehen. Zur Geschichte, Tätigkeit und Problematik der Ökumenischen Bewegung muß auf die laufende Berichterstattung in der Herder-Korrespondenz, auf die einzelnen Stichwörter im Großen Herder und insbesondere auf das Schlußkapitel im 10. Band (Herders Bildungsbuch) verwiesen werden.

Weil die Ökumenische Bewegung sehr vielschichtig und in der Entwicklung begriffen ist, ergibt sich für uns die Notwendigkeit, unter dem Gesamttitel „Die ökumenische Christenheit“ mehrere verschiedene Sachverhalte zusammenzufassen und den Begriff damit unterschiedlich festzulegen. Der Weltkarte und der zugehörigen Tabelle (**I**) kommt es zunächst darauf an, die Dimensionen der nichtkatholischen Christenheit in ihrer Verteilung auf die Länder und in ihren Bevölkerungsanteilen zu dokumentieren und zu veranschaulichen. Während die *gesamte Orthodoxie* dabei ausgelassen ist (weil sie ihrem Wesen nach in anderen Zusammenhängen behandelt werden muß), sind andererseits

Kirchen und Denominationen mit berücksichtigt, die dem Weltrat der Kirchen *nicht* angehören. Es steht uns nicht an, bei einer Rubrizierung getrennter Glaubensgemeinschaften den tatsächlichen (nämlich *heils geschichtlichen*) Abstand von der Wahrheit ausschließlich von der *Dogmatik* her zu bestimmen. Zum andern ist das statistische Material vor allem für jene Länder, in denen der „Protestantismus“ nur eine kleine missionarische Minderheit ausmacht (vgl. etwa Brasilien, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 283), von einer Art, die mindestens für uns theologische Unterscheidungen unmöglich macht. Bei einer global-soziologischen Übersicht, um die es uns hier geht, war es deshalb nicht zu umgehen, in der Tafel über die Bevölkerungsanteile unter „ökumenischen Christen“ alles zu subsumieren, was (nach Abtrennung der Römisch-Katholischen Kirche und der Orthodoxie) auch nur mit entfernter Berechtigung als „Christ“ angesprochen werden kann. Wir folgten dabei den statistischen Aufstellungen des „World Christian Handbook“ von 1952, für einige Länder ergänzt und berichtigt durch speziellere Monographien und neuere evangelische Pressemeldungen. Für das Luthertum gibt es das Büchlein „Der Lutherische Weltbund — Aufbau und Arbeit“ (Genf 1956); es führt genaue Mitgliederzahlen auf.

Freilich ist das vorliegende Zahlenmaterial nach unterschiedlichen Maßstäben gewonnen und in sich unterschiedlich zu bewerten: In traditionell protestantischen Ländern (vor allem Skandinavien) werden alle Getauften als Kirchenmitglieder geführt, während anderwärts oft nur die kirchlich Aktiven (beispielsweise die Teilnehmer an den letzten Kirchenwahlen) in den Mitgliederzahlen erscheinen. Vor allem gilt dies für die USA, wo sich nur ein Anteil von 35% ergibt; von dem Rest von 45% (20% sind ja Katholiken) kann die Statistik nur so viel sagen, daß er von den Denominationen nicht erfaßt ist. Für Großbritannien wäre die Diskrepanz noch wesentlich größer gewesen; wir haben deshalb eine reichliche Schätzzahl eingetragen.

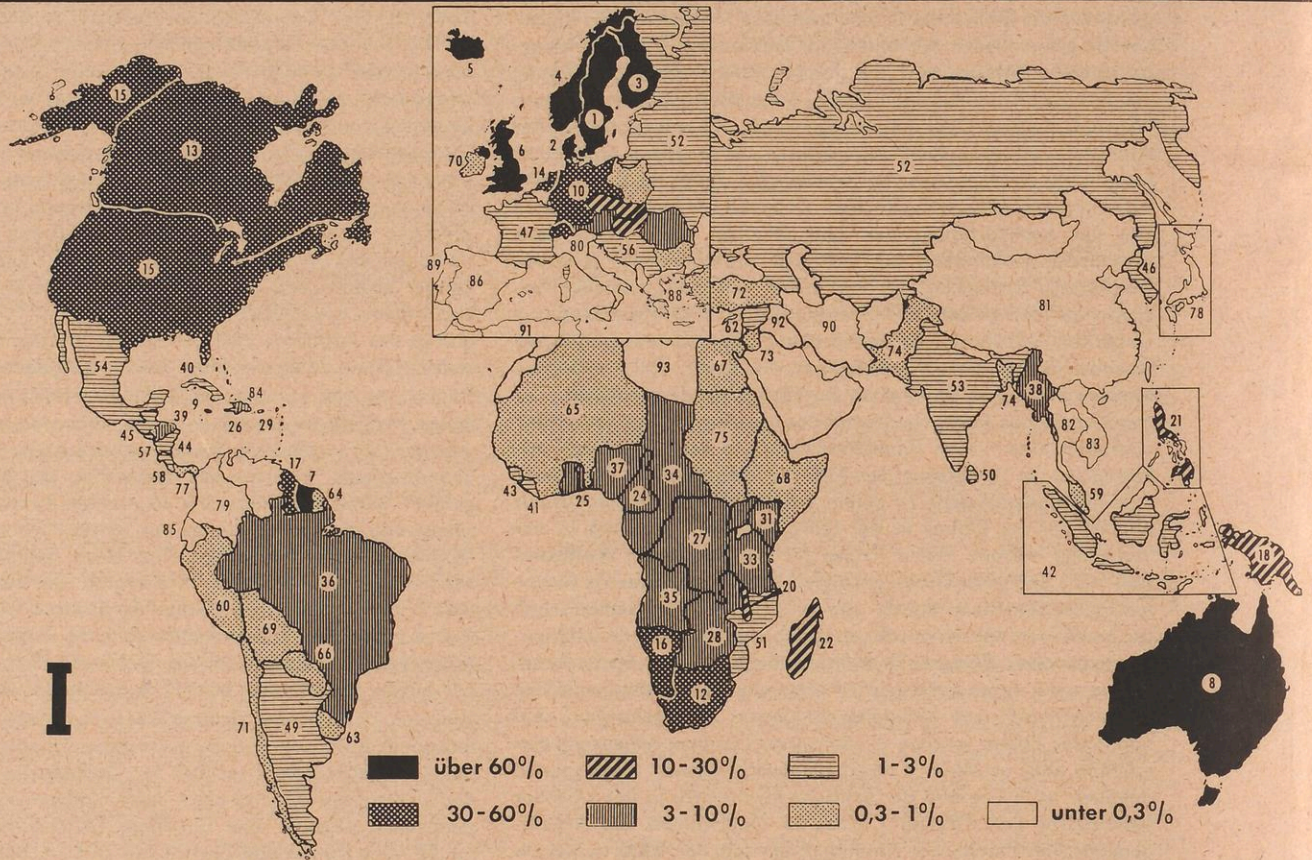
Von den übrigen drei Schaubildern analysiert Nr. **II** die konfessionelle Aufgliederung der *gesamten* nichtkatholischen Christenheit (also jetzt unter Einschluß der Orthodoxie), **III**, **IV** und **V** den Weltrat der Kirchen nach seinem gegenwärtigen Stand. Als zusätzliche Quellen sind für diese Darstellungen zu nennen: für **II** „The Kingship of Christ“ von G. K. A. Bell, anglikanischer Bischof von Chichester (für die Lutheraner von uns anhand der genannten Quelle berichtigt), für **IV** der offizielle „Evanston Report“ (London 1955), für **V** und insgesamt das uns freundlicherweise vom Informationsreferat des Weltrates der Kirchen zur Verfügung gestellte Material.

**ZU SEITE 4** Mit den Tafeln „Steigende Reallöhne in den westlichen Ländern“ versuchen wir zum erstenmal ein Thema bildhaft darzustellen, das in der ganzen zivilisierten Welt zum Problem ersten Ranges geworden ist: der **Lebensstandard** als moderner Götze (vgl. dazu den Fastenhirtenbrief der deutschen Bischöfe, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 277, „Fasten und Elitebildung“, S. 230, auch etwa die letzten Weihnachts- und Neujahrsbotschaften zahlreicher Staatsmänner und Politiker). Arbeitgeber und vor allem Gewerkschaften — noch immer mehr Klassenkampfparteien als Sozialpartner — tun leider wenig, gegen diese verderbliche Entwicklung anzugehen, sondern tragen vielmehr durch ihre willkürlichen und stark differierenden Ausdeutungen der sozialen Entwicklung noch dazu bei, den Blick für die wahre Sachlage zu vernebeln. — Unsere vorliegende Darstellung bildet nur den ersten Teil dessen, was zum Thema „Lebensstandard“ aufgezeigt werden muß, und bedarf der Fortsetzung. Die rein wirtschaftlichen Sachverhalte sind auch nicht geeignet, die wahre soziale Situation deutlich zu machen: 1. Es handelt sich um reine Leistungslöhne, nicht um Familien- und Lebenslöhne. 2. Das Anwachsen des Volkseinkommens und der Löhne ist erkaufte durch eine konjunkturelle Entwicklung, die die Stabilität der Währung angreift. 3. Das anwachsende Volkseinkommen ist auf die Bevölkerungsschichten sehr ungleichmäßig verteilt (vgl. „Eigentumsbildung und Einkommen in Westdeutschland“, ds. Heft, S. 382). Als Quellen standen uns hauptsächlich zur Verfügung der Globus-Kartendienst sowie für **I** „International Labour Review“ (Mai 1955).



# Die ökumenische

(Erläuterungen zu ...)



## Anteile an der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Ländern (ohne die Orthodoxen)

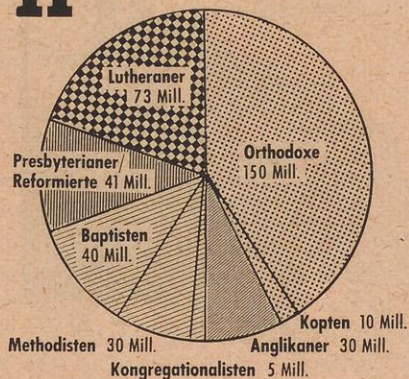
	Islam %	Katholiken %	Ökumenische Christen %		Islam %	Katholiken %	Ökumen. Christen %		Islam %	Katholiken %	Ökumen. Christen %
1 Schweden		0,25	7 100 000	97							
2 Dänemark		0,6	4 200 000	95							
3 Finnland		0,05	4 800 000	95							
4 Norwegen		0,15	3 200 000	95							
5 Island		0,32	142 000	95							
6 Großbritannien	0,06	7,8	ca. 43 000 000	85							
7 Nied.-Guayana			190 000	79							
8 Australien	2,2	19	5 900 000	66							
9 Jamaica		5,3	1 020 000	64							
10 Deutschland	0,01	37	41 100 000	57							
11 Schweiz		37	2 460 000	50							
12 Südafrik. Union	2,3	6,0	6 600 000	49							
13 Kanada		41	6 800 000	44							
14 Niederlande		40	4 250 000	40							
15 USA	0,02	20	56 000 000	35							
16 Südwestafrika		8,2	160 000	32							
17 Brit.-Guayana			140 000	30							
18 Neuguinea		13	480 000	25							
19 Ungarn	0,03	60	2 420 000	25							
20 Njassaland	10	11	530 000	20							
21 Philippinen	2,4	76	3 700 000	17							
22 Madagaskar	16	18	690 000	15							
23 Tschechoslowakei	69		1 900 000	15							
24 Kamerun	13	13	420 000	9,1							
25 Goldküste	13	8,7	370 000	8,8							
26 Haiti		85	260 000	7,9							
27 Belg.-Kongo	26		1 200 000	7,3							
28 Rhodesien	9,3		390 000	7,2							
29 Puerto Rico	90		140 000	6,3							
30 Österreich		87	420 000	6,1							
31 Kenia/Uganda	18	14	670 000	5,9							
32 Rumänien	1,9	9,4	960 000	5,8							
33 Tanganjika	37	11	380 000	4,6							
34 Franz.-Äqu.-Afr.	25	8,9	178 000	4,2							
35 Angola	19		160 000	3,7							
36 Brasilien		93	1 970 000	3,4							
37 Nigerien	57	2,3	950 000	3,2							
38 Burma	4,2	0,8	600 000	3,1							
39 Honduras		70	52 000	3,0							
40 Kuba		90	165 000	2,8							
41 Liberia	24	0,5	51 000	2,8							
42 Indonesien	83	1,0	2 100 000	2,6							
43 Sierra Leone	20	0,6	54 000	2,6							
44 Nicaragua		80	30 000	2,5							
45 Guatemala		94	76 000	2,4							
46 Korea		0,6	700 000	2,3							
47 Frankreich	0,81	70	ca. 800 000	1,9							
48 Luxemburg		96	4 600	1,5							
49 Argentinien		95	270 000	1,4							
50 Ceylon	4,3	7,1	120 000	1,4							
51 Mozambique		4,2	80 000	1,3							
52 Rußland	14	2,9	2 700 000	1,2							
53 Indien	3,7	1,4	4 600 000	1,2							
54 Mexiko		90	335 000	1,2							
55 Syrien/Liban.	ca. 50	11	57 000	1,1							
56 Jugoslawien	7,9	35	180 000	1,0							
57 El Salvador		95	21 000	1,0							
58 Costa Rica		92	9 000	1,0							
59 Malaya	50	1,4	55 000	0,9							
60 Perü		94	70 000	0,8							
61 Polen	0,05	85	175 000	0,7							
62 Israel		2,4	12 000	0,7							
63 Uruguay		80	17 000	0,7							
64 Franz.-Guayana			170	0,7							
65 Franz.-Westafr.	30	2,3	129 000	0,6							
66 Paraguay		87	10 000	0,6							
67 Ägypten	82	0,6	120 000	0,5							
68 Äthiopien/Som.	41	0,7	88 000	0,5							
69 Bolivien		90	17 000	0,5							
70 Irland		99	16 000	0,5							
71 Chile		94	280 000	0,4							
72 Türkei	93	0,21	8 500	0,4							
73 Jordanien		0,9	5 500	0,4							
74 Pakistan	87	0,33	220 000	0,3							
75 Sudan	68	1,1	26 000	0,3							
76 Bulgarien		0,8	23 600	0,3							
77 Panama		90	3 000	0,3							
78 Japan	0,23	0,23	240 000	0,26							
79 Kolumbien		94	30 000	0,24							
80 Italien		90	110 000	0,23							
81 China	3,4	0,5	940 000	0,16							
82 Siam	3,9	0,33	29 000	0,14							
83 Indochina	0,8	5,3	42 000	0,14							
84 Dominik. Republ.		93	26 000	0,11							
85 Ecuador		98	4 000	0,11							
86 Spanien		99	26 000	0,09							
87 Belgien		95	7 600	0,09							
88 Griechenland	2,5	0,7	7 000	0,09							
89 Portugal		91	3 500	0,04							
90 Persien	89	0,08	7 000	0,03							
91 Franz.-Nordafr.	70	8	5 500	0,025							
92 Irak	64	1,1	1 100	0,020							
93 Libyen	66	4,2	60	0,004							



# che Christenheit

ngen auf Seite 1)

## II

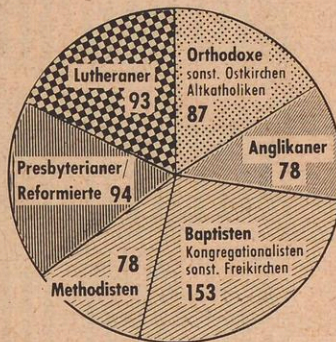


Insgesamt ca. 380 Millionen = 15% der Menschheit  
(Katholiken 460 Mill. = 18%)

Einschließlich Orthodoxie  
(Gesamte nichtkatholische Christenheit)

### Aufteilung nach Konfessionen

## III



Z. Z. im Weltrat insgesamt 167 Mitgliedskirchen  
aus 47 Ländern

... nach Konfessionen  
(Kein starres Schema - Übereinkommen von 1953)

### Sitzverteilung im Weltrat der Kirchen

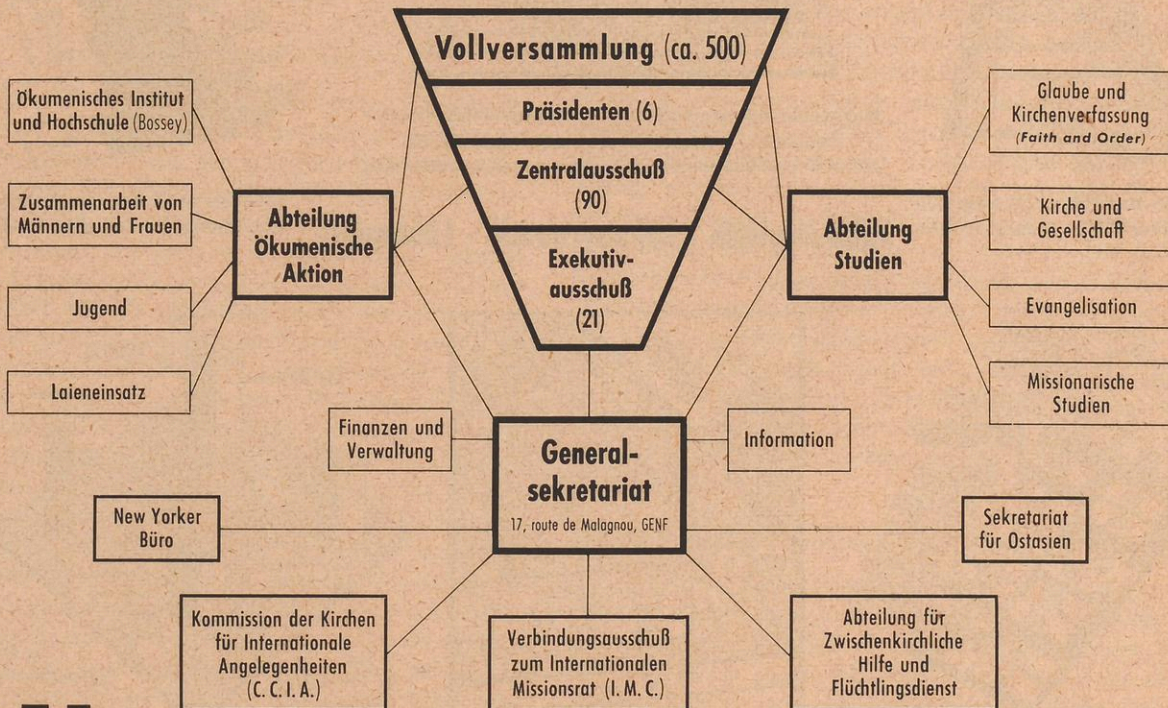
## IV

USA	186
Großbritannien/Irland	69
Deutschland	38
Australien/Neuseeland	30
Indien/Ceylon	26
Kanada	14
Griechenland/Zypern	13
Türkei	11
Schweden/Niederlande	je 10
Indonesien	8
Südafrikanische Union	7
Dänemark, Schweiz, Ägypten u. Äthiopien, Heilsarmee	je 6
Finnland, Norwegen, Frankreich, Tschechoslowakei, Ungarn	je 5
Japan, Syrien/Libanon	je 4
Korea, Mittel- u. Südamerika	je 3
Österreich, Italien, Philippinen, Westafrika	je 2
Island, Jugoslawien, Belgien, Spanien, Iran, Siam, Formosa	je 1
<b>500</b>	

... nach Ländern  
(Vollversammlung Evanston 1954)

doxen):

umen, Christen  
00 0,7 %  
70 0,7 %  
00 0,6 %  
00 0,6 %  
00 0,5 %  
00 0,5 %  
00 0,5 %  
00 0,5 %  
00 0,4 %  
00 0,4 %  
00 0,4 %  
00 0,3 %  
00 0,3 %  
00 0,3 %  
00 0,3 %  
00 0,26 %  
00 0,24 %  
00 0,23 %  
00 0,16 %  
00 0,14 %  
00 0,14 %  
00 0,11 %  
00 0,09 %  
00 0,09 %  
00 0,09 %  
00 0,04 %  
00 0,03 %  
00 0,025 %  
00 0,020 %  
60 0,004 %



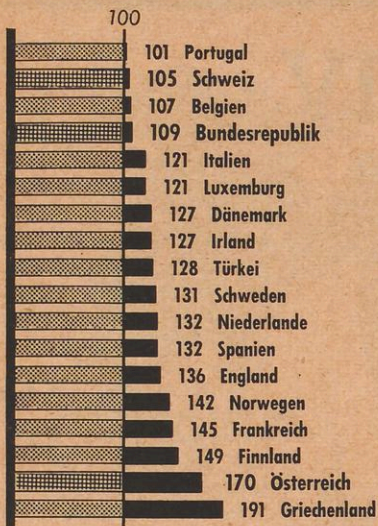
## V

### Der Weltrat der Kirchen in seinen Organen



# Steigende Reallöhne in den westlichen Ländern

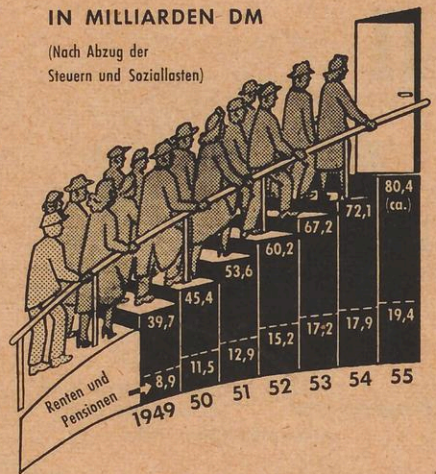
(Vgl. aber Beilage Nr. 2: »Die Erde hat noch genug Reserven – es fehlt nur die gerechte Verteilung« – Erläuterungen auf Seite 1)



Internationaler Vergleich  
(März 1955 gegenüber 1948=100)



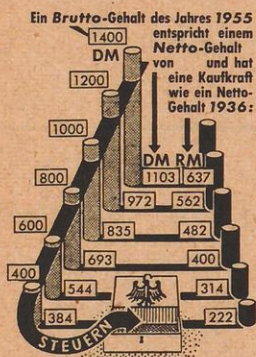
Entwicklung in der Bundesrepublik  
(1949 – 1955)



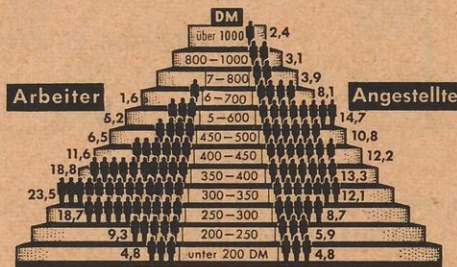
Gesamteinkommen aller Arbeitnehmer  
(1949 – 1955)

Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen ...

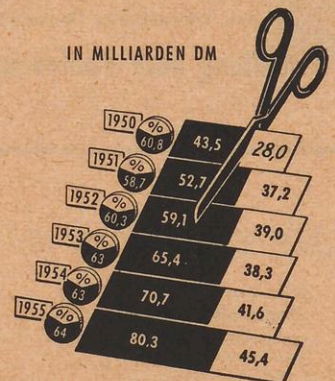
... aber die Löhne noch mehr



Vergleich der Gehälter 1955 gegen 1936  
(Steuerklasse III/1: verheiratet, ein Kind)

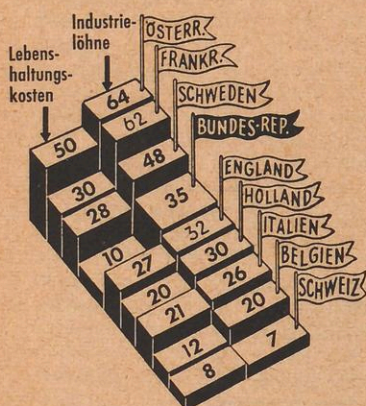


Bruttomonatsverdienste der Männer in der gewerblichen Wirtschaft  
Prozentanteile in den einzelnen Gehaltsstufen, Stand von 1951  
(Seitdem durchschnittlicher Anstieg um 20%, aber nur geringfügige Umschichtungen)

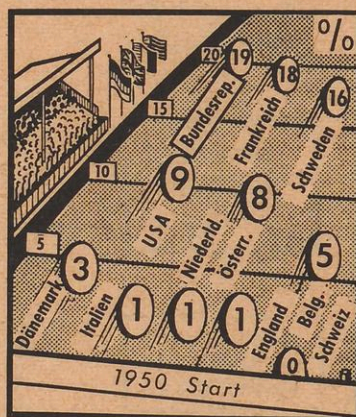


Steigender Anteil der Bruttoeinkommen aller Arbeitnehmer am Volkseinkommen

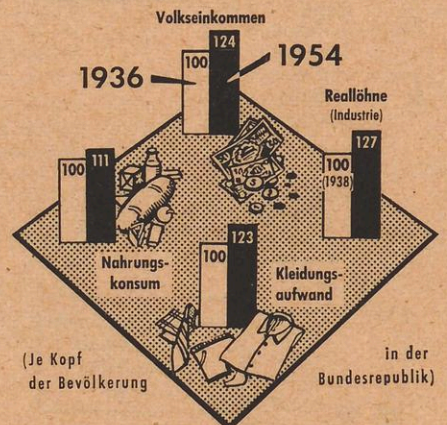
## Lohnvergleich · Lohnpyramide · Lohnquote



Lebenshaltungskosten und Nominallohn  
(Anstieg 1955 gegenüber 1950 = 100)



Anstieg der Reallohn in einigen Ländern  
(1954 gegenüber 1950 = 100)



(Je Kopf der Bevölkerung) in der Bundesrepublik

Volkseinkommen, Reallohn und Konsum  
(Anstieg 1954 gegenüber 1936 = 100)

## Die Kaufkraft der Löhne (= Reallohn) – in der Bundesrepublik am stärksten gestiegen



sich in mehreren Jahren auf die sozial-caritative Tätigkeit in Indien im Rahmen der schon bisher von dieser Kongregation im Lande geübten Tätigkeit vorbereitet hatten, verweigert, obwohl Indien einen schreienden Bedarf an solchen Kräften hat. Birma gestattet nur den Ersatz verstorbener ausländischer Missionare durch neu einreisende. Indonesien hält seit Jahren ein System von Einreiseverweigerungen aufrecht, von dem nur relativ selten Ausnahmen gemacht werden, so im Falle von vier deutschen Kapuzinern, die unter Leitung des ehemaligen Chinabischofs Msgr. Grazian Grimm ein Arbeitsfeld auf Nias und an der Westküste Sumatras übernehmen konnten. Pakistan, mit dem Westen politisch-militärisch verbunden, stellt den Einreisen ausländischer Missionare noch keinerlei Schwierigkeiten entgegen, aber bei der herrschenden Volksstimmung in diesem mohammedanischen Staate, die das Werk der Missionen allenfalls duldet, kann von heute auf morgen ebenfalls eine den westlichen Missionaren ungünstige Situation eintreten, zumal die neue pakistanische Verfassung nur bei gutem Willen (den die gegenwärtige Regierung hat) so ausgelegt werden kann, daß die Freiheit des Missionswerkes gewährleistet wird. Ceylon, dem Commonwealth angehörig, hat noch keine restriktiven Bestimmungen gegen die ausländischen Missionare veröffentlicht, aber ein aggressiver Buddhismus, der auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckt, bringt die Regierung in eine immer schwierigere Lage, zumal sie gegen den Sinn und Wortlaut der gültigen Verfassung eines weltanschaulich neutralen Staates dauernd dem Buddhismus mehr Zugeständnisse machen muß.

Unter diesen Umständen ist die schnelle Förderung des einheimischen Klerus, gepaart mit einer entschlossenen Verwurzelung der Kirche im Kulturboden, in den oben genannten Ländern eine Existenzfrage der Mission, die durch die Einreisebeschränkungen für ausländische Missionare stellenweise schon in erhebliche Schwierigkeiten geraten ist, so in Birma und Indonesien.

#### *Indiens hoffnungsvolle Lage*

Am günstigsten sind die Verhältnisse noch in Indien, das in absehbarer Zeit im Priesternachwuchs sich selbst genügen kann. Zwei Drittel der indischen Sprengel unterstehen indischen Bischöfen, und von den über 5500 Priestern sind 68% Einheimische. Die überfüllten zehn großen Seminare des Landes ermöglichen es, jährlich 200—250 Priester zu weihen. Die Päpstliche Akademie zu Puna zählt 400 Theologiestudierende aus vielen Nationen. Hier soll die theologische Vorbildung sowohl in wissenschaftlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf die Anpassung an Kultur und Lebensart des Landes richtunggebend gestaltet werden. Die Gesellschaft Jesu, die heute über 1000 Angehörige indischer Nationalität zählt, wird immer mehr in die Lage versetzt, für diese Hochschule qualifizierte Kräfte aus dem Lande selbst als Professoren zur Verfügung zu stellen. Konnte noch 1948 Erzbischof Pothacamury von Bangalore im „Bulletin des Missions“ (Brügge) klagen, die indischen Seminaristen würden nach völlig abendländischen Begriffen ausgebildet, sie würden nicht nur in den Lebensformen, sondern auch geistig okzidentalisiert, so daß sie Europäer mit brauner Hautfarbe würden, so bemüht man sich heute, den Weisungen des indischen Plenarkonzils von 1950 zu folgen, in der geistigen Schulung der Seminaristen den Fragen der orientalischen Kirche, der Kirchengeschichte Indiens, dem bürger-

lichen Recht der einzelnen Landesteile, den indischen Religionssystemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die einheimische Lebensart zu pflegen, um dadurch die Anpassung des Apostolats an die einheimische Kultur zu erleichtern. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der allzu westliche Charakter der Klerusbildung manchen Beruf aus den gehobenen Volksschichten vom Eintritt in die lange Seminarvorbildung abschrecken mußte. Die indischen Seminare bedürfen angesichts der zahlreichen Berufe dringend des Ausbaus. Man will aber damit warten, bis die Gliederung des Landes nach Bundesstaaten und damit nach Volksgruppen bzw. Sprachbezirken abgeschlossen ist, um möglichst jeder Region das eigene Priesterseminar geben zu können.

#### *Südindien übertrifft alle Erwartungen*

Zwar ist der Norden Indiens im Priesternachwuchs noch völlig vom Süden abhängig. Dafür aber ist Südindien eine Quelle priesterlicher Berufe von einer Mächtigkeit wie sonst nirgends im Fernen Osten, vielleicht nirgends in der ganzen Welt. In Südindien müssen wegen mangelnder Aufnahmemöglichkeiten 70% der Gesuche um Aufnahme in die Seminare abgelehnt werden. Es ist wahrscheinlich, daß allein das nur 1,8 Millionen Seelen zählende Gebiet von Malabar an missionarischer Fruchtbarkeit Holland prozentual schon übertroffen hat. Schon sind über 400 Priester des Landes im Apostolat außerhalb Malabars tätig, während über 750 Seminaristen sich auf die Missionsarbeit außerhalb des Landes vorbereiten. Nach Mitteilungen aus Kreisen der syro-malabarischen Kirche arbeiten zur Zeit 3200 Söhne und Töchter Malabars in den Apostolatsgebieten außerhalb ihrer engeren Heimat! Die meisten der malabarischen Priester bleiben zwar in Indien selbst, begeben sich aber teilweise in die entferntesten Gebiete des riesigen Subkontinents, wo sie sprachlich, kulturell und rassisch von ihrer Heimat total verschiedene Situationen antreffen. Es handelt sich also um einen echten Missionseinsatz, den man um so mehr bewundern muß, als diese Berufe alle aus der syro-malabarischen Kirche hervorgehen, also aus einer durch und durch orientalischen Kirche. Freudig treten sie zum lateinischen Ritus über, um der Weltkirche in Gebieten zu dienen, wo ihre eigene Kirche nicht vertreten ist. Im übrigen weist auch die lateinische Kirche Südindiens einen erfreulichen Priesternachwuchs auf. Es sei hier nur auf die Kirche von Goa hingewiesen, die Mittel- und Nordindien immer wieder mit Priestern versorgt. Auch die Diözesen des Tamil-Sprachbereiches haben recht guten Priesternachwuchs. Im übrigen dringt leider der westliche Materialismus besonders in die Städte und in die gebildeten Kreise auch der südindischen Katholiken ein, so daß die Priester und Ordensberufe hier schon in leichtem Absinken begriffen sind.

#### *Südindien ein Ausstrahlungszentrum für die Weltmission?*

Im „Examiner“ von Bombay warf im August 1955 ein indischer Seminarprofessor die Frage auf, ob nicht die Zeit gekommen sei, daß die indische Kirche durch Vermittlung Roms eigene Missionsgebiete in Afrika übernehmen könnte, wo sich schon einige indische Priester namentlich im Inderapostolat betätigen. Die syro-malabarische Kirche mit ihrem großen Priesternachwuchs käme hier am ehesten in Frage. Die Ritusfrage ist natürlich ein Hindernis. Man kann in Afrika mitten zwischen den



lateinischen Diözesen keine solche des syrischen Ritus einrichten. Da aber die syro-malabarische Kirche gezeigt hat, daß sie die Interessen des Weltapostolats über die Interessen des eigenen Ritus zu stellen bereit ist (etwas Großes und Einmaliges bei der sonstigen genauen Deckung von Ritus und Volkstum in den orientalischen Kirchen!), würde es wohl nicht unmöglich sein, aus Priestern, die freiwillig zum lateinischen Ritus übertraten, eigene Missionsgruppen mit eigenen Bischöfen für Afrika zu formen. Es müßten freilich zur Sicherung des Nachwuchses eigene Missionskongregationen bzw. ein Weltpriestermissionsinstitut in Malabar geschaffen werden, wie die Kirche Goas schon eines besitzt. Daß die Idee, Indien am Weltapostolat zu beteiligen, der Verwirklichung näher rückt, zeigt die Tatsache, daß vor wenigen Monaten ein aus Goa stammender Bischof die Leitung einer neuen Diözese in Angola übernahm. Acht weitere goanesischen Priester wollen ihrem Bischof folgen. Das bedeutet den Beginn der Zusammenarbeit zwischen goanesischem und portugiesischem Klerus bei der Missionierung Portugiesisch-Afrikas.

#### *Dennoch Priestermangel in Indien*

Wenn die indischen Bischöfe dennoch mehr Priester wünschen, so deshalb, weil das Land so menschenreich ist und auf jeden der Priester Indiens heute etwa 100 000 Nichtchristen kommen. Dazu muß es das Bestreben sein, den einzelnen Volksgruppen schließlich Priester der eigenen Rasse bzw. Sprachgruppe zu geben. Südindien kann mit seinen Missionspriestern diesen Notwendigkeiten im mittleren und nördlichen Indien nicht genügen. Der besonders notwendige Priesterzuwachs aus den höheren Ständen kann erst erwartet werden, wenn einerseits die Kastengegensätze noch weiter nivelliert sind, als es praktisch der Fall ist, und wenn die Kirche stärker in die indische Kultur hineingewachsen ist. Die Kastenschwierigkeiten sind andererseits daran schuld, daß die Kirche in manchen Gebieten den ihr angebotenen Nachwuchs aus niederen Kasten nur schwer fördern kann.

#### *Pakistan*

Unvergleichlich ungünstiger als in Indien mit seinen 5 Millionen Katholiken steht Pakistan in der Frage des einheimischen Priesternachwachses da. Die Kirche zählt dort nur 230 000 Mitglieder, die meist den ärmeren Ständen angehören. Sie ist in diesem mohammedanischen Lande nur geduldet, wenn auch wegen ihrer Caritas- und Unterrichtsanstalten hoch geschätzt. Die jungen gebildeten Katholiken stehen vor schweren Anpassungsproblemen an die islamische Kultur, zu deren Überwindung die Kirche wenig Vorarbeiten geleistet hat und auch kaum leisten konnte, weil der islamische religiös-politisch-sozial-kulturelle Block durch Akkommodation schwer ange-meißelt werden kann. Von den 300 Priestern sind noch keine 70 Pakistanesen. Ostpakistan hat kaum einheimische Priester. Eine Verfolgung würde in diesem Lande die unverwurzelte Kirche aufs schwerste treffen. Man macht augenblicklich äußerste Anstrengungen, um möglichst in allen Diözesen die unterste Stufe der Priester-Vorbildungsinstitute zu schaffen. Die neue Verfassung kann, wie schon gesagt, bei nicht wohlwollender Auslegung in vielen Punkten die Freiheit der Kirche illusorisch machen. Das muß gesagt werden, obwohl die derzeitige Regierung sich bemüht, alle Konflikte zu vermeiden.

#### *Birma*

Die seit Jahren geübte Praxis der Regierung, die Einreise ausländischer Glaubensboten zu drosseln, hat in Birma schon zu ernststen Seelsorgsschwierigkeiten geführt, da nur 60 von den 236 Priestern Birmanesen sind, während 20 aus Indien stammen. In Birma wird im übrigen ganz deutlich, daß die derzeitige Regierung mit ihren Maßnahmen nicht das Christentum treffen will, sondern nur die Mission durch Ausländer. Ministerpräsident U Nu, selbst überzeugter Buddhist, hat der Kirche öffentlich die glänzendsten Zeugnisse ausgestellt, sie sogar auf dem Eucharistischen Kongreß im Februar dieses Jahres als „die ideale Kirche“ bezeichnet. Die 155 000 Katholiken, ausschließlich aus Fremden oder Angehörigen der nicht-buddhistischen Bevölkerungsteile stammend, sind eine sehr schmale Basis für einheimischen Priesternachwuchs. Die 80% Buddhisten des Landes haben sich bisher gegen jede christliche Werbung immun gezeigt. Es ist eine ernste Frage, ob die Formen der westlichen Mission der buddhistischen Kultur und geistigen Atmosphäre des Buddhismus genügend angepaßt sind. Man hat öfter vorgeschlagen, durch ein eigenes auf diese Umwelt ausgerichtetes Mönchtum in den Kulturuntergrund einzudringen. Die Priester erhielten bisher ihre Vorbildung auf Malakka, ein für die Akkommodation sicher nicht günstiger Tatbestand. Die Bischöfe haben im Vorjahr beschlossen, nahe der Hauptstadt ein Priesterseminar für ganz Birma einzurichten. In den Kleinen Seminaren mehrt sich erfreulich die Zahl der Berufe zum Priestertum. Birma besitzt übrigens seit kurzer Zeit die ersten zwei einheimischen Bischöfe, von denen freilich einer, ein Weihbischof, einer seit langem birmanisierten Gruppe eingewanderter Portugiesen angehört, also blutmäßig kein Birmane ist.

#### *Ceylon*

Während der Buddhismus in Birma nur leichte Anwendungen von Unduldsamkeit zeigt, die von U Nu im Zaume gehalten werden, ist der ceylonische Buddhismus zur Zeit gefährlich aggressiv, und der Kommunismus versucht, durch geschickte Infiltration im buddhistischen Mönchtum das Feuer zu schüren. Da aber die buddhistischen Singhalesen, die Herrenschaft der Insel, nicht stark genug sind, die hinduistischen Familien sowie die Christen und Mohammedaner kulturell und politisch zu unterjochen, kann die Kirche hoffen, mit ihrem Bevölkerungsanteil von 8% (insgesamt 631 000 Katholiken) in Verbindung mit den übrigen bedrohten religiösen Volksgruppen der Unduldsamkeit der Singhalesen Widerstand leisten zu können. Die Hälfte des Episkopats ist einheimisch. Die drei einheimischen Bischöfe betreuen vier Fünftel der Katholiken. 300 von den 463 Priestern Ceylons entstammen der Insel. Auch hier mußten bisher die Priesterkandidaten außerhalb des Landes (im Seminar zu Penang auf Malakka) ausgebildet werden. Nachdem das indische Zentralseminar von Kandy auf Ceylon nach Puna verlegt wurde, hat die ceylonische Bischofskonferenz die frei gewordenen Gebäude übernommen und hier ein Zentralseminar für ganz Ceylon eingerichtet, das unter Leitung der Oblaten steht.

#### *Gefahr in Indonesien*

Zu den Missionsgebieten, die von den rigorosen Einschränkungen bei der Zulassung ausländischer Missionare hart getroffen werden, gehört auch Indonesien mit seinen



1 076 318 Katholiken (1,3 % der Gesamtbevölkerung). Besonders bedrohlich ist die Lage auf den Kleinen Sunda-Inseln, wo eine fast ganz nichtmohammedanische Bevölkerung mit einfacher Kultur sich in Massen dem Katholizismus zuwendet. Auf Flores z. B. sind heute schon über die Hälfte der 1 Million zählenden Einwohner katholisch. In 40 Jahren hat sich dort die Zahl der Getauften um das Siebzehnfache vermehrt. Mitten in eine der größten Konversionsbewegungen der Missionskirche, die nur mit dem Fortschritt der Kirche in Belgisch-Kongo verglichen werden kann, kam nun die Drosselung der Einreise ausländischer Glaubensboten. Es ist aber bisher gelungen, die Dynamik der Bewegung auf den Kleinen Sunda-Inseln aufrechtzuerhalten. Die Steyler Missionare, in deren Arbeitsbereich die in Frage kommenden Gebiete liegen, tun alles, um den Nachwuchs einheimischer Priester zu fördern. 46 einheimische Steyler Priester und ein einheimischer Bischof sind hier im Amt. Bei starkem Nachwuchs zählen die Vorbereitungsseminare (Kleine Seminare) heute über 400 Schüler. Für ganz Indonesien zählt man heute 7 Große und 17 Kleine Seminare mit 106 Seminaristen bzw. 1089 Gymnasiasten. Es ist übrigens kennzeichnend für die jetzt der Vergangenheit angehörige Kolonialsituation Indonesiens, daß die Bevölkerungsgruppe der europäischen Katholiken bzw. der indoeuropäischen Mischlinge, die sich in diesem Jahrhundert auf weit über 50 000 belief, der Kirche nur ganz wenige Priester schenkte.

In etwa zehn Jahren wird die Frage des Priesternachwuchses in Indonesien so ziemlich gelöst sein. Was aber wird aus der Mission, wenn vorher in Indonesien Ereignisse wie in China oder Vietnam eintreten und die ausländischen Missionare (zur Zeit 945!) ein Land verlassen müßten, das nur 56 einheimische Weltpriester und 84 einheimische Ordenspriester aufweist? China und Vietnam haben eine im Verhältnis zur Katholikenzahl ungleich größere Zahl von einheimischen Priestern (2000 bzw. 1600). Im Augenblick wäre also beim Eintritt widriger Ereignisse, die nicht ohne weiteres als unmöglich bezeichnet werden können, eine Katastrophe der Mission unvermeidlich, zumal bei der noch geringen Entwicklung des Weltklerus. Das Verhältnis von 56 Weltpriestern zu 84 Ordenspriestern in Indonesien ist an sich, vom Standpunkt der Einrichtung gefestigter kirchlicher Organisation aus gesehen, ungesund. Es wiederholt sich hier, was man in manchen anderen Missionen der Welt erlebte, daß die ersten Priesterberufe aus psychologisch begreiflichen Gründen den missionierenden Orden der betreffenden Gebiete zuströmen, in deren Kader sie leicht aufgenommen werden können, während für den Weltpriesterstand zunächst die Vorbilder fehlen und überhaupt erst die Grundlagen geschaffen werden müssen. Der schnelle Ausbau der Weltpriester-Seminare wird aber bald diese Entwicklung bremsen, und Rom tut auch hier alles, um bald Diözesen schaffen zu können, die unter Leitung des Säkularklerus stehen.

#### Versäumnisse?

Im „Mission Bulletin“ (Hongkong) wurde in einem Aufsatz (April 1955) die Frage aufgeworfen, ob in der Priestervorbildung Indonesiens nicht Versäumnisse und Fehlentwicklungen zu beklagen seien. Die Mission Indonesiens sei doch schon vor Jahrhunderten zu Zeiten Franz Xavers begonnen worden. Indochina habe vor 100 Jahren bei nur 50 000 Katholiken mehr einheimische Priester ge-

habt als Indonesien mit über 1 Million Katholiken heute. Man habe den Diözesanklerus zu sehr vernachlässigt. Erst seit 1949 besitze Indonesien einen Vertreter des Papstes, der die Entwicklung des einheimischen Klerus im Geiste der Richtlinien Roms energisch förderte. Wenn diese Bewegung ein halbes Jahrhundert eher gekommen wäre, hätte man auch die Zahl der Seminare für Einheimische eher vermehrt.

Dieser Aufsatz, der die Dinge etwas allzu vereinfacht sah, fand im Januarheft 1956 der gleichen Zeitschrift eine sachkundige Erwiderung, in der vor allem auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß die Kirche in der Kolonialära lange unterdrückt war und daß man erst im ersten Viertel dieses Jahrhunderts von einer regelmäßigen Entwicklung des Apostolats auf der Inselwelt sprechen konnte. Auch damals gab es noch sehr viele Hemmungen. Die Mission ist also jung. Die japanische Besetzung im Zweiten Weltkrieg brachte einen erneuten Rückschlag. An den einheimischen Klerus aber hat man schon 1914 gedacht, als zwei Javaner nach Holland zum Studium gesandt wurden. Schon 1926 wurde in den Niederlanden der erste javanische Priester geweiht. Einer der drei derzeitigen einheimischen Bischöfe, Msgr. Sugijapranata von Semarang, studierte schon 1923 in Holland Philosophie. Fast alle Priester der blühenden Mission von Semarang gehören der ersten Konvertitengeneration an. „Kann man diese so bemerkenswerte Entwicklung nicht als einzig dastehend in der modernen katholischen Missionsgeschichte betrachten?“ fragt der Verfasser des Aufsatzes. Für das Gebiet der Kleinen Sunda-Inseln, wo zwei Drittel der indonesischen Katholiken leben, muß man ergänzend hinzufügen, daß man unmöglich aus diesen Volksgruppen mit einfachster Kultur sofort Priester heranbilden konnte. Hier erklärt ein Vergleich mit dem Schwarzen Afrika, wenn er auch nicht gepreßt werden darf, am besten die Lage, der sich die Mission in der Frage der Priestervorbildung gegenübergestellt sah.

Immerhin muß für Indonesien wie für alle anderen Missionsgebiete, die uns die Gebetsmeinung des Monats Juni vorstellt, festgehalten werden, daß die Geisteshaltung der Kolonialära in und außerhalb der Kirche, bei uns daheim, unter den Missionaren, bei der weißen Bevölkerung der Kolonialgebiete und bei den Kolonialregierungen das Werk der Schaffung eines einheimischen Klerus ernstlich verzögerten. Eine falsche Apologetik einer nun dem Ende entgegengehenden Ära darf hier nicht eine Fälschung der Bilanz versuchen. Die Missionszyklen seit *Maximum illud* (1919) haben zu deutlich gesprochen. 40 Jahre einer neuen Missionspolitik, die auf divinatorischer Vorausschau des Kommenden basierte, genügten nicht, um uns heute ganz sorglos in die Zukunft der Missionen schauen zu lassen. Die Drosselung der Einreisen von ausländischen Missionaren in ehemalige Kolonialländer, die sich nun der Selbständigkeit erfreuen, werden den Energien zur Heranbildung eines einheimischen Klerus einen neuen Auftrieb geben. Geht es doch hier nunmehr um die unmittelbare Existenzfrage der Missionen. Im März zählte man in den asiatischen Missionsgebieten der Propagandakongregation über 100 einheimische Bischöfe. Die beschleunigte Einführung der Diözesanverfassung in den entwickelteren Missionen wird ein übriges tun, um die wesentliche völkische Universalität der Weltkirche in den Gebieten einstiger westlicher Vorherrschaft bald in voller Klarheit aufleuchten zu lassen.